

Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten
Deutschlands e.V.

1/18

März 2018 · 71. Jahrgang
Einzelverkauf 7,- €

**CHRISTIN
CHRIST UND
SOZIALISTIN
SOZIALIST**

Es gibt Alternativen: Demokratie!

Lebenslaute gegen Rüstungswahn

„Religion muss für die Menschen da sein!“

Erinnerungskultur – Yad-Vashem, Lifta

Themen und Aktionsfelder der ReSos V

Hans Ehrenberg – ein Pfarrerschicksal in Bochum

„Ich will verstehen“. Hannah Arendt

Theologie der Befreiung – bei uns in Deutschland?

Rezensionen

Bundesnachrichten

KREUZ UND ROSE



IMPRESSUM

**CuS. Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.**
Blätter des Bundes der Religiösen
Sozialistinnen und Sozialisten Deutsch-
lands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und
Sozialisten Deutschlands e.V., gegrün-
det 1919/1926

Vorstand:

Jürgen Gorenflo, Andreas Herr,
Anneke und Florian Ihlenfeldt, Jens-
Eberhard Jahn, Thomas Kegel

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P)
Wiesestr. 65, D-32052 Herford
Tel. 0 52 21/34 25 56
cus@brsd.de, reinhard-
gaede@gmx.de,
Thomas Kegel, Hannover,
Elmar Klink, Bremen

Redaktions-Beirat:

Friedrich-Wilhelm Bargheer, Blomberg
Volker Beckmann, Herford
Doris Gerlach, Herford
Jürgen Gorenflo, Norderstedt
Dietlinde Haug, Bad Oeynhausen
Dieter Hönerhoff, Bielefeld
Jens-Eberhard Jahn, Leipzig
Helmut Pfaff, Frankfurt

CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

Webmaster:

Thomas Kegel, Hannover

Erscheinungsweise vierteljährlich

Abonnements:

Jürgen Gorenflo, Hollunderweg 8b,
22850 Norderstedt, jgorenflo@web.de

Preise:

Einzelheft: € 7,-, Jahresabonnement,
Inland: € 20,-, Welt: € 30,-, Förder-
abonnement € 25,- oder mehr.
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam. Bitte überweisen Sie den
Betrag jeweils zum Jahresbeginn an
den BRSD e.V., KD-Bank,
IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10,
BIC GENODED1DKD

Gestaltung & Layout:

Thomas Biedermann, Kreativ-Schmie-
de, Hamburg, www.kreativ-schmie.de

Druck:

satz- und druckprojekte TEXTART
verlag, Solingen, textart@t-online.de

ISSN 0945-828-X

Christ und Sozialist / Christin und Sozialistin

Editorial	1
Reinhard Gaede	
„Suche Frieden“	3
Burghard Flieger	
Prosumentenkooperation	6
Burghard Flieger	
Internetplattformen	10
Burghard Flieger	
Der Beginn einer wunderbaren Freundschaft	11
Newsletter Genossenschaften 1/2018	13
Reinhard Gaede	
Wirtschaftsordnung des demokratischen Sozialismus ..	15
Elmar Klink	
Eine andere Demokratie	17
Winfried Eisenberg	
Von Bass bis Sopran – gemeinsam gegen Rüstungswahn	25
Interview von Jens-Eberhard Jahn mit Andreas Nachama (Berlin)	
„Religion muss für die Menschen da sein!“	26
Berthold Keunecke	
Erinnerungskultur	29
Reinhard Gaede	
Themen und Aktionsfelder der Religiösen Sozialist(inn)en in der Vergangenheit V	31
Günter Brakelmann	
Hans Ehrenberg. Ein Pfarrerschicksal in Bochum 1925–1938	38
Elmar Klink	
„Ich will verstehen“. Hannah Arendt.....	44
Christian Herwartz	
Theologie der Befreiung bei uns in Deutschland?	51

REZENSIONEN

Volker Beckmann	
Das Schicksal der jüdischen Kaufmannsfamilie Rautenberg	54
Christian Hartung	
Am Schmelztiegel. Kaj Munk	56
Elmar Klink	
Christlich-theologischer Pazifismus	59
Jürgen Schübelin	
Glaubens-Orte – Umkämpft. Geliebt. Im Wandel. Jahrbuch Mission 2017	65
Friedrich Winterhager	
Thomas Müntzer. Werke. Kritische Gesamtausgabe	66
Jürgen Schübelin	
Surinam. Land des Weltgebetstags 2018	69

BUNDESNACHRICHTEN

Aktuelles	71
Bilder- und Fotonachweis	73
Autorennachweis	73

Editorial

Der Schweizer Soziologe, Politiker und Autor Jean Ziegler war von 2000 bis 2008 UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung sowie Mitglied der UN-Task Force für humanitäre Hilfe im Irak. 2008 bis 2012 gehörte Ziegler dem Beratenden Ausschuss des Menschenrechtsrats der UN an, im September 2013 wurde er erneut in dieses Gremium gewählt. Er ist außerdem im Beirat der Bürger- und Menschenrechtsorganisation.

In seinem neuen Buch „Der schmale Grad der Hoffnung“, München 2017 schreibt er: „Der Dritte Weltkrieg gegen die Völker der Dritten Welt hat längst begonnen. Die Internet-Zeitung „Nachdenkseiten“ Hauptadresse: <http://www.nachdenkseiten.de>, Artikeladresse <http://www.nachdenkseiten.de/?p=38935> hat in einem Interview ihn befragt, was er damit meint. „Die 23 Spezialorganisationen der Vereinten Nationen müssen jedes Jahr im Monat Juni dem Wirtschafts- und Sozialrat der UNO ihre Geschäftsberichte vorlegen. ... In den Berichten wird deutlich, wer die Opfer von verseuchtem Wasser, von Hunger, von Kriegen, von Klimaschäden und von Epidemien etc. sind. Es sind allesamt Menschen, die in den Ländern der Dritten Welt leben. Aus diesen Berichten wird deutlich, dass wir hier von einer Opferzahl von 53 Millionen Menschen reden in einem Jahr! Im 2. Weltkrieg sind insgesamt 57 Millionen Menschen zu Tode gekommen, sowohl Zivilisten als auch Soldaten.“ Allein diese beiden Zahlen zeigen: Wir haben es mit einem Weltkrieg gegen die Länder der Dritten Welt zu tun. ... Der Krieg ist das, was die kannibalische Weltordnung fordert. ... Wir leben unter einer Diktatur der Oligarchien des globalisierten Finanzkapitals. ... über den gesamten Planeten, also auch über die stärksten Staaten, errichtet. ... Die 500 größten transkontinentalen privaten Konzerne, haben nach Weltbankstatistik letztes Jahr 52 Prozent des Weltbruttosozialproduktes kontrolliert (also alle in einem Jahr auf der Welt erschaffenen Reichtümer). ... Diese Oligarchien haben eine ideologische, finanzielle, wirtschaftliche und politische Macht, die nie auch nur irgendein Kaiser, König, Papst jemals auf diesem Planeten hatte. Sie entziehen sich jeder sozialen, staatlichen und gewerkschaftlichen Kontrolle. ... Sie kontrollieren den wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt ... Diese Konzerne funktionieren nämlich nur nach einem einzigen Prinzip. Es ist das Prinzip der Profitmaximierung. ... Die 85 reichsten Milliardäre der Welt haben im letzten Jahr über so viel Vermögen verfügt, wie 4,5 Milliarden der ärmsten Menschen dieser Welt. ... Auf der einen Seite stehen 85 Menschen, die über ein unfassbar großes Vermögen verfügen, während auf der anderen Seite die Leichenberge steigen. Auf dieser



Redaktionsbeirat am 11. März 2017, sitzend: Dietlinde Haug, Friedrich-Wilhelm, Bargheer, Doris Gerlach, stehend: Elmar Klink, Thomas Kegel, Reinhard Gaede, Volker Beckmann

Welt stirbt alle 5 Sekunden ein Kind unter 10 Jahren am Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen. Derselbe UN-Report, der diese Opferzahlen offenbart, legt gleichzeitig dar, dass die Weltlandwirtschaft heute problemlos 12 Milliarden Menschen ernähren könnte. Das heißt praktisch das Doppelte der heutigen Weltbevölkerung. ... Der Hunger ist von Menschen gemacht und er kann, wenn der kollektive Wille da ist, morgen aus der Welt geschafft werden. ... Das Problem ist nicht fehlende Produktion, sondern fehlende Kaufkraft. Die, die hungern, haben keine Mittel, um sich Essen leisten zu können. ... Die kanibalische Weltordnung tötet. ... Sie bedrohen das demokratische System.“ Den „schmalen Grad der Hoffnung“ sieht J. Ziegler nur in der planetarischen Zivilgesellschaft. Sie könnte zum Widerstand gegen die Diktatur der Finanz-Oligarchien aufrufen, als Verteidiger von Demokratie und Menschenrechten wirken.

UNICEF hat neulich als Presserklärung zur Lage in Syrien ein leeres Blatt veröffentlicht, mit der Begründung, ihnen fehlten jetzt die Worte. Auch uns fehlen die Worte zu diesem „Schlacht-Feld“ imperialistischer, kapitalistischer Mächte, die jetzt auch die Demokratie im Gebiet Rojava/Nordsyrien zerstören wollen.

Unser neues Heft widmet sich dem Schwerpunkt-Thema „Demokratie“. Sie muss gegenüber rechtspopulistischen Strömungen und der Finanz-Oligarchie verteidigt werden, und das Wirtschaftssystem muss demokratisch kontrolliert werden. Unsere Aufmerksamkeit gilt besonders den Genossenschaften. In ihnen sehen wir – teilweise noch zu erschöpfende – Möglichkeiten, auf die Produktion, Distribution und Konsumtion demokratisch mitbestimmend, Einfluss auf die Ökonomie zu nehmen. Genossenschaften blicken auf eine lange historische Tradition seit dem Mittelalter zurück. Auch im „Utopischen Sozialismus“ hatten die Genossenschaften, ebenso wie im Anarchismus, einen wichtigen Platz in deren Theorie und Praxis. Der Genossenschaftsgedanke wurde später in der sozialistischen Arbeiter(innen)bewegung aufgenommen und weiter ausgebaut. Er ist bis heute Grundlage vieler moderner Institutionen wie Versicherungen, Raiffeisen-Kassen, Genossenschafts-Banken und –Sparkassen sowie heute großer Einkaufsgenossenschaften.

Wir übersehen nicht, dass viele dieser Institutionen sich dem kapitalistischen Wirtschaften angepasst haben. Allerdings sind wir als Religiöse Sozialist(inn)en der Meinung, dass im Genossenschaftsgedanken und teilweise in deren Praxis viel sozialistischer utopischer Überschuss steckt, der Grundlage einer wirtschaftsdemokratischen Orientierung sein kann. Wir möchten mit dem Schwerpunkt die Diskussion über den Genossenschaftsgedanken fördern.

Andere Artikel beziehen sich auf das Judentum und Israel. Eine neue Folge erzählt von der Geschichte unserer Zeitschrift. Zum 80. Todestag am 31. März 1958 von Hans Ehrenberg machen wir einen Vortrag von Günter Brakelmann bekannt. Wir erinnern an die jüdische Philosophin Hannah Arendt. Christian Herwatz, Arbeiterpriester, berichtet über Exerzitien auf der Straße in der Tradition der Theologie der Befreiung.

Bilder-Rätsel, Wer ist's ? S. 60 Leo, Graf Tolstoi, S. 61 Leonhard Ragaz, S. 62 Eberhard Arnold, S. 63 Friedrich Siegmund-Schultze; S. 58 Grabkreuz Kaj Munk am Ort der Ermordung.

Mit Wünschen für schöne Sommertage

Euer/Ihr Reinhard Gaede, Thomas Kegel

Die Losung des 101. Katholikentags in Münster

„Suche Frieden“

Von Reinhard Gaede

Meide das Böse und tue das Gute, suche Frieden und jage ihm nach!“ Ps. 34,15

400 Jahre nach Beginn und 370 Jahre nach Beendigung des Dreißigjährigen Krieges in den Friedensstädten Münster und Osnabrück sowie 100 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ist das Thema „Frieden“ für den Katholikentag in Münster vom 9. bis 13. Mai 2018 kongenial gewählt.



„Friedenskuss“-Reliefkartusche mit dem umlaufenden Spruch „Friede ernehret – Unfriede verzehret“ am Hauptportal des von Ernst I., Herzog von Sachsen-Gotha-Altenburg, in Gotha errichteten Stadtschlusses, dem er angesichts des Grauens des Dreißigjährigen Krieges den symbolträchtigen Namen „Friedenstein“ gab, um 1645, by Donat-Verlag

Man schätzt dass im Dreißigjährigen Krieg etwa 40 % der Landbevölkerung, innerhalb der Kriegszeit, ihr Leben ließ. Neben den direkten Gräueltaten des Krieges waren vor allem Hunger und Seuchen für das Massensterben verantwortlich. Insofern ist die Verständigung der Protestanten und Katholiken, das Wachsen der Ökumenischen Bewegung heutzutage nicht hoch genug einzuschätzen.

Etwa 17 Millionen Menschen verloren ihr Leben im Ersten Weltkrieg. Der Erste Weltkrieg war Nährboden für den Faschismus in Italien, den Nationalsozialismus in Deutschland und wurde so zum Vorläufer des Zweiten Weltkriegs. Wer einmal einen Soldatenfriedhof besucht und auf die unendlich scheinenden Reihen der Grabkreuze geschaut hat, fragt sich unwillkürlich: Gab es denn keinen rechtzeitigen Widerstand gegen Nationalsozialisten, die später den Weltkrieg mit 55–60 Millionen Toten auslösten? Und wo waren die Christen?

Wer so fragt, begegnet zugleich der Ökumenischen Bewegung in Deutschland, vertreten in ihren Anfängen durch den „Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen“, in Konstanz vor hundert Jahren ins Leben gerufen, und prophetischen Stimmen der Friedensethik (Friedrich Siegmund-Schultze, Martin Rade, Martin Dibelius, Karl Barth, Günter Dehn, Georg Fritze, Leonhard Ragaz, Paul Tillich, Erwin Eckert, Emil Fuchs, Dietrich Bonhoeffer, Alfred Dedo Müller und anderen) sowie Gruppen der christlichen Friedensbewegung (Internationaler Versöhnungsbund, Bund der religiösen Sozialisten Deutsch-

lands, Evangelisch-Christliche Einheit, Religiöser Menschheitsbund, Kreuzritter, Deutsche Gruppe des Internationalen Ausschusses Antimilitaristischer Pfarrer, Evangelischer Friedensbund), die während der Weimarer Zeit vor dem Nationalsozialismus und einem kommenden Krieg gewarnt haben, aber von der Mehrheit im Nationalprotestantismus nicht gehört, oft beschimpft und ausgegrenzt wurden. Die Evangelische Kirche hat nach zwei Weltkriegen bekannt, „in die Irre gegangen“ zu sein und die „Nation auf den Thron Gottes gesetzt“ zu haben. (Darmstädter Wort des Bruderrates vom 8. August 1947) Doch in welche Tradition stellt sie sich heute? Räumt Sie jenen Personen und Gruppen, die nach 1918 vor dem weiteren Weg in die Barbarei gewarnt haben, heute wirklich jene Ehre ein, die ihnen gebührt? Insbesondere die oft verschwiegene Haltung, die der deutsche Protestantismus von 1918 bis 1933 zum Thema Krieg und Frieden, zur Kriegsschuldfrage und zum Versailler Vertrag eingenommen hat, erklärt, warum so viele Pfarrer und Würdenträger mit fliegenden Fahnen ins Dritte Reich marschiert sind. Lediglich Minderheiten, oft beschimpft und ausgegrenzt, erkannten wie die religiösen Sozialist(inn)en, dass Kreuz und Hakenkreuz nicht miteinander vereinbar sind.

An ihr in Vergessenheit geratenes Zeugnis sollten wir im Sinne einer neuzeitlichen Friedensethik und ökumenischen Theologie anknüpfen.

(vgl. Reinhard Gaede: Kirche – Christen – Krieg und Frieden. Die Diskussion im deutschen Protestantismus in der Weimarer Republik.. Geschichte & Frieden 41, Bremen 2018)

„Auch die katholische Kirche hat die Kriegsführung Hitlers unterstützt, ihr

„Spitzenpersonal“ ebenso wie die Militärseelsorge. Viele Theologen luden geradezu zum „heiligen Sterben“ ein. Kriegerische Bischofsworte waren keine Seltenheit.

Die Feststellung, „die Kirche“ habe versagt, bildet aber nicht die ganze Wirklichkeit ab. Als ungehorsam und immun gegenüber dem verbrecherischen NS-System erwiesen sich der „Judenretter“ und Feldwebel Anton Schmid oder der katholische Leutnant Michael Kitzelmann, der sich gegen den Vernichtungskrieg im Osten wandte. Beide verloren ihr Leben. Ihnen, den nichtkonformen Laien und Priestern sowie den Kriegsdienst-Verweigerern gebührt unsere Anerkennung. ... ‚Die einzig gerechte Sache ist der Frieden.‘ (Papst Franziskus)“

Das ist das Ergebnis des von Pax Christi herausgegebenen Buchs von Peter Bürger „Es droht eine schwarze Wolke. Katholische Kirche und Zweiter Weltkrieg. Geschichte & Frieden 39, Bremen 2018.

Angesichts des riesigen Potentials an Vernichtungswaffen, Gewalt und Kriegen ist Frieden zur Lebensbedingung der Menschheit geworden. Umso wichtiger sind die Beiträge Beiträgen einzelner Regierungen und Persönlichkeiten für die zivile Lösung von Konflikten sowie die Möglichkeiten der Kirchen, gesellschaftlichen und christlichen Gruppen, dabei mitzuwirken.

Während die Theologie im Ersten Weltkrieg und viele Äußerungen des Nationalprotestantismus 1919-1933 eine denkbar große Entfernung zu biblischen Friedensmahnungen und zu Bekenntnisschriften der Kirche zeigen, lassen heutige Denkschriften der Kirche eine Neuausrichtung erkennen. „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ heißt der programmatische Titel der Denkschrift des

Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland im Jahr 2007. Wichtige Aussagen lauten: „Die Kirche tritt für den Frieden der Welt ein, indem sie zu allererst den Frieden Gottes bezeugt ... Dieser Friede umfasst den ganzen Menschen; in ihm kommt der Leib zu seinem Recht, die sozialen Beziehungen sind auf gegenseitige Zuwendung ausgerichtet, und in Dankbarkeit gegenüber Gott kann Lebensfreude wachsen.“ (37) Realistisch ist von der „menschlichen Natur“ gesagt: „Zum Menschen gehört die Sehnsucht nach Frieden ebenso wie die Neigung zur Rivalität bis hin zur Gewaltbereitschaft. Menschen sind zum Guten wie zum Bösen fähig.“ (38) „Richtung und Orientierung“, „Beauftragung“ erfahren die Gläubigen besonders im Gottesdienst: „Weil Gott in Christus Frieden stiftet, können Christenmenschen inmitten einer von Gewalt entstellten Welt aus diesem Frieden leben.“ (39) Bußfertig wird aber zugegeben, „dass Teile ihrer (sc. der Kirche) eigenen Geschichte im Widerspruch zur Verkündigung Jesu von einer religiösen Überhöhung des Krieges gekennzeichnet und entstellt sind. Im Namen des christlichen Glaubens dürfen weder Heilige Kriege noch der Bellizismus propagiert werden. Wo Christen jedoch im Laufe ihrer Geschichte anders handelten, haben sie geirrt und sind an Gott und den Menschen schuldig geworden.“ (45) Ausdrücklich wird die „Kriegsdienst-Verweigerung aus Gewissensgründen als Menschenrecht“ anerkannt und sogar ihr „Vorrang auch gegenüber demokratisch legitimierten Maßnahmen militärischer Friedenssicherung oder internationaler Rechtsordnung“ (62).

Meide das Böse und tue das Gute, suche Frieden und jage ihm nach!“ (Ps. 34,15). Dieser Psalm wird David zugeschrieben,

„als er sich vor Abimelech wahnsinnig stellte und dieser ihn wegtrieb und er ging“ (vgl. auch 1. Sam. 21,11-16). Er spiegelt danach die Geschichte eines verfolgten Königsanwärters, der sich listig tödlicher Gewalt entzieht, Gott vertraut, und alle Beter zum Frieden aufruft. Zitiert wird das Friedenswort im Ersten Petrusbrief (1 Petr 3,11) zur Ermutigung einer Kirche, die während der Regierungszeit des Kaisers Domitian (90-100) Verfolgung erleidet. Friede, hebr. Schalom, schließt das Streben nach Gerechtigkeit ein, Rechtsbeistand und eine Sozialordnung, die auch den Witwen und Wissen, Ausländern und Unfreien, Armen und Bedrohten Schutz bietet.

In einer Zeit, in der Friede Bedingung des Überlebens ist, haben Jesaja (2,4) und Micha (4,3) eine Vision vom endzeitlichen Frieden. Das hebräische Sprachbild „B: Acharith“ meint die Zeit hinter der Zeit“, in der man auf die ganze Zeit zurückschaut. Diese Endzeit ist die Zeit Gottes. Der kleine Hügel in Jerusalem wird höher als die höchsten Berge, wird zum Mittelpunkt der Welt. Wie zu einem Gottesdienst gehen die Völker dorthin. „Von Zion wird Weisung ausgehen.“ (Jes. 2,3) Torah ist das Wort Gottes, seine Weisung mit den Geboten. Weil Gottes Recht sich ausbreitet, kommt auch der Friede, der der Welt fehlt und nach dem sie sich doch sehnt. Schwerter werden zu Pflugscharen und Spieße zu Rebmessern. Aus Instrumenten des Tötens werden Instrumente des Lebens. Die Arbeit des Pflügens sichert die Ernährung. Der Anbau von Wein ermöglicht fröhliche Feste. Jesaja sieht Gottes neue Schöpfung. Vor dem UNO-Gebäude sind Jesajas Worte ein Denkmal geworden: Der Schmied schmiedet das Schwert um zur Pflugschar.

Die Friedensbewegung trug das Symbol in der DDR als aufgenähtes Abzeichen,

auch wenn das Symbol, das an das Geschenk der Sowjetunion erinnerte, verboten war. „Krieg darf um Gottes Willen nicht sein“, hat der Ökumenische Rat der Kirchen 1948 gesagt.

Der Friede des Gottesreiches ist noch nicht da, aber er hat angefangen. Als das Christkind geboren wird, singen die Engel: „Friede auf Erden bei den Menschen seines Wohlgefallens.“ (Luk. 2,14) Der „Sar Schalom“, „Fürst des Friedens“, den Jesaja erwartete – damals selbst in einer Welt des Krieges – ist gekommen. Er,



Schwert zur Pflugschar

Christus, Er ist unser Friede“, bekennt die Gemeinde. (Eph. 2,14) Er verpflichtet seine Nachfolger als Zeugen des Friedens. „Macht zu Jüngern alle Völker“, sagt der erhöhte Herr. (Mt. 28,19) Was Gott einst vollenden wird, das Reich Gottes, das Reich des Friedens und der Gerechtigkeit, soll jetzt schon beginnen und weiter wachsen, so wie die Saat wächst, wie ein Gleichnis Jesu sagt. (Mk. 4, 26-29) Die Anfänge beginnen im eigenen Haus und in der Nachbarschaft und erweitern sich über Länder- und Kulturgrenzen hinweg. „Lasst uns wandeln im Licht des Herrn!“, mahnt der Prophet. Weil wir die Hoffnung auf Gottes Reich haben, haben wir unsere täglichen Aufgaben. Es gibt viele machende Beispiele der Versöhnung und der tätigen Nächstenliebe.

Der Beitrag von Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften zu einer nachhaltigen Entwicklung. Ansätze zur Wirtschaftsdemokratie

Prosumentenkooperation

Von Burghard Flieger

Prosumenten sind Menschen oder Gruppen, die zugleich als Produzenten und Konsumenten handeln. Sie produzieren beispielsweise Lebensmittel, die sie selbst konsumieren. Da weiß man wenigstens genauer, nicht nur wer man ist, sondern auch, was man isst. Geschieht dies in gemeinschaftlich organisierten Strukturen, kann von Prosumentenkooperation gesprochen werden.

Prosumenten, also selbsterzeugende Verbraucher, sind ein Konstrukt, das auf den ersten Blick mit dem

Genossenschaftsgedanken wenig zu tun hat. Dies gilt, obwohl Genossenschaften immer wieder als Vorläufer des Prosuming genannt werden. Mit Prosuming verbundene Überlegungen gehen in der Regel von dem Gedanken des Individuums, also der einzelnen Person aus, die die Eigenschaften des Produzenten und Konsumenten in sich verbindet. In einer individualisierten Gesellschaft liegt dies nahe.

Was ist Prosumentenkooperation?

Dies ändert sich, sobald, wie im Genossenschaftswesen üblich, Prosuming als Gruppenphänomen, als Ansatz der Grup-

pen-Selbsthilfe, angegangen wird. Genossenschaften sind darauf ausgerichtet, ihre nutzenden Mitglieder – Konsumenten – mit Waren oder mit Dienstleistungen zu versorgen oder sie als Produzenten bei Herstellung und Vertrieb zu unterstützen. Eine Genossenschaft kommt dem genossenschaftlichen Ideal in Form einer vollständigen Umsetzung des Identitätsprinzips am nächsten, je mehr die Rollen Träger des Unternehmens sowie Konsument oder Produzent bei jedem einzelnen Mitglied zusammenfallen.

Die meisten Genossenschaften – zumindest in Deutschland – sind nicht in der Produktion oder der Verarbeitung von Waren tätig. Bei den wenigen Produktions-Genossenschaften, beispielsweise Molkerei-Genossenschaften, Winzer-Genossenschaften oder Obst-Genossenschaften fehlt die unmittelbare Verknüpfung mit den Konsumenten. Bei ihnen werden keine Prosuming-Aspekte umgesetzt.

Genossenschaftliche Ansätze im Lebensmittelsektor

Bei den Konsum-Genossenschaften lassen sich dagegen durch die Ideologie des Kooperatismus (Gide 1929) sehr früh Aktivitäten in Richtung Prosuming feststellen. Der Kooperatismus verfolgt zu Beginn des neunzehnten Jahrhundert das Anliegen, die Wirtschaft von unten durch die Verbraucher aufzukaufen. Entsprechend setzen die Konsumgenossenschaften auf eine Einbeziehung von Produktions-Genossenschaften und von Produktions-Unternehmen. Dazu zählen Unternehmen, die im Rahmen der konsumgenossenschaftlichen Organisation Produkte für den gemeinsamen Verbund erzeugen. Dies wird als Eigen-Produktion bezeichnet.

Die eigentlichen Innovatoren des Prosumenten-Ansatz im Genossenschafts-Sektor sind allerdings Anfang der 1980iger Jahre sich neu entwickelnden Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften. Sie führen zwei Gruppen unter ihrem Dach zusammen, indem sie Landwirten den Absatz ihrer ökologisch angebauten landwirtschaftlichen Erzeugnisse ermöglichen und für ihre konsumierenden Mitglieder Transparenz und ökologische Qualität beim Kauf der Bioprodukte sicherstellen. Im Unterschied zur Mehrzahl der Genossenschaften organisieren sie keine homogene Mitgliederinteressen, sondern die Interessen von Produzenten und Konsumenten in einer gemeinschaftlich verfassten Organisation.

Besonderheit der Erzeuger- Verbraucher-Gemeinschaften

Einige Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften wie die TAGWERK eG in Dörfen in Bayern oder die EVG LAND-WEGE eG in Lüneburg haben sich sehr erfolgreich entwickelt und dennoch ihre besonderen Strukturen beibehalten. Sie werden quantitativ von den Einzelhändlern und Verbraucher dominiert. Dennoch haben sie die Erzeuger durch Satzung und Arbeitskreise intensiv in die Organisation und die Beteiligungsprozesse bis heute integriert. Gleichzeitig realisieren sie mehr als die meisten Akteure im Biolebensmittelsektor wichtige Aspekte der Nachhaltigkeit wie den Vertrieb von Biolebensmitteln, konsequente Regionalität und intensive Partizipation.

Anhand der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften, ihrer Organisation, ihrer Einkaufs- und Absatzstrukturen, ihren Kommunikationsformen, den zahlreichen genossenschaftskonformen Veränderungen



Titelbild der Genossenschaftsfamilie. Organ des christlichen Reichsverbundes Deutscher Konsumgenossenschaften, Köln, Dezember 1931, veröffentlicht als Postkartensammlung: Bilder aus der Genossenschaftsgeschichte, hrsg. vom Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Leipzig

gen und Differenzierungen der verschiedenen Beispiele kann viel gelernt werden, wie sich die Prosumentenidee gemeinschaftlich organisieren lässt. Die Prosumentenkooperation bietet nicht nur für den Lebensmittelsektor, sondern auch für andere Branchen von der Energie über die Kleidung bis hin zum Wohnen spannende Chancen, um der Globalisierung und Anonymisierung der Märkte eigenständige Strukturen entgegenzusetzen.

Vielfalt vergleichbarer Kooperativen

Im Umfeld der meisten Städte, in denen Hochschulen angesiedelt sind, existieren Ansätze mit Prosumentencharakter. In



Beim BioErleben-Dorf auf der Breminale 2014 mit über 100.000 Besucher(inne)n organisiert die Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft zusammen mit anderen Organisationen einen Stand.

Freiburg und Umgebung ist es beispielsweise die GartenCoop Freiburg, ein Betrieb der Solidarischen Landwirtschaft. Sie besteht aus einem landwirtschaftlichen Betrieb und einem Verein mit 290 Mitgliedern, die den Gemüseanbau solidarisch finanzieren, tatkräftig anpacken und sich die Ernte teilen. Die Initiative von Gärtnern, Landwirten, Klimaaktivisten und Aktiven anderer sozialer Bewegungen gründeten die Kooperative 2009. Seit Anfang 2011 wird auf rund 9 Hektar insbesondere Gemüse ökologisch und klimabewusst angebaut und in der Region Freiburg verteilt. Weitere Informationen: www.gartencoop.org.

Die Regionalwert AG, ein weiterer Prosumentenansatz, organisiert Kapital über die Ausgabe von Aktien. Damit finanziert sie die regionale, ökologisch produzierte Landwirtschaft, zum Beispiel bei Generationenübergängen von Höfen, für die keine Nachfolge geregelt ist. Auch vernetzt sie Erzeuger, Verbraucher und Lebensmittelverarbeiter in Freiburg und Umgebung. Gegründet 2006 von Christian Hiß sind hier mittlerweile über 20 Betriebe zusammengeschlossen. Ziel ist die wirtschaftliche Ernährungssouveränität

der Konsumenten in einem überschaubaren regionalen Wirtschaftsraum hinzubekommen. Weitere Informationen: www.regionalwert-ag.de.

Aktuelle Veröffentlichung zum Thema

In dem neu erschienen Buch Prosumentenkooperation gehe ich der Frage nach, wie sich in solchen Ansätzen produzieren und konsumieren mit mehreren Personen erfolgreich organisieren lässt. Was sind Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den vielfältigen genossenschaftlichen Ansätzen, die in den letzten Jahrzehnten Veränderungen beim Umgang mit der Lebensmittelversorgung erreichen wollen? Foodcoops, Solidarische Landwirtschaft, Mitgliederläden und Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften werden so in ihren Besonderheiten einander gegenübergestellt.

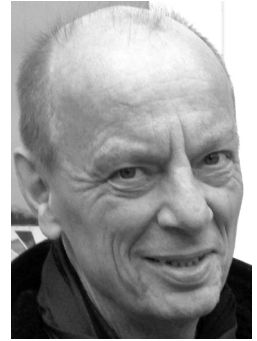
In der Veröffentlichung gelingt es auf diese Weise, die Vielfalt neuer genossenschaftlicher Ansätze als Zusammenarbeit von Produzenten und Konsumenten hervorragend zu veranschaulichen. Dabei stelle ich besonders die Entwicklung der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften



Die Tagwerkkläden werden als selbständige Läden organisiert. Sie sind mit der Tagwerk-Genossenschaft, eine der größeren Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften in Deutschland durch einen Lizenzvertrag verbunden.

mit ihrem Potential als Lehr- und Lernvorbild in den Mittelpunkt. Ich gebe Antwort auf Fragen wie: Können Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Ernährungswirtschaft leisten?

Dr. Burghard Flieger berät seit 30 Jahren Genossenschaften, seit 10 Jahren zu Energiegenossenschaften. Für Vorträge, Qualifizierungen, Konzeptausarbeitungen und Forschungsprojekte zu genossenschaftlichen Themen ist er engagierter Ansprechpartner. Kontakt: Dr. Burghard Flieger, innova eG, Projektbüro Freiburg, Erwinstrasse 29, 79102 Freiburg, Tel.: 0761/709023, Email: genossenschaft@t-online.de, www.innova-eg.de. Funktionen: Vorstand und wissenschaftlicher Leiter der innova eG Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften mit Sitz in Leipzig. Qualifizierungen von Personengruppen. Diese werden in die Lage versetzt, Selbsthilfegenossenschaften zu gründen und sich mit dieser Organisationsform am Markt zu behaupten. Vorstand der Solar-Bürger-Genossenschaft mit Sitz in Freiburg, die Bürgerkraftwerke entwickelt und betreibt mit Schwerpunkt Photovoltaik, Vertreter bei Greenpeace Energy eG seit Einrichtung der Vertreter/innenversammlung. Redakteur der Zeitschrift CONTRASTE für den Bereich Genossenschaften.



Burghard Flieger

Ansätze zur Wirtschaftsdemokratie – Genossenschaftliche Ansätze 2

Internetplattformen

Von Burghard Flieger

Internetplattformen sind eine technologischen Revolution, die die ökonomischen und gesellschaftlichen Funktionen von Produzenten und Konsumenten fundamental verändern. Um diese Veränderungen humaner zu gestalten und damit verbundene Enteignungsprozesse zu verhindern, sind genossenschaftliche Ansätze hervorragend geeignet. Mit ihnen lassen sich solche Innovationen zukunftsfähig organisieren. Zukunftsfähig heißt in diesem Zusammenhang sozial, wirtschaftlich und ökologisch.

Die Erfinder und Anwender der neuen Plattform-Technologien gründen schnell wachsende und oftmals kapitalstarke Startups. Auf der Grundlage von Software und Daten und den Philosophien einer schönen neuen Welt des Silicon Valleys, bringen sie gänzlich neue Organisationsformen und Geschäftsmodelle hervor. Sie bestimmen dabei eigenständig Regeln des Wettbewerbs. Wer ihnen gegenüber noch Chancen am Markt haben möchte, wird diese Regeln annehmen oder eigenständig sozialer gestalten müssen.

Entgrenzung und Enteignung als Kern der Geschäftsmodelle

Im Kern basieren Plattform-Geschäftsmodelle auf der Organisation von Interaktionen zwischen einer Gruppe von Menschen (Nutzer/innen), die Bedarf an der Inanspruchnahme eines Wertes im Sinne eines Produkts oder auch einer Leistung haben. Diese Leistungen werden durch eine Plattform bereitgestellt bzw. ermöglicht. Gleichzeitig gibt es eine Gruppe von

Menschen (Produzent/innen), die die Leistung zur Verfügung stellt oder stellen kann und will. Teilweise werden Leistungen über solche Plattformen angeboten, für die die Anbieter keine monetäre Gegenleistung erhalten. Durch die neue Strukturierung von Märkten gibt es bei solchen Plattformenansätzen oft nur wenige Gewinner und viele Verlierer. Typische Kennzeichen sind laut Boris Janek:

- Sie basieren auf Information und Daten und nutzen überwiegend externe Assets
- Sie verfügen kaum über selbst bezahlte Mitarbeiter
- Sie lassen andere Wert erstellen und Sie ziehen Wert(e) einseitig ab
- Sie wachsen exponentiell
- Sie agieren als Netzwerk statt als Hierarchie, aber mit eindeutiger Zentrale
- Sie setzen auf Selbstständige außerhalb des Unternehmens

Genossenschaftliche Alternativen entwickeln

Die Hoffnungen für die Entwicklung eines humanen, die Gesellschaft zusammenhaltenden Gegenmodells ruhen auf kooperativen oder genossenschaftlichen Ansätzen. Jeremy Rifkin sieht in seinem Buch „die Null Grenzkosten Gesellschaft“ Genossenschaften unter den neuen Bedingungen der Null Grenzkosten als besonders zukunftsfähiges, erfolgversprechendes Geschäftsmodell. Wenn:

1. das Eigentum in der Hand einer Genossenschaft liegt, in der Produzenten und Konsumenten gleichberechtigt und demokratisch organisiert sind;
2. neue Formen der Solidarität als Kern der genossenschaftlichen Idee entwick-

Zielgruppen

- kelt werden, die Ideen der Allmende in die Organisations-Strukturen einbauen;
3. Genossenschaften auf der Selbstfinanzierung durch die Produzenten und Konsumenten beruhen und
 4. der technologische Kern bestehender erfolgreicher Plattformen geklont wird bei gleichzeitiger Aktivierung des Datenschutzes und der Reprivatisierung der Daten.

Ihr Nutzen

- Sie erhalten einen ersten Einblick in genossenschaftliche Ansätze der Plattformenökonomie.
- Sie erfahren, welche Lösungen für komplexe Fragestellungen der Plattformenökonomie durch Genossenschaften erschlossen werden.
- Sie lernen Personen und Organisationen kennen, die sich mit diesen neuen Themen professionell auseinandersetzen.
- Sie diskutieren mit engagierten Personen, in welche Richtung zukünftige Entwicklungen und Konzepte gehen könnten.
- Sie bekommen Konzepte organisatorischer und rechtlicher Art vorgestellt, die in ihrer genossenschaftlichen Ausrichtung besonders partizipations- und zukunftsorientiert sind.

- Vorstände, Aufsichtsräte, Mitarbeiter sowie ambitionierte Mitglieder und Kunden von Genossenschaften, die sich im Bereich der Plattformökonomie organisieren (wollen),
- Gründer/innen, die sich als Entrepreneure in Teams gemeinschaftlich organisieren und neue Themen genossenschaftlich angehen wollen,
- Berater/innen von genossenschaftlichen Unternehmensgründungen sowie Projektierer und Planer, die Ansätze der Plattformenökonomie gemeinschaftlich umsetzen wollen,
- Interessierte und Engagierte für die Genossenschaftsidee.

Ansprechpartner für inhaltliche Rückfragen: Dr. Burghard Flieger, innova eG, genossenschaft@t-online.de, Tel.: 0761 709023.

Anmeldung und Fragen zur Organisation: Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Dr. Sonja Menzel, Kurt-Eisner-Str. 41, 04275 Leipzig, Tel.: 03 41/69 95 84 11, Fax: 03 41/6 81 17 86, info@genossenschaftsgedanke.de

Freiburger Solar-Bürger-Genossenschaft – Ansätze zur Wirtschaftsdemokratie

Der Beginn einer wunderbaren Freundschaft

Von Burghard Flieger

Mieterstromprojekte – Einstieg in die Prosumenten-Kooperation

In der Zusammenarbeit von Wohnprojekten und Wohnungs-Genossenschaften

mit Energie-Genossenschaften liegt viel Potential für ein Wiederaufleben der dezentralen Energiewende – und zur Weiterentwicklung der Energie-Genossenschaften in Richtung Prosumenten-Kooperation.

In Freiburg zeigen das Wohnprojekt ‚schwereLos‘ aus dem Verbund des Mietshäuser Syndikats und die Solar-Bürger-Genossenschaft in einem Pilotprojekt, wie sich dies zum Nutzen beider Organisationen gestalten lässt.

Die Solar-Bürger-Genossenschaft mit Sitz in Freiburg wurde 2006 gegründet. Sie gehört zu den drei ersten neuen Energie-Produktions-Genossenschaften, war also ursprünglich nicht auf die Versorgung ihrer Mitglieder mit Strom ausgerichtet. Trotz des frühen Starts lässt sie sich mit rund 190 Mitgliedern – Stand Anfang 2017 – eher den kleinen bis mittelgroßen Energie-Genossenschaften zuordnen. Die Mitglieder haben knapp 2.300 Anteile zu je 100 Euro gezeichnet. Die Genossenschaft betreibt sieben Solar-Stromanlagen und ein Block-Heizkraftwerk.

Aktiv bei Mieterstromprojekten

Das erste Mieterstromprojekt der Solar-Bürger-Genossenschaft war ein BHKW-Projekt. Strom und Wärme werden in einem Mehrfamilienhaus mit 46 Wohneinheiten erzeugt und verbraucht. Als zweites Projekt wurde Ende November 2017 eine Photovoltaikanlage für ein Mieterstromprojekt mit Solarstrom installiert. Es wird unter den Bedingungen des Mitte 2017 in Kraft getretenen Mieter-Stromgesetzes abgewickelt. Partner ist das Wohnprojekt schwereLos GmbH, ein Projekt im Verbund des Mietshäuser-Syndikats. Dies ist ein Projekte-Verbund von 125 Hausprojekten, die alle autonom organisiert sind. Sie besitzen ihre Immobilie rechtlich selbstständig mit einem eigenen Unternehmen, können diese aber nicht mehr am Markt verkaufen.

Ausrichtung an den Eigenverbrauch

Ein Teil der Ökostrom-Versorgung wird nun über Photovoltaik, installiert auf dem Dach des Wohnprojekts organisiert. In Betrieb genommen wurden im Januar 2018 rund 26 kWp mit Ost-West-Aufstellung und 10° Neigung. Diese Art der Aufständierung ermöglicht eine bessere Ausnutzung der Dachfläche und eine Anpassung des erzeugten Stroms, entsprechend den üblichen Nutzungszeiten. Die Lieferung des Stroms vom Dach an die Bewohner, die als Gemeinschaft auch Mitglieder der Solar-Bürger-Genossenschaft sind, wird so optimiert und die Netze werden entlastet, weil der Lastgang etwas flacher verläuft. Dagegen wäre bei einer Südausrichtung die spezifische Solarausbeute höher.

Das Wohnprojekt von ‚schwereLos‘ hat genossenschaftlichen Charakter, wenn auch nicht in der Rechtsform der eG umgesetzt. Deshalb gehört es zum Selbstverständnis, auf dezentrale, umweltverantwortliche Lösungen zurückzugreifen. Da sie als Mitglieder in die Anlage mitinvestieren und gleichzeitig den Strom nutzen, wird dieses Projekt seitens der Solar-Bürger-Genossenschaft als wichtiger Aufbruch in die Prosumenten-Kooperation gesehen. Sie tritt als Gesamtversorger für den Ökostrom auf. Den Rest-Strom bezieht sie über ihren Kooperationspartner, die Bürgerwerke eG, eine Sekundär-Genossenschaft von über 70 dezentral agierenden Energie-Genossenschaften.

Newsletter Genossenschaften 1/2018

Liebe Genossenschaftsfreunde, wir freuen uns, Ihnen heute (sc. 15.02.2018) die neue Ausgabe unseres Newsletters mit vielen aktuellen Meldungen rund um die Genossenschaften zukommen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen aus Berlin

Ihr Team von www.genossenschaften.de

GENOSSENSCHAFT DES MONATS

Willkommen in Sögel eG. Im Sommer 2015 ist die Flüchtlingskrise in Deutschland und Europa auf dem Höhepunkt. Jeden Tag kommen Tausende durch Krieg oder Hunger aus ihren Heimatländern vertriebene Menschen in Deutschland an. Viele Menschen möchten helfen. So auch die Bürger der niedersächsischen 6.500-Seelen-Gemeinde Sögel.

Mit dem Ziel, die ankommenden Flüchtlingsfamilien anständig und lebenswert unterzubringen und im Ort zu integrieren, gründeten sie die Bürgergenossenschaft „Willkommen in Sögel eG“. Durch die überwältigende Hilfsbereitschaft ist es der Genossenschaft gelungen, innerhalb von zwei Jahren drei Mehrfamilienhäuser im Sögeler Zentrum zu bauen und alle Flüchtlinge unterzubringen.

GENOSSENSCHAFTSGRÜNDUNGEN

Bürgergenossenschaft erweckt altes Brauereigebäude wieder zum Leben.

Die Pläne für die Allgäuer Genussmanufaktur eG in Urlau nehmen konkrete Formen an. Die entstehende Bürgergenossenschaft hat schon Anteile im Wert von mehr als einer Million Euro an zukünftige Mitglieder reserviert. Das historische Brauereigebäude der Ortschaft Leutkirch im Allgäu soll Anfang des kommenden

Jahres durch diverse Geschäfte wieder zum Leben erweckt werden. Nach derzeitigem Stand gibt es für die Allgäuer Genussmanufaktur 1111 Genossenschaftsanteile zu je 1000 Euro.

Neue Genossenschaft „Wir-Garten“ beginnt mit Gemüse-Anbau.

Lüneburgs erste Gemüse-Genossenschaft, der „WirGarten“, hat inzwischen genügend Mitglieder – mehr als 260 – und genügend Kapital – etwa 250 000 Euro – um mit dem Gemüseanbau zu beginnen. Das Konzept hinter „WirGarten“ ist das der solidarischen Landwirtschaft: Eine Gruppe Menschen trägt gemeinsam einen landwirtschaftlichen Betrieb und wird im Gegenzug mit den erzeugten Lebensmitteln versorgt. Sowohl auf dem Acker als auch in den Gewächshäusern wird nur regional und saisonal angebaut. Die Genossenschaftsmitglieder können beim Anbau auch selbst Hand anlegen.

Genossenschaft will Küstriner Altstadt wiederbeleben.

Eine Genossenschaft soll die verfallene Artilleriekaserne auf der Oderinsel Gorgast wiederbeleben. Sie wird in diesem Vorhaben von der Gemeinde Küstriner Vorland und dem Amt Golzow unterstützt. Seit dem Abzug der GUS-Streitkräfte vor 25 Jahren ist der deutsch gebliebene Teil der Altstadt – die 1902 errichtete Artilleriekaserne – dem Verfall preisgegeben. Die nun auf den Weg gebrachte gemeinnützige Genossenschaft „Think Camp“ will der weiteren Verödung eine neue Vision entgegensetzen. Die Kaserne soll renoviert und ein Ort für kulturelle Begegnungen werden.

Esterweger Bürger können Anteile an Windrädern zeichnen.

Die Volksbank Nordhümmling hat die Bürger-Energie-Genossenschaft (BEG) Esterwegen ins Leben gerufen. Alle Bürger mit Hauptwohnsitz in der Gemeinde Esterwegen können jetzt Mitglieder werden und sich so an zwei Windkraftanlagen beteiligen. Insgesamt werden 12,75 Millionen Euro in die beiden Anlagen investiert. Die Eigenkapitalquote von 15 Prozent (ca. 2 Millionen Euro) kann nun von den Bürgern gezeichnet werden.

NEWS AUS DEN GENOSSENSCHAFTEN

Energiegenossenschaft startet Carsharing-Projekt.

Die Bürgerenergie-Genossenschaft Rhein-Sieg, die sich bislang der umweltfreundlichen Energiegewinnung abseits großer Konzerne verschrieben hat, möchte dem Carsharing im Rhein-Sieg-Kreis zum Durchbruch verhelfen. Zusammen mit einer weiteren Genossenschaft, den Kölner „Energiegewinnern“, will sie jetzt das Projekt „Carsharing im Veedel“ aus der Taufe heben. Ziel ist es, dass sich Anwohner in Stadtvierteln am Stadtrand, vor allem aber auch in entlegeneren Dörfern, entscheiden, ihre Zweit- und Drittautos abzuschaffen und stattdessen ein Fahrzeug gemeinsam zu nutzen.

Windräder der Bürgerenergie Salzbödetal liefern Strom für 6000 Haushalte.

Die Genossenschaft Bürgerenergie Salzbödetal in Gladenbach ist an ihrem Ziel: Der Windpark mit den drei genossenschaftlich finanzierten Windrädern ist am Netz und kann nun mehr als 6000 Haushalte mit ihrem Jahresbedarf an Strom versorgen. Die Genossenschaft bringt mit ihren derzeit 255 Mitgliedern 74 Prozent des von der Bank geforderten Eigenkapitals mit gut 1,7 Millionen. Euro auf. Die restli-

chen 26 Prozent steuern die vier projektierenden Kommanditisten bei, die wie die Genossen in der Region beheimatet sind.

Genossenschaft eröffnet inklusive Wohnanlage.

In den 47 Wohneinheiten des zukunftsweisenden Wohnprojekts W.I.R. (Wohnen Inklusive Regensburg eG) leben zukünftig Menschen mit und ohne Behinderung, Familien, Singles, aber auch Senioren unter einem Dach. Seit Anfang 2012 hat die eigens gegründete Genossenschaft mit vereinten Kräften auf die Eröffnung der inklusiven Wohnanlage auf dem Gelände der ehemaligen Nibelungenkaserne in Regensburg hingearbeitet. Nun wurde die Anlage offiziell eröffnet. Insgesamt kostete das Projekt rund zehn Millionen Euro. Die inzwischen auf 80 Mitglieder gewachsene Genossenschaft brachte 2,8 Millionen Euro auf und 7,2 Millionen Euro hat die Raiffeisenbank finanziert.

RUND UM DIE GENOSSENSCHAFTEN

90 Gründungen im Jahr 2017 – Junge Genossenschaften bieten innovative Antworten auf aktuelle Herausforderungen.

Im Jahr 2017 wurden unter dem Dach des DGRV 90 Genossenschaften gegründet. Die Zahl ist damit gegenüber dem Vorjahr (95 Gründungen) in etwa stabil geblieben. Mehr als die Hälfte der Neueintragen entfiel auf die beiden Bereiche Dienstleistungen (24 Gründungen) und Energie (24). Weitere Schwerpunkte lagen in der Bildungs- & Beratungsbranche (9) sowie in der Gründung von Wohnprojekten (9) und Dorfläden (9). Viele der jungen Genossenschaften sind auf innovativen Geschäftsfeldern tätig und bieten Lösungen für Herausforderungen der heutigen Zeit. So finden sich unter den Gründungen der letzten 12 Monate u.a. Genossenschaf-

ten im Bereich Elektromobilität, Breitbandversorgung, Generationenwohnen oder Ärzteversorgung im ländlichen Raum.

Großflächenplakate zum Raiffeisen-Jahr online buchbar.

Raiffeisens Konterfrei würde auch Ihre Stadt schmücken? Genossenschaften können seit dem 1. Februar 2018 im Rahmen der Jubiläumskampagne zum Raiffeisen-Jahr Großflächen (18/1-Plakate) in ganz Deutschland buchen. Zur Auswahl stehen acht Plakatmotive der landwirtschaftlichen Genossenschaften ebenso wie Kampagnen-Motive mit dem Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Konterfei. Unter dem Plakatbuchungstool des Kampagnenbüros ist die Buchung unkompliziert möglich.

VERANSTALTUNGEN

Rückblick: Bundeskongress genossenschaftliche Energiewende.

Werden Energiegenossenschaften durch Ausschreibungen für Wind- und Solarenergie verdrängt? Das war die bestimmende Frage auf dem diesjährigen Bundeskongress genossenschaftliche Energiewende am 1. Februar 2018 in Berlin. Die 250 Teilnehmer diskutierten mit Vertretern der Politik und der Energiewirtschaft kontrovers über die weiteren Chancen von Energiegenossenschaften in den Ausschreibungsverfahren, über die Zukunft der Elektromobilität sowie über die Möglichkeiten eines Dialogs zwischen deutschen und afrikanischen Initiativen zu „Bürgerenergie in Afrika“.

Alle Vorträge der Veranstaltung können heruntergeladen werden.

DGRV – Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V., Pariser Platz 3, D-10117 Berlin, www.dgrv.de, <http://www.dgrv.de/de/impresum.html>

Wirtschaftsordnung des demokratischen Sozialismus

Von Reinhard Gaede

Der demokratische Sozialismus sieht den Menschen mehrdimensional motiviert. Als soziales Wesen verhält sich der Mensch eigennützig, seinen Vorteil suchend. Er ist aber auch fähig, Anteil zu nehmen am Schicksal anderer, Mitgefühl für berechnete Bedürfnisse von Mitmenschen zu haben. Es gibt demgemäß keine perfekten Institutionen für die Verwirklichung des Gemeinwohls. Entsprechend kann Wettbewerb nicht das einzige Prinzip sein. Ordnungselemente einer wirtschaftlichen Demokratie sind nötig. Demokratische Kontrolle des politi-

schen, aber auch des wirtschaftlichen Systems ist notwendig. So nützlich Märkte sind, um Bedürfnisse und Produktionsmöglichkeiten zu koordinieren, so sehr bedürfen Eigentums-, Unternehmens-, Arbeits-, Wirtschafts- und Politische Verfassung der Veränderung, damit folgende Ziele erreicht werden:

- Gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen (Differenzierung hinsichtlich Leistung und Motivation muss einsehbar funktional und glaubwürdig sein.)
- Humanisierung der Arbeit (Arbeitsbedingungen, die die Entfaltung der Persönlichkeit fördern).

- Versorgung mit meritorischen Gütern (z.B. Recht auf Bildung, berufliche Ausbildung,
- Zugang zu kulturellen Einrichtungen und Kulturgütern), Recht auf angemessene Wohnung konjunkturelle Stabilisierung des Wirtschaftsprozesses,
- Erreichen eines hohen Beschäftigungsstandes (Recht auf Arbeit als Staatsziel, Vergesellschaftung des Beschäftigungsrisikos),
- Erreichen eines sozial- und umweltverträglichen wirtschaftlichen Entwicklungspfad, entsprechender Umbau der Produktionsstruktur, qualitatives Wachstum“ (Nachhaltigkeit),
- Vereinbarung international verträglicher Austauschbeziehungen zwischen den Ökonomien der Ersten Welt und den Ländern der Dritten Welt.

Diese Ziele und zieladäquaten Maßnahmen werden auf der mikro-, meso- und makroökonomischen Ebene verfolgt. Regierungen, Verbände und gesellschaftliche Initiativen (Bürgerbewegungen) vereinen sich zum Handeln für das Gemeinwohl. Die Grundlage einer meritorisch gesellschaftlichen Absicherung auf makroökonomischer Ebene ist nötig, damit die Akteure zur Mobilität, zu Lernen und Bildung und zum Wagnis bereit sind.

Auf der mikroökonomischen Ebene ist die Reform der Unternehmensverfassung nötig. Die Arbeitnehmer(innen) müssen Rechte der Mitbestimmung und der Gewinnbeteiligung erhalten. Die Eigentümer(innen)-Rechte müssen durch widergelagerte Wirtschafts-Bürgerrechte ausbalanciert werden.

Neben dem Typ privatwirtschaftlich geführter Erwerbsunternehmen befürwortet der demokratische Sozialismus Unternehmen der öffentlichen oder freien Gemein-

wirtschaft, die dem Gemeinwohl (meritorischen Zielen) verpflichtet sind. Unterschiedliche öffentliche Träger sind denkbar: Kommunen, Zweckverbände, Länder, Bundesstaat. Auch autonome öffentliche Körperschaften (z.B. Öffentliche Rundfunkanstalten), Frei- Gemeinwirtschaftliche Unternehmungen, die öffentliche Versorgungsziele verfolgen, sind förderungswürdig (z.B. Frei-Gemeinwirtschaftliche Krankenhausbetriebe oder Wohnungsgenossenschaften, Freie Schulen). Unterschiedliche Talente und Wertorientierungen können in solch gemischtem Wirtschafts-System am besten integriert werden.

Daneben muss eine gesellschaftliche Planung treten, in der mit den Wirtschaftseinheiten Vereinbarungen getroffen werden. Sie sollen öffentliche Planung und Kontrolle der Wirtschaft sichern:

- Zur besseren Sozial- und Umweltverträglichkeit
- zur Erreichung eines hohen Beschäftigungsstandes,
- zur konjunkturellen Stabilisierung der Ökonomie.

Für die politische Verfassung folgt daraus, dass der Parlamentarismus ergänzt werden muss durch sinnvoll arbeitenden Korporatismus (in vielen westlichen Demokratien institutionalisiert). Regierungsstellen, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände arbeiten zusammen. In Wirtschafts- und Sozialräten für einzelne Branchen, auf regionaler, nationaler und supranationaler Ebene kann solch öffentliche Planung organisiert werden.

Was der demokratische Sozialismus will, ist eine Übertragung der demokratischen Ideen aus dem politischen System auch auf das wirtschaftliche. Erst so kann die demokratische Gesellschaft eine Kon-

trolle über die Wirtschaft gewinnen, die derzeit im Kapitalismus soziale Lebensverhältnisse und die Umwelt der Menschen zerstört. Diese Veränderungen sind innerhalb des Rahmens möglich, den das Grundgesetz vorgibt.

Dieses partizipatorische Plan-Markt-Modell auf der Grundlage annähernder Gleichheit hat ein religiös-sozialistischer Denker, der Nationalökonom Eduard

Heimann (1889–1967) entworfen. Vertreten wird es heute u. a. von Siegfried Katterle, em. Prof. für Volkswirtschaft in Bielefeld, vorher in den sechziger Jahren von Kurt Nemitz (1925–2015). Auch Gedanken von Ota Sik (1919–2004), Wirtschaftsminister im Prager Frühling sowie von Arthur Rich, Schüler von Leonhard Ragaz, Sozialethiker in Zürich (1910–1992), gehen in diese Richtung.

Staats- und Parteienkrise, Politikverdruss, oder was ist eigentlich los?

Eine andere Demokratie

Von Elmar Klink

Der warnende Aufschrei war groß mit dem Aufkommen einer neuen Partei in Deutschland ab 2013, die noch rechts von der christlich sozialen Partei in Bayern steht (wo angeblich kein Platz sein soll) und auch noch den Namen „Alternative“ in ihrem Namen führt. Einmal dahingestellt, ob sie mit ihren inneren Querelen und programmatischen Plattitüden und Lücken dem Anspruch, eine wirkliche Alternative zum Bestehenden darstellt, verkörpert das bloße Auftreten dieser rechten bis rechtsextremen Partei als Symptom und Indikator derzeit die große Zäsur im deutschen Politiksystem. Nicht wenige sprechen von einem allgemeinen Rechtsruck und einer Verschiebung der Politikkoordinaten und Wahlarithmetik nach rechts. Ähnlich wie in anderen europäischen Ländern, wo seit einigen Jahren rechte Parteigruppierungen auftauchten und einen dauernden, zweistelligen Zulauf erhalten (Frankreich, Holland, Dänemark, Polen ...), der sie sicher in die Parlamente schwemmt und gelegentlich sogar in Regierungs-Verantwortungen in Koalitionen oder deren Duldun-

gen. Im angelsächsischen System sind die Dinge noch etwas anders gelagert mit jeweils zwei großen Politik-Lagern (konservative Tories und linke Labourpartei bzw. Demokraten und Republikaner, die alles an kleineren Gruppierungen absorbieren) und Institutionen und Gremien (Unter- und Oberhaus, Senat und Repräsentantenhaus) mit starken Allein-Entscheidungs-Trägern wie Primeminister und Präsident. Aber die Symptome sind auch hier ähnlich, die sich in Brexit-Volksentscheidung und Wahl des Rechtspopulisten Trump äußern. Man kann also durchaus von einer allgemeinen Krise des westlichen Systems der (Parteien-)Demokratien sprechen, die natürlich auch Ausdruck der jeweiligen sozialen und ökonomischen Unsicherheiten und Widersprüche sind.

Jüngstes Beispiel ist das Wahlergebnis in Österreich, wo die alte „Volkspartei“ ÖVP bei den Bundeswahlen in diesem Oktober durch geschickte Themenbesetzung ihres populistischen Kandidaten Sebastian Kurz stärkste Fraktion wurde und sich für eine Koalition mit der knapp drittstärksten rechten FPÖ entschied (wie schon von 1999-2006), die einst rechtspopulisti-

sche Haider-Partei, die beim Volk als fast schon „nationales Urgestein“ längst hoffähig geworden ist. Sogar die SPÖ koalitiert mit ihr im Burgenland. Der Verdacht kommt auf, als könnten im bürgerlichen Lager (fast) alle mit allen kooperieren entgegen aller künstlichen Abgrenzungs-Propaganda.

Die in der jüngeren Vergangenheit in Deutschland gebildeten Not-Koalitionen der großen bürgerlichen Volksparteien zur Mehrheitsbeschaffung vor allem gegen die Linkspartei, um diese aus einer rot-rot-grünen Koalition herauszuhalten (die im Bund 2013 sogar möglich gewesen wäre), dürften ihr Ende gefunden bzw. ihre Umwidmung erhalten haben und nun wenn, dann vor allem gegen rechts ange-dacht werden (SPD-Oppermanns beschworener „Staatsnotstand“!). Die Menschen haben von weiteren einfallslosen Großen Koalitionen aus der „Staatsnot“ heraus aber die Nase gründlich voll. Das zeigte gerade die letzte Bundestagswahl 2017, mit deren Ergebnis besonders die Union und Sozialdemokratie mit teils ins Zweistellige gehenden Verlusten (CSU in Bayern) empfindlich abgestraft wurden. Ermöglicht wurde dies durch eine ausgemachte Protestwahl, bei der die Union rund 1 Mio. Stimmen und die SPD ca. 500.000 Stimmen an die AfD abgaben, bei der 60 Prozent ihrer Wähler(innen) angaben, sie rein aus Unzufriedenheit gewählt zu haben.

Denn auch die großen „Volksparteien“, die dies immer weniger sind und noch sein könnten, hätten lieber klarere Verhältnisse durch sicherere Mehrheiten als solche knappen, die sie immer wieder dazu zwingen, miteinander ungeliebt zu kugeln. Die CDU unter Merkel wurde dabei immer „sozialdemokratischer“ und die

SPD rückte immer mehr in die bürgerliche Mitte, wo der Platz für die, die sich dort aus unterschiedlichen Gründen schon tummeln (FDP, Grüne), immer enger wird. Mit dem Effekt, dass das Gebilde nach rechts immer offener wird und Raum vorhanden ist für das dauerhafte Ansiedeln einer AfD, die jetzt mit 93 Abgeordneten im nächsten Bundestag sitzt. Nicht auszudenken, was schlaue und rhetorisch geschickte Repräsentanten und fundiert argumentierende rechtsnationale Wortführende mit einer solchen relativen parlamentarischen „Hausmacht“ und zweistelligem Bevölkerungsrückhalt anfangen und entfachen könnten. Aber die Decke für solche ist derzeit in der AfD sehr dünn, konzentriert sich auf wenige Köpfe wie die Wahl-Spitzendenkandidaten Gauland, Weidel und den Allein-Vorsitzenden Meuthen, die sich in gewisser Weise zumindest noch moderat gebärden. Während die einstige Front-Frau Petry, schon seit Köln im Frühjahr innerparteilich isoliert und blockiert, aus der Partei und Fraktion ausgetreten ist und mit kleinerem Hofgefolge eine neue weitere Rechtspartei gegründet hat. Aus braun wurde blau, Die Blauen. Womit wohl nicht gemeint sein kann, dass dort ständige Trunkenheit in den eigenen Reihen herrscht. Solche Hemmnisse könnten sich wie das Beispiel NSDAP zeigte, schnell ändern. Doch die Berliner Merkel-Republik heute ist nicht Weimar und Deutschland nicht am Punkt wie am Vorabend vor 1933. Gesellschaftlich und wirtschaftlich nicht und auch nicht stimmungsmäßig. Es gibt keinen neuen Faschismus in Deutschland, der auf Niveau gesellschaftsfähig wäre und absehbar werden könnte. Auch wenn der Ton im neuen Reichstag künftig schärfer und rauer werden wird. Die bür-

gerlichen und gebildeten Eliten widersetzen sich dem AfD-Trend (noch) vehement, und die Wahlklientel der AfD im Kern ist überwiegend auch nicht eine, die soziale Not litte, oder spürte. Kommt sie doch gerade aus älteren und sogar ausnehmend hoch aus Arbeiterschichten. Wobei der allgemeine Vertrauensverlust der Menschen in Demokratie und bürgerliche Parteien deutlich wächst und mangels offener und öffentlicher Diskussion darüber den rechten Populismus derzeit an seiner Brust kräftig nährt.

Denn die Krise ist weitgehend haus- und staatsgemacht. Flüchtlingspolitik und Zuwanderungs-Thematik müssen auch als Verschleiер und Vernebler herhalten, um die eigentliche tiefe Krise des Bürgertums nicht hervortreten zu lassen. Diese besteht auch darin, dass etwa ein gutes armes und ärmstes Drittel dieser Gesellschaft immer mehr ausgeblendet werden, im öffentlichen Diskurs einfach verschwinden und nicht mehr vorkommen, trotz rauf und runter deklinerter Reichtums- und Armutsberichte. Wie könnte es sonst sein, dass ein medialer Meinungsmacher und -führer wie Christoph Schwennicke vom Trend-Magazin Cicero bei seinen Auftritten im TV und Rundfunk unwidersprochen bei 2.4 Mio. Arbeitslosen, einem Millionenheer von Leiharbeitenden und Niedrig- und Mindest- löhner(inne)n, und fast 50 Prozent nur noch befristet Beschäftigten von faktischer „Vollbeschäftigung“ faselt und es Deutschland und seiner Exportindustrie so gut wie selten ginge. Gut bis sehr gut geht es allenfalls den Monopolen und oberen dünnen Gesellschaftsschichten und Gut- und Besserverdienenden. Jenen gerade mal 6-10 Prozent Reichen, die an die 60 Prozent des Einkommens besitzen, das Straßenbild des ge-

hobenen Auto-Wohlstands, der schicken Einkaufszeilen und Eigentumswohnviertel in attraktiven Städtelagen beherrschen. Während das tägliche Leben für die breiten Massen immer teurer und unerschwinglicher wird, die Mieten trotz angeblicher Mietbremsen in den Großstädten weiter steigen, eine Regierung z. B. nichts gegen einen völlig überhöhten, inflationären Butterpreis von zwei Euro pro halbes Pfund unternimmt usw. Was also stimmt wo und für wen und für wen und wo nicht?

Jedes Volk bekommt die Regierung, die es verdient, sagt man, und eine Regierung kann kein anderes Volk haben als das, das sie vertritt. Wie stimmen solche eher plakativen Relationen noch oder stimmten sie überhaupt jemals? Was firmiert heute unter „Demokratie“ und bestimmt die politische Diskussion? Was versteht jede/r von uns unter „Demokratie“? Kann und soll der Schwerpunkt von politischer Meinungs- und Willensbildung nur auf Parteien liegen oder gäbe es dazu Alternativen und welche? Welche Vorstellung und Vision entwickeln religiöse Sozialist(in)en heute dazu? Was könnte/müsste das Schlagwort „Demokratisierung der Demokratie“ aktuell bedeuten? Solche und andere Fragen ergeben sich bei der Nachfrage nach Demokratie, einem Schwerpunktthema, dem die Redaktion und der Redaktionsbeirat von CuS sich widmen will.

Wir möchten alle Bund-Mitglieder, CuS-Abonnent(inn)en, -Lesenden und Interessierte auffordern, uns ihre Gedanken, am besten in Form von kürzeren oder evtl. auch grundlegenderen Beiträgen, mitzuteilen und bis ca. 23. Mai 2018 (Eine Veröffentlichungsgarantie besteht nicht, aber es sollen möglichst viele

*eingegangene
Statements veröf-
fentlicht werden.*

*Klink, Elmar, Jg.
1953; freier
Autor; 1978–83
Studium der
Sozialarbeit und
Sozialwissenschaft
in Bremen; Kriegs-*



Elmar Klink

*dienstverweigerung 1971 und Zivildienst
1976/77 beim Sozialen Friedensdienst
Bremen e.V. in der gemeindlichen Kinder-
garten- und offenen Jugendarbeit; frühere
langjährige Berufstätigkeit in Beratung und
Öffentlichkeitsarbeit einer Bundesgeschäfts-
stelle für evangelische Friedensarbeit; aktiv
in Gewaltfreier Aktion, Antikriegs- und
Friedensbewegung; Mitarbeit an politi-
schen Zeitungen; Aufsätze und essayisti-
sche Beiträge; lebt in Bremen.*

Lebenslaute-Aktion 2017 – Flieger-

horst Jagel, Schleswig-Holstein*

Von Bass bis Sopran – gemeinsam gegen Rüstungswahn

Von Winfrid Eisenberg

Musik I:

Lazımdır – Aserbaidsschanisches Friedenslied

Begrüßung

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, wir begrüßen Sie zum Lebenslaute-Vor- konzert, das gleichzeitig die Generalpro- be für das Blockadekonzert am Montag ist. Über die „Lebenslaute“ werden Sie im weiteren Verlauf des Programms noch einiges erfahren. Wir sind in die- sem Jahr etwa 80 Musikerinnen und Mu- siker im Chor und Orchester. Wir kom- men aus allen Teilen der Bundesrepublik. Seit dem 16.8. haben wir in den Wulfshagenerhütten unser Musikprogramm einstudiert und unsere Aktion geplant.

Das Lebenslaute- Aktionskonzert steht unter dem Motto „Von Bass bis Sopran – gemeinsam gegen Rüstungswahn“. Es wird am Montagmorgen (21.8.17) um 11 Uhr vor dem Haupttor des Fliegerhorsts Jagel erklingen. Sie sind zur Teilnahme herzlich eingeladen.

Unser Programm besteht aus Musik und Redebeiträgen im Wechsel. Mit den Texten wollen wir deutlich machen, war- um das Ziel unserer musikalisch-politi- schen Aktion und unseres gewaltfreien Widerstands in diesem Jahr Jagel heißt.

Wir haben unser Musikprogramm be- gonnen mit Lazımdır, einem Friedens- lied aus Aserbaidsschan. Es folgen zwei Chorstücke aus ganz unterschiedlichen Zeiten: Eins von John Dowland, das vom Abschied und vom Abschiedsschmerz berichtet, und eins von Maurice Ravel: Drei schöne Vögel vom Paradies. Sie sind Zeichen für den Tod des Geliebten im Krieg.

Musik II:

John Dowland (1563–1626):
Now, oh now, I needs must part

Maurice Ravel (1875–1937):
Trois beaux oiseaux du paradis

Wer sind die „Immelmänner“?

In Jagel ist das „Taktische Luftwaffengeschwader 51 „Immelmann“ stationiert. Die für das Militär zuständige Ministerin von der Leyen lässt zurzeit prüfen, ob Kasernen und Einheiten der Bundeswehr Namen von Militärs tragen, die Hitler dienten. In Jagel wird sie da nicht fündig, denn Immelmann war ein Jagdflieger im Ersten Weltkrieg. Er verkörpert jedoch noch immer die Kriegsbegeisterung, die 1914 in Deutschland herrschte. Mit seinem Namen übernimmt die Bundeswehr etwas von dieser Tradition. Das missbilligen wir.

Im Ersten Weltkrieg stieg der Ruhm eines Jagdfliegers mit der Zahl seiner erfolgreichen Abschüsse; diese wurden akkurat dokumentiert und veröffentlicht. Man sprach auch davon, gegnerische Piloten zu „erlegen“. Nachdem Immelmann 15 britische und französische Flugzeuge abgeschossen hatte, wurde er selbst Opfer eines Luftkampfes. Ein Stück des Holzpropellers der Fokker E.III, mit der Immelmann abstürzte, wird heute noch wie eine Reliquie aufbewahrt. Der Kriegsbegeisterung vermittelnde „Mythos Immelmann“ lebt in der Bundeswehr fort. Er gipfelt darin, dass man sich im Traditionsverein des Geschwaders mit „Hallo Immelmänner“ begrüßt.

In der Immelmänner-Sprache wird von 15 „erfolgreichen Abschüssen“ gespro-

chen. Wir sagen: Es handelte sich um 15 Tötungen.

Wir wenden uns gegen die sprachliche Heroisierung von Krieg, gegen die Verharmlosung von Tötungen, gegen die Darstellung von Krieg und Gewalt als Normalität.

(Sprecher(innen)wechsel)

Die Nationalsozialisten bauten bald nach der Machtübernahme den Flugplatz aus. Ab 1935 stationierte die Wehrmacht-Luftwaffe dort mehrere Kampfgeschwader. Unter dem Namen „Schleswig-Land“ galt Jagel im Zweiten Weltkrieg als „Frontflugplatz“, weil von hier aus Einsätze nach England geflogen wurden. 1944 starteten Kampf- und Bomber-Geschwader aus Jagel, um ihre Bombenlast auf London und Manchester abzuwerfen.

In den letzten Kriegstagen 1945 war Jagel ebenso wie andere Flugplätze in Schleswig-Holstein Zufluchtsort für die noch flugfähigen Maschinen aus Brandenburg und Pommern, deren Piloten sich vor der vorrückenden Roten Armee in Sicherheit bringen bzw. lieber in englische als in sowjetische Gefangenschaft gehen wollten. Nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs übernahm die britische Royal Air Force den Flugplatz.

1948 fungierte er unter dem Namen „Royal Air Force – Schleswigland“ als Trainingsplatz für Transportflieger. Der britische Anteil an der Berliner Luftbrücke (1948/49) fand von hier aus statt. 60 große Transportflugzeuge brachten täglich 500 Tonnen Fracht von Jagel nach Berlin. Diese Flugzeuge wurden von der Berliner Bevölkerung „Rosinenbomber“ genannt.

1958 schloss die Royal Air Force den Standort und übergab ihn an das inzwi-

schen wieder bestehende deutsche Militär.

Von Jagel geht Krieg aus

Die Bundeswehr stationierte in Jagel das Marinefliegergeschwader 1, das von 1963–1981 mit dem berühmten F-104 Starfighter (bundesweit 269 Abstürze, 116 tote Piloten!) ausgerüstet war. In den 90er Jahren folgte der Tornado, der in verschiedenen Varianten bis heute verwendet wird.

Aufgrund geänderter Aufgaben wurde das Geschwader 1994 umbenannt in „Aufklärungsgeschwader 51 „Immelmann“, seit 2013 heißt es „Taktisches Luftwaffengeschwader 51 Immelmann“.

Jagel ist neben Büchel Standort der ECR-Tornados. ECR, Electronic Combat Reconnaissance, steht für Elektronische Kampfführung und Aufklärung. Bisher waren in Jagel 25 dieser Aufklärungs- und Kampfflugzeuge stationiert, in diesem Jahr wird die Zahl auf 39 steigen. Der Grund ist, dass angehende Tornado-Piloten der Bundeswehr seit April d. J. ihr fliegerisches Know-How hier in Jagel lernen. Bis dahin hatten die Flieger ihre Ausbildung in Holloman im US-Bundesstaat New Mexico erhalten.

Elektronische Kampfführung bedeutet, dass der ECR-Tornado z.B. Radaranlagen und andere Ziele erkennen und zerstören kann.

Seit dem Krieg gegen Jugoslawien gibt es innerhalb der NATO eine bewährte Arbeitsteilung: Die Bundeswehr übernimmt vom Fliegerhorst Jagel aus die militärische Aufklärung und bestimmt die Ziele. Diese werden dann von der Luftwaffe der USA und anderer NATO-Staaten bombardiert. Militärische Aufklärung geht jeder Kriegshandlung vor-



Aktionskonzert vor dem Haupttor des Fliegerhorsts Jagel, 21.8.2017

aus und ist deshalb Teil der Kriegsführung. Die Bundeswehr behauptet, sie betreibe doch nur Aufklärung. Das ist Schönfärberei. Tatsache ist: Von Jagel geht Krieg aus.

Seit 2016 findet in Jagel auch die Bildauswertung zur Festlegung von Bomben- und Raketenzielen statt. Das Bildmaterial wird von den ECR-Tornados und von Drohnen geliefert. Bis 2016 mussten die mit der Auswertung befassten Soldatinnen und Soldaten im Einsatzland stationiert werden. Das ist jetzt nicht mehr nötig. Die „Computer-Soldaten“ müssen den Standort Jagel nicht verlassen, um die Bombenziele zu definieren. Daher muss der Bundestag auch nicht über deren Entsendung nach Afghanistan, Syrien oder Mali entscheiden. Diese Soldatinnen und Soldaten sind also Kombattanten ohne Auftrag des Parlaments. Welche militärischen Aufklärungsergebnisse zu welchem Zweck an wen weitergeleitet werden, entzieht sich jeglicher parlamentarischen Kontrolle.

Im Grundgesetz ist die Bundeswehr ausschließlich als Verteidigungsarmee definiert. Mittlerweile ist sie jedoch in eine „Armee im Einsatz“, in eine Angriffsarmee verwandelt worden. Wir wissen: Es geht um Ressourcenkontrolle, um den

globalen Zugang zu Märkten und um „freie“ Handelswege. „Deutsche Interessen“ sollen gewahrt werden. Das wird schon im Weißbuch der Bundeswehr von 2006 als Grund für militärische Auslandseinsätze beschrieben. Diese Einsätze sind vom Grundgesetz nicht gedeckt. Sie sind grundgesetzwidrig.

(Sprecher(innen)wechsel)

Tornados aus Jagel sind an vielen Kriegsschauplätzen unterwegs. So war in den Schleswiger Nachrichten“ vom 17. März d. J. zu lesen:

„Auslandseinsätze sind für die „Immelmann“ zur Normalität geworden. Seit genau zehn Jahren sind Jageler Soldaten nunmehr ununterbrochen in solchen Missionen gefordert: erst in Afghanistan, dann in der Türkei und seit vergangenem Oktober auch in Mali. Zwar war das Geschwader auch schon in den 90er Jahren während der Balkankriege dabei, doch ein ganzes Jahrzehnt am Stück – das ist eine neue Dimension. Mit einem feierlichen Appell auf dem Fliegerhorst in Jagel wurde dieses Jubiläum gestern gedacht.“

10 Jahre Missachtung des Grundgesetzes sind für uns kein Grund zum Feiern.

Nun folgt die Faust-Ouvertüre von Emilie Mayer.

Musik III:

Emilie Mayer (1812–1883): Faust-Ouvertüre

Von Jagel aus werden Aufklärungsdrohnen gesteuert. In den „Kieler Nachrichten“ vom 3.6.2017 steht:

„Das Taktische Luftwaffengeschwader 51 „Immelmann“ in Jagel ist inzwischen das Zentrum für die unbemannte Fliegerei in der Bundeswehr. ... Die größten

Drohnen und Flugzeuge der Welt können in Jagel landen. „Das Nest ist fertig“, sagt Oberst Michael Krah stolz. Der Kommodore des Geschwaders mit 1500 Soldaten und zivilen Mitarbeitern ist Chef eines wachsenden Standortes. ... Der Bungalow am westlichen Rand des Fliegerhorstes ist jetzt der Arbeitsplatz von 80 Soldaten der unbemannten Luftfahrzeuge. Vier Maschinen des Typs Heron (Reiher)-1 sind aus Israel geleast worden und stellen den Kern der Drohnen-Staffel des Geschwaders. Drei Maschinen fliegen in Afghanistan, eine zur Ausbildung in Israel“.

Neuerdings fliegen auch in Mali drei Heron-1-Drohnen, die von Jagel aus gesteuert werden.

Die Bundeswehr will sich in naher Zukunft nicht mehr auf Aufklärungsdrohnen beschränken. Sie will auch Kampfdrohnen kaufen. Die Wahl ist auf die Heron TP gefallen, die länger als 24 Stunden in der Luft bleiben und mehrere Tonnen Gewicht tragen kann.

Wir fragen: Was für Einsätze plant die Bundeswehr mit raketen- und bombenbestückten Kampfdrohnen?

„Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen.“ Darüber waren sich alle nach dem Zweiten Weltkrieg einig. Doch von Jagel geht Krieg aus. Von deutschem Boden geht Krieg aus. Deshalb sind wir hier. Dagegen richtet sich unser musikalischer Protest.

Es folgt von Frederic Rzewsky der Chor „Sag nein!“ sowie ein Stück irischer Folklore, das geradezu sarkastisch die Folgen des Krieges aufs Korn nimmt. Wir beenden den ersten Teil unseres Konzerts mit der Chorversion eines bekannten Liedes von Rio Reiser von der

Gruppe ‚Ton Steine Scherben‘: Die letzte Schlacht gewinnen wir.

Musik IV:

Frederic Rzewski (*1938):
Sag nein! Johnny, I Hardly Knew Ye

TonSteineScherben: Die letzte Schlacht

PAUSE

Sie hören jetzt Ausschnitte aus Georg Friedrich Händels Oratorium „Alexanders Fest“. Im Chorstück „Seht an“ beschreibt Händel eindrucklich die Gräuel des Krieges am Beispiel des Todes des Perserkönigs Darius. In der Solo-Arie „Waffenhandwerk bringt nur Unheil“ beschwört Alexanders Geliebte den König, das Kriegführen sein zu lassen. Der anschließende „Jubelchor“ ist die begeisterte Antwort des Volkes auf Alexanders Ankündigung, den Krieg zu beenden.

Musik V:

Georg Friedrich Händel (1685–1759):
„Alexanders Fest“
Nr. 14: Seht an (Chor)
Nr. 17: Waffenhandwerk bringt nur Unheil (Arie)
Nr. 18: Ein lauter Jubelruf (Chor)

Dank

Wir danken den Mitgliedern der Basisgemeinde Wulfshagenerhütten herzlich für die vielfältige Unterstützung, die uns dort in dieser Woche zuteil wurde. Wir hatten beste Möglichkeiten zum Üben unserer Musik und unserer gewaltfreien Widerstandsaktion. Der DFG/VK Schleswig-Holstein, besonders den lokalen Gruppen in Flensburg und Bad Oldesloe, danken wir für die gute Zusammenarbeit und für zahlreiche Aktivitäten

zur Vorbereitung unserer Aktion und dieses Konzerts. Die attac-Gruppe Kiel war ebenfalls beteiligt. Wir wünschen allen, die sich hier seit langer Zeit beharrlich gegen den „Krieg aus Jagel“ einsetzen, guten Erfolg!

Lebenslaute

Abschließend ein paar Angaben über uns:

Das musikalische Netzwerk „Lebenslaute“ gibt es seit 31 Jahren. 1986 fand in Mutlangen die erste Musikblockade statt. Jedes Jahr steht seither eine große Konzert-Aktion an einem lebensbedrohenden Ort auf dem Programm, beispielsweise auf einem Truppenübungsplatz, vor einer Atomanlage, einem Gentechnikfeld, einem Abschiebegefängnis oder vor den Toren einer Waffenfabrik. Mit den grundsätzlich gewaltfreien Aktionen zivilen Ungehorsams in Kombination mit klassischer Musik suchen wir die politische Auseinandersetzung. Was uns eint und zur Gruppe Lebenslaute zusammenführt, ist die Lust, gemeinsam zu musizieren und mit der Musik am ungewöhnlichen Ort ein starkes Zeichen zu setzen für Frieden und Menschenrechte, für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, gegen Diskriminierung und Krieg.

Im letzten Musikblock hören Sie zuerst das Gitarrenquintett Fandango von Luigi Boccherini, dann Ludwig van Beethovens Tänze und zum Abschluss das mittelalterliche afghanische Lied Beshnou az ney, in dem die Rohrflöte von Liebe und Trennung erzählt. „Es ist das Feuer der Liebe, das durch die Flöte strömt.“

Das Lied aus Afghanistan bildet nicht zufällig den Schlusspunkt unseres Programms. Wir verurteilen damit die Betei-

ligung der Bundeswehr und speziell der Tornados und Drohnen aus Jagel am grausamen Dauerkrieg in jenem geschundenen Land. Mit dem Lied verbinden wir die Forderungen:

Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden! Keine Kampfdrohnen! Zivile Konfliktlösungen! Und: Geflüchtete aus Afghanistan nicht abschieben!

Winfried Eisenberg, Dr. med., Kinderarzt, geb. 1937, ist in seinem Ruhestand aktiv

bei der IPPNW
(Internationale
Ärzte gegen den
Atomkrieg/Ärzte
in sozialer Ver-
antwortung) und
dem Arbeitskreis
Flüchtlinge/Asyl



Winfried Eisenberg

Migration, Politik und Reformation

„Religion muss für die Menschen da sein!“

Interview von Jens-Eberhard Jahn mit
Andreas Nachama (Berlin)

Andreas Nachama, Jahrgang 1951, ist Direktor der Stiftung „Topographie des Terrors“ in Berlin. Der Historiker und Publizist war von 1997-2001 Vorsitzender der Berliner Jüdischen Gemeinde. Im Jahr 2009 wurde er zum Rabbiner ordiniert und betreut seither ehrenamtlich eine reformjüdische Synagoge. Seit 2016 ist er jüdischer Vorsitzender des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Er ist Mitglied im Vorstand des interreligiösen Berliner „House of One“.

Ich traf Andreas Nachama Mitte Sept. 2017 in seinem Büro im Gebäude der „Topographie des Terrors“, und wir reden etwa eine Stunde miteinander. Die „Topographie des Terrors“ zeigt unmittelbar an dem Ort, wo sich in der Mitte Berlins X, Y und Z befanden, die Folgen von Diskri-

minierung, Polizeistaat und Terrorherrschaft im Nationalsozialismus.

Jens-Eberhard Jahn: Sie sind Vertreter des Reformjudentums und engagiert im jüdisch-christlichen und christlich-jüdischen Dialog. Ist dieser Dialog auf jüdischer Seite eher reform-dominiert?

Andreas Nachama: Nein, auch die Orthodoxie in Deutschland engagiert sich im interreligiösen Dialog. Auch von ganz offizieller Seite. Es gibt, glaube ich, keine Gemeinde in Deutschland, die nicht in diesen Dialog involviert ist. Christentum und Judentum stehen für unterschiedliche Glaubensweisen, haben aber gemeinsame Aufgaben: Schöpfung und Frieden bewahren. In Deutschland sind wir in den vergangenen 70 Jahren im Dialog mehr als einen Schritt vorangekommen. In Osteuropa sieht das leider völlig anders aus.

J.-E.-J.: Angesichts der Einwanderungs- und Fluchtwellen der vergangenen Jahre haben einige jüdische Gemeinden auf ihre Erfahrungen mit der Integration von Jüdinnen und Juden aus Osteuropa,

aus der früheren Sowjetunion verwiesen. Wird diese Expertise genutzt? Gibt es sie wirklich?

A.N.: Zwischen Anfang der 1970er und Ende der 1980er Jahre kam circa eine jüdisch-sowjetische Familie pro Woche in Berlin an. Um die konnte sich die Gemeinde kümmern und bei Wohnungs- und Jobsuche helfen. In den 1990er Jahren waren es dann zehnmal so viel Immigranten als vorher, und dann funktionierte diese Integration natürlich nicht mehr so gut. Das ist ja außerhalb der Gemeinde nicht anders, sonst würden nicht immer noch hier und da Menschen in Turnhallen und Hangars hausen. Skandalös ist das.

J.-E.J.: Wie könnte Integration gelingen?

A.N.: Eines Tages bekam ich einen Anruf: Einem Gemeindeglied war angeblich aus antisemitischen Beweggründen gekündigt worden. Es stellte sich bald heraus, dass die Gründe völlig andere waren. Ich habe dann in der Gemeinde ein Seminar organisiert: zweisprachig auf deutsch und russisch, mit externen Experten zum Thema Arbeitsrecht und Verhalten am Arbeitsplatz. Das zum Beispiel war ein Beitrag zur Integration. Zum Glück sind solche Erfahrungen aus dieser Zeit noch lebendig in den jüdischen Gemeinden. Denn so, wie es momentan um uns herum aussieht, ist durchaus vorstellbar, dass bald wieder Jüdinnen und Juden nach Deutschland einwandern. Wer hätte noch vor wenigen Jahren gedacht, dass heute 20.000 Israelis in Berlin leben; die gehen zwar nicht in die Synagoge, aber das kann ja noch kommen.

J.-E.J.: Wie reagiert die Stiftung „Topographie des Terrors“, deren Direktor Sie sind, auf die Zuwanderung Geflüchteter einerseits und die Rechtspopulismus-Krise andererseits?

A.N.: Vor kurzem haben wir einen arabischsprachigen Referenten eingestellt, der jetzt ge-

zielt Formate für Geflüchtete entwickeln und erproben soll.

J.-E.J.: Wie sind bisher Ihre Erfahrungen mit Geflüchteten oder Migranten in der Dauerausstellung?

A.N.: Wir fragen gezielt persönlich und im Blick auf die Herkunftsländer der Geflüchteten: Was passiert in einer Gesellschaft, in der polizeiliches Handeln nicht durch Gerichte kontrolliert wird? Das ist ganz aktuell. Da gehen wir dann weniger von der spezifisch deutschen Situation der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts aus.

J.-E.J.: Der Bogen zwischen der Vergangenheit am Ort der „Topographie des Terrors“ und der Gegenwart wird dann sehr konkret ...

A.N.: Ja, aber nicht nur bei uns: Ich freue mich über den Berliner Koalitionsvertrag besonders deshalb, weil er eine eigene Stiftung zur Zwangsarbeit vorsieht. Das Thema gehört nicht ins Museum. Wir dürfen nämlich nicht so tun, als wären Zwangsarbeitsprobleme nur Geschichtsprobleme. Das Thema ist ganz aktuell. Wer kümmert sich denn um unseren Elektroschrott? Wer arbeitet in Schlachthöfen? Was ist mit Zwangsprostitution, auch hier in Deutschland? Wie steht es um die Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie in vielen Teilen der Welt? Zwangsarbeit gibt es auch heute noch.

J.-E.J.: Herr Nachama, Ihr Fokus auf Arbeitsbedingungen ist klassisch links ...

A.N.: ... vor allem ist dieses Thema zentral für das Judentum. Die Heiligung des Sabbats auch als Ruhetag für Mensch und Tier, diese allen gemeinsame Ruhezeit steht im Zentrum des Judentums.

J.-E.J.: Aber zwischen der Frage, ob ich persönlich den Sabbat halte, und den Arbeits-Bedingungen in der Textilindustrie in Bangladesch sehe ich keinen zwingenden Zusammenhang.

A.N.: Das Judentum wirkt ja nach außen. Ein Beispiel: Für die Ohala, die Konferenz progressiver Rabbiner in den USA, gelten nur Produkte als koscher, die auch unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt wurden. Wenn es nur um rituelle Reinheit oder um Bräuche geht, dann bleibt vom Judentum nur Folklore. Religion muss aber für die Menschen da sein. Wenn ich dann bei den recht rigiden jüdischen Sabbatgeboten beginne, dann komme ich rasch dahinter, dass es der Gesellschaft gut tut zu verschnaufen. Menschen brauchen Tage, an denen sie zusammen kommen können. Dienst- und Schichtpläne müssten entsprechend abgestimmt werden.

J.-E.J.: Der Religiöse Sozialismus, der Sozialismus überhaupt, wurde auch von zahlreichen Jüdinnen und Juden geprägt. Gibt es in der jüdischen Community hierzulande Reste dieses religiösen Sozialismus?

A.N.: Jüdinnen und Juden gibt es in Deutschland vermutlich in allen Parteien, abgesehen von NPD und Co ...

J.-E.J.: ... in der SPD gibt es sogar eine eigene jüdische Arbeitsgemeinschaft ...

A.N.: ... ja, aber ich gehe doch in eine Partei, um meine Positionen in die Gesellschaft zu tragen; nicht, um andere Juden zu treffen. Die treffe ich in der Synagoge.

J.-E.J.: Und wie politisch ist die Synagoge?

A.N.: Unsere Gemeinden haben sich eine gewisse Kompetenz in Fragen zu Antisemitismus und Rechtsextremismus erarbeitet. Dazu werden sie gehört. Aber unsere Gemeinden sind oft auch klein und tendenziell überaltert. Hinzu kommt: Vielerorts sind die in den 90er Jahren aus der ehemaligen Sowjetunion zu uns eingewanderten Juden in der Mehrheit. Und viele von denen haben auch heute immer noch Probleme mit der deutschen Sprache.

Die Möglichkeiten, gesellschaftlich zu wirken, sind begrenzt.

J.-E.J.: Sie betreuen als Rabbiner eine Reformsynagoge. 2017 ist Reformationsjahr. Hat das Reformjudentum etwas mit der christlichen Reformation zu tun?

A.N.: Eindeutig ja. Allerdings fand diese jüdische Reformbewegung etwa zweieinhalb Jahrhunderte nach der Reformation statt und war durch die Aufklärung in Europa geprägt. Auch im Reformjudentum galt und gilt Luthers Motto „sola scriptura“ [allein durch die Schrift], also „zurück zu den Quellen“. Stellen Sie sich das so vor: Bis zum Ende des Mittelalters galt das Prinzip des min hag ha-makom (aus bzw. von dem Ort des Festes): Der Rabbiner legt die Schrift aus, und dann gilt diese Auslegung dort, wo der Rabbiner tätig ist. In Paris konnte also etwas ganz anderes gelten als etwa in Wilna. Und der Pariser Rabbi wusste nichts vom Wilnaer Rabbi, nicht von dessen Aus- und Festlegungen und umgekehrt. Das änderte sich mit der Erfindung des Buchdrucks. Das war eine technische Revolution, und auf einmal konnte man lesen, was jeweils an den verschiedenen Orten galt oder nicht galt. Dies ist die Geburtsstunde der Orthodoxie. Nun wurden Fragestellungen überregional diskutiert und verbindlich entschieden. Diese Normen, aufgeschrieben im Schulchan Aruch, (sc. „gedeckter Tisch“, autoritative Zusammenfassung religiöser Vorschriften, Halachot, des Judentums) galten dann.

J.-E.J.: Der Buchdruck hat im Judentum also die Orthodoxie und im Christentum die Reformation technisch ermöglicht?

A.N.: Zuerst ja. Die Antwort der römischen Kirche auf die Reformation waren die verbindlichen Festlegungen des Trienter Konzils. Im Judentum antwortete das Reformjudentum auf die Orthodoxie, indem es die neuen frühneuzeitlichen Regelungen hinterfragte und

sich ganz bewusst nicht an ihnen, sondern allein an Tora und Talmud ausrichten wollte.

J.-E.J.: Haben Sie ein praktisches Beispiel?

A.N.: Nehmen wir die Kippa: Oft wird sie in Reformgemeinden auch im Gottesdienst nicht getragen. Von der Kippa steht nichts in der Bibel, dadurch ist sie auch nicht verbindlich.

J.-E.J.: Sie ist aber ein wichtiges Symbol für Juden und zum Teil auch Jüdinnen, auch außerhalb der Synagoge ...

A.N.: ... wo sie gar nicht hingehört. Die moderne Gesellschaft drückt sich ja im Outfit der Menschen auch gerade dadurch aus, dass man nicht ohne weiteres Beruf, Religion und anderes am Gegenüber erkennen kann. Natürlich trägt der Pfarrer im Gottesdienst einen Talar, der Arzt bei der Untersuchung einen Kittel. Wer sich aber auch öffentlich kenntlich macht, der handelt nach den Normen des Ancien Régime. Das ist dann ein Bruch mit dem Konformismus der Moderne. Dadurch fühlt sich die Gesellschaft provoziert.

J.-E.J.: Das kommt aber auch auf den Ort an, denke ich. In Berlin, zum Beispiel, ist es völlig normal, sich „nonkonform“ zu kleiden. Herr Nachama, Sie haben eine Zweitwohnung in der brandenburgischen Kleinstadt Bad-Saarow. Sind Sie schon mal mit Kippa durch Bad Saarow gelaufen?

A.N.: Nein. Warum sollte ich auch. Aber daran würde sich dort wahrscheinlich auch niemand stoßen, da gibt es Kurbetrieb, immer andere Menschen ...

J.-E.J.: Herr Professor Rabbiner Nachama, Sie bekleiden viele Ämter und widmen sich vielfältigen Aufgaben. Verfolgen Sie bei alledem ein Ziel?

A.N.: Ich lebe von Fügungen, und jeder Tag ist eine neue Chance.

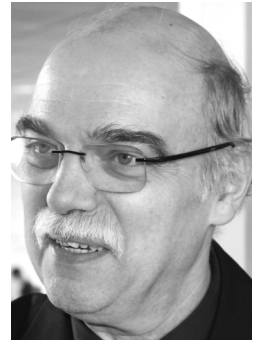
J.-E.J.: Lieber Herr Nachama, vielen Dank für das Gespräch!

Rabbiner Professor Dr. Andreas Nachama (Jahrgang 1951), seit 1994 Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, (1997–2001 beurlaubt), seit 2016 Jüdischer Präsident des Deutschen Koordinierungsrats der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, seit 2015 Vorstandsmitglied beim interreligiösen Projekt „House of One“.

2015–2017 Mitglied der Antisemitismuskommission der Bundesregierung
2006–2015 Dekan des Fachbereichs Holocaust Studies am Touro College Berlin
Seit 2000 Rabbiner, ordiniert am Seminar Aleph (Philadelphia) von Rabbiner Zalman Schachter-Shalomi.

1997–2001 Vorstandsvorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin
1992–1999 nebenamtlich künstlerische Leitung der Jüdischen Kulturtage in Berlin.
1980–1993 leitender Mitarbeiter der Berliner Festspiele:

1981 Promotion an der Freien Universität.
Seit 1977 Publizist für Geschichte und Judaistik: für Hörfunk, Fernsehen und Printmedien sowie als Buchautor
1972–1976 Studium an der Freien Universität Berlin in Geschichte und Judaistik
Magister Artium 1976



Andreas Nachama

Erinnerungskultur

*Yad-Vashem, Lifta
Von Berthold Keunecke*

Yad – Vashem – das Denkmal der Namen, das Museum des Holocaust. Der Besuch, gemeinsam mit unserer gesamten EAPPI- Gruppe* (sc. Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel), war eindrucksvoll. Die Historie ist mir weitgehend bekannt, aus dem Geschichtsunterricht, von den Besuchen in KZ- Gedenkstätten, aus Büchern. Auch in Herford haben wir uns mit den Namen der Opfer beschäftigt, die die Nationalsozialisten aus dem Gedächtnis der Menschheit tilgen wollten. Am eindrücklichsten war mir hier das „Denkmal für die Kinder“ – in völliger Dunkelheit brennen fünf Kerzen, deren Lichter durch viele Spiegel unzählbar oft reflektiert werden – wie ein Sternenhimmel. Dazu werden die Namen, die Nationalität und das Alter der ermordeten Kinder vorgelesen – drei Monate braucht das Tonband für alle.



*Janusz Korczak und die
Ghettokinde – Skulptur
in Yad Vashem*

Ein gutes Museum, wissenschaftlich und didaktisch auf höchstem Stand. Wir wurden von Tamar Avraham durch die Ausstellung geführt, mit vielen Hintergrund-Informationen. Als ein Beispiel für die objektive Wissenschaftlichkeit des Museums erwähnte

sie, dass die Ausstellungsmacher darauf verzichtet haben, mit einem großen Bild von Amin al-Husaini Stimmung gegen Palästinenser zu machen, wie es sich manche Politiker wohl wünschten: Al-Husaini, der als Großmufti von Jerusalem Hitler hofiert hatte, stand damals im Kampf gegen die Engländer als Kolonialmacht und gegen die Einwanderung der Zionisten in sein Land – deshalb sympathisierte er mit dem nationalsozialistischen Deutschland. Sein Bild und seine Geschichte sind im Museum aufgenommen, aber an nicht herausgehobener Stelle.



Die Ruinen von Lifta am Rand von West-Jerusalem

Die Erinnerung ist wichtig, und sie wird hier gepflegt. Denn Erinnerung hat immer auch mit der Gegenwart zu tun. Das Trauma des Holocaust ist noch heute spürbar – z.B. in der Angst, die bei jedem Terrorakt wieder aufbricht. Von dem Gefühl, dass der Holocaust weitergehe, erzählte uns ein orthodoxer Jude, den wir besucht haben. Das Yad-Vashem – Museum macht deutlich, dass der Holocaust einzigartig war – die Terrorakte, die heute verübt werden, sind weit von dem industrialisierten Massenmord in den Vernichtungs-



Heute nutzen orthodoxe Juden aus der Nachbarschaft das Bassin in Lifta zum Baden

lagern entfernt. Kann die Auseinandersetzung mit der Geschichte auch eine Art Traumabearbeitung sein?

Ein weiterer Ort der Erinnerung steht allerdings in der Gefahr, zu verschwinden: Für das Gedächtnis an die Nakba, die Vertreibung und Flucht von Palästinensern in der Zeit der Staatsgründung Israels, gibt es kein großes Museum. Aber die Ruinen eines Dorfes konnten wir besichtigen: Lifta hieß der Ort in einem wunderschönen Tal, am Stadtrand des heutigen Westjerusalems gelegen. Wir müssen einen steilen, nur schlecht befestigten Weg hinabgehen, bis wir zu den Häusern kommen, die hier langsam von der Natur überwuchert werden. Wir sehen die Ruinen der Moschee dieses Dorfes, eine Ölpressen – es war ein recht reiches Dorf, mit vielen Obstbäumen. Die Einwohner verkauften die Früchte nach Jerusalem – ob an Juden oder Muslime, spielte damals noch keine Rolle, erzählte Tamar Avraham, die uns auch hier führte.

Siehe dazu auch: <http://www.zochrot.org/en/village/49239>, <https://blog.br.de/studio-tel-aviv/2015/09/08/lifta.html>.

Aber: Als im November 1947 in Folge des UN-Teilungsplans die Spannungen

und gewalttätigen Auseinandersetzungen im damaligen Mandatsgebiet Palästina zwischen jüdischen und arabischen Kämpfern zunahmen, stellte das Dorf, das zwischen dem israelischen Küstenstreifen und dem Zentrum Jerusalems lag, ein strategisches Hindernis für die jüdischen Militärgruppen dar (<http://www.zochrot.org/en/village/49239>). Mitglieder der jüdischen Stern Gang („Lechi“) kamen im Dezember 1947 in das Dorf, eröffneten mit ihren Maschinengewehren das Feuer, töteten sechs Menschen und zogen wieder ab. Die Dorfbewohner merkten, dass es für sie keinen Schutz mehr gab, und verließen das Dorf. Später wurde ihnen die Rückkehr verwehrt. Sie und ihre Nachkommen wohnen wohl größtenteils im Flüchtlingslager Schuafat, erzählte uns Tamar Avraham. Das Flüchtlingslager Schuafat ist inzwischen von Jerusalem durch die Mauer von Jerusalem abgetrennt worden – für die Menschen dort fühlt sich heute außer dem UN-Flüchtlingshilfswerk wohl niemand mehr zuständig.

Aber die Ruinen der Häuser in Lifta stehen noch. Mir kommt es als ein Gottesgeschenk vor, dass in diesem Tal noch nicht gebaut worden ist: Pläne dafür liegen vor. Hotels würden in dieses schöne Tal passen. Aber jüdische Verbände haben sich für den Erhalt eingesetzt. Jüngst wurde mir von Aktivisten aus Westjerusalem erzählt, dass das Gericht die aktuellen Bebauungspläne verworfen habe. So bleiben die Ruinen stehen, und mit ihnen die Quelle, die von den Dorfbewohnern vor Jahren zu einem kleinen Bassin aufgemauert wurde. Sie wird nun von orthodoxen Juden aus der Nachbarschaft zum Baden genutzt – nach ihrem Brauch ist natürliches Quellwasser für rituelle Waschungen nötig. Wenn hier Hotels stehen würden,

wäre die Quelle auch für sie unzugänglich. So können wir hoffen, dass diese Ruinen stehenbleiben können als eine Erinnerung an das, was Menschen hier angetan worden ist – und dass dieses Tal mit Hinweistafeln, besser befestigten Wegen und Müllentsorgung vielleicht einst ein offizieller Erinnerungsort werden kann. Und vielleicht können irgendwann palästinensische und israelische Kinder gemeinsam das frische Quellwasser von Lifta genießen.

**Ich nehme für das Berliner Missionswerk am Ökumenischen Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI) des Ökumenischen Rates der Kirchen teil. Dieser Bericht*

gibt nur meine persönlichen Ansichten wieder, die nicht unbedingt die des Berliner Missionswerks oder des Ökumenischen Rates der Kirchen sind.

*Berthold Keunecke,
*6.12.1961, ist
Pfarrer in der Ev.
Emmaus-Gemeinde,
Herford, und
Vorsitzender des
Internationalen
Versöhnungsbunds,
Deutscher Zweig*



Berthold Keunecke

Themen und Aktionsfelder der Religiösen Sozialist(inn)en in der Vergangenheit V

Die Phase 1996–2003

CuS 2/98 hat den Schwerpunkt *150 Jahre Kommunistisches Manifest*. Vorstandsmitglieder waren Dr. Martina Ludwig, Chemnitz, Matthias Nauerth, Ellerbek, Philipp Stratmann, Tübingen. Zur neuen Redaktion gehörten Darius Dunker, Aachen, Maik Eisfeld, Schlotheim, Udo Fleige, Tübingen, Jürgen Gorenflo, Karlsruhe, Matthias Nauerth, Ellerbek, Christa Peter, Berlin, Oliver Wildner, Hamburg.

Frank Deppe, *1941, em. Prof. f. Politikwissenschaft, heute in der Redaktion Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung, schrieb den Artikel: *Hat der Sozialismus eine Zukunft?* Ausgehend vom Zusammenbruch des so genannten „Realsozialismus“ erinnert er an den Begriff „Siegkrise“ von Ulrich Beck und sieht ein „globales Katastrophenprogramm“ vor uns. Freilich ist dem Sozialismus sein „Fortschritts- und

Geschichtsoptimismus“ abhanden gekommen. Eine Renaissance der Konzepte der revolutionären Arbeiterbewegung ist für ihn ausgeschlossen. (5) Jedoch werden auch „in der Zukunft gewerkschaftliche und politische Organisationen“ gegen die „Despotie des Kapitals“ notwendig sein. Gegenüber früheren Zeiten wird der ‚Block der progressiven Kräfte‘ bunt, pluralistisch, autonom in Bezug auf die Artikulation von Interesse usw. sein müssen.“ Der Marxismus-Leninismus hatte einen monistischen Wahrheits- und Führungsanspruch, litt an etatistisch-bürokratischer Verknöcherung und „Reformunfähigkeit“. Die Gründe für sein Scheitern sind zu ermitteln: Lag es an der „Staatsfixiertheit“? Staatseigentum plus Planwirtschaft war nur in der Aufbauphase effizient. Zentral ist die Frage nach dem Verhältnis von Sozialismus und Demokratie. „Wie sind Ver-

gesellschaftung, Produzentendemokratie und Formen der repräsentativen und der direkten Demokratie zusammen mit dem Schutz der Menschenrechte und der Sicherung der Rechtsstaatlichkeit miteinander zu verbinden?“ (6) Während früher im Sozialismus der Traum vom Ende der Geschichte in einer klassenlosen Gesellschaft nach quasi naturgesetzlichem Prozess vorherrschte, möchte er als sozialistisch bezeichnen „die Bewegungen zur Verwirklichung der Menschenrechte, der Gleichheits- wie der Freiheitsrechte“. Immer noch bzw. nach dem Sieg des Kapitalismus über den Staatssozialismus bestehen zentrale Widersprüche: globale Spaltungen zwischen Armut und Reichtum, Zerstörung der Natur, Belastungen des Klimas, Wassers, der Böden usw., Schwächung der Nationalstaaten, Aufblähen des fiktiven spekulativen Kapitals, Wachstumsschwäche, Armut, Ausgrenzung von Schichten der Bevölkerung, Krise der politischen Kultur. Zerstörung der Demokratie als Folge der Vorherrschaft globaler Märkte und der Privatisierung des öffentlichen Dienstes“ (Pierre Bourdieu). „Totalisierung des Kapitalismus bedeutet zugleich seine zunehmende Verwundbarkeit durch seine eigenen Widersprüche und durch oppositionelle Politik“. (9/10) Gewaltige Verteilungskämpfe in globalen Dimensionen stehen an um die Verteilung von Macht und Ressourcen zwischen Staaten und Staaten- gruppen, zwischen Klassen und Verbänden. Proteste und Widerstand gegen den „Primat der Deflations- und Austeritätspolitik“ gab es massenhaft.

Ein anderer bedeutender Artikel kommt von *Wolfgang Ruge: Zu den Wirkungen des ‚Kommunistischen Manifests‘*“. Sein Leben ist mit diesem Thema tragisch verbunden. Bei wikipedia erfahren wir: „Ruge wuchs

in einem kommunistischen Elternhaus auf (Ruge ist der Ururenkel von Arnold Ruge, R.G.: A. Ruge ,1802–1880, vertrat die demokratische Linke in der Frankfurter Nationalversammlung), er war junger Pionier und Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes. Nach der NS-Machtübernahme flüchteten er und seine Familie 1933 in die Sowjetunion. Dort wurde sein älterer Bruder Walter Ruge (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2004-2-044>) verhaftet und der Vater Erwin Ruge im Frühjahr 1938 in das nationalsozialistische Deutschland abgeschoben (Wolfgang Ruge: Gelobtes Land. Meine Jahre in Stalins Sowjetunion, Reinbek: Rowohlt Verl., 2012, S. 83–84). Ruge studierte nach seinem Abitur Geschichte in Moskau (Wolfgang Ruge: Lenin. Vorgänger Stalins. Matthes & Seitz Berlin 2010, S. 8.) Fassungslos erlebte er dort mit, wie sich unter dem Terror Mitte der 1930er Jahre die Reihen der Altkommunisten und Emigranten lichteteten (Frank Quilitzsch: Verbannt auf ewige Zeit. Erschütternde Lektüre: Wolfgang Ruges traumatische Erlebnisse in Stalins Lagern. Thüringische Landeszeitung, 7. Juli 2012). Nach dem Überfall des Deutschen Reiches auf die Sowjetunion wurde er zusammen mit seiner zweiten Ehefrau wegen seiner deutschen Herkunft nach Kasachstan deportiert, ein Jahr später von ihr getrennt und als Zwangsarbeiter in ein Straflager des Gulags in den Nordural verschickt. Dort wurde er unter Bedingungen der völligen Willkür und Essenzuteilung nach Normerfüllung zu Schwerstarbeit, wie Holzfällen, eingesetzt (Frank Quilitzsch: Verbannt auf ewige Zeit). Drei Jahre nach Ende des Krieges zerschlugen sich Ruges Hoffnungen, das Lager als freier Bürger verlassen und zu seiner Frau in die Steppe zurückkehren zu können. Seine

Strafe wurde in „Ewige Verbannung“ umgewandelt. Er durfte den Lagerort per Dekret zeitlebens nicht mehr verlassen. Ruge konnte jedoch 1948 unter Umgehung des Verbannungsregimes ein Fernstudium der Geschichte in Swerdlowsk absolvieren. Im Nordural-Straflager Soswa fristete Ruge ein karges Leben zusammen mit seiner dritten Frau.

Erst 1956 gelang Ruge zusammen mit seiner Frau und zweijährigem Sohn Eugen die Ausreise in die DDR. Ihm wurde eine Stelle am Institut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften in Berlin angeboten. Ruge wurde einer der bekanntesten Historiker der DDR mit dem Spezialgebiet Weimarer Republik und Aufstieg des Faschismus. Ruge wurde Mitglied in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und blieb auch nach 1990 Mitglied der SED/PDS (<http://www.stiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html?ID=2941> Abgerufen 20. März 2012). 1959 promovierte Ruge in Berlin über die Besetzung des Ruhrgebiets 1923 (Die Stellungnahme der Sowjetunion gegen die Besetzung des Ruhrgebietes 1923 und die deutsch-sowjetischen Beziehungen während der Zeit des passiven Widerstandes. Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1962). Ruge erhielt später eine Professur für Geschichte.

Ruge wurde Nationalpreisträger und erhielt den Vaterländischen Verdienstorden in Silber sowie die Ehrendoktorwürde der Universität Jena.

Wolfgang Ruges Sohn ist der Autor und Regisseur Eugen Ruge. Dieser unterstützte seinen inzwischen alten Vater bei der Herausgabe der zweiten Auflage seines autobiographischen Berichts im Rowohlt-Verlag (2012): Gelobtes Land. Meine Jahre in Stalins Sowjetunion. Wolfgang Ruge hatte

zur DDR-Zeit darüber nicht publiziert, aber Aufzeichnungen angefertigt, die er später verwerten konnte (Frank Quilitzsch: Verbannt auf ewige Zeit.). In Eugen Ruges preisgekröntem Roman ‚In Zeiten des abnehmenden Lichts‘ trägt der Historiker Kurt Umnitzer Züge Wolfgang Ruges.“

Der Artikel gibt ein Referat W. Ruges wieder, das er am 15.4.198 bei einer Veranstaltung der Vereinigten Linken (Die Vereinigte Linke verstand sich als basisdemokratische Bewegung von der Gründung 4. Sept. 1989 bis zum Zerfall und zur Auflösung 19. Okt. 2013) „In der Geschichte gibt es keinen Endpunkt“, anders als Marx und Engels meinten, die den Klassenkampf schon vor der Entscheidung sahen, stellt W. Ruge gleich zu Beginn klar unter der Überschrift: „Sie glaubten, zu wissen. Andererseits bestätigt er, die Tendenzen des Kapitalismus beschrieben zu haben. „Herausbildung des Weltmarktes, Herrschaft des ‚nackten Interesses‘“ und „eine der gesellschaftlichen Triebkräfte“; den Klassenkampf, beschrieben zu haben, wertet er als „die größte geisteswissenschaftliche Leistung des wissenschaftsgläubigen 19. Jahrhunderts“. „Der Glaube der Kämpfer, mit ihrem Einsatz im Klassenkonflikt das entscheidende Glied des Weltgeschehens gepackt zu haben, vermittelte ihnen die Gewissheit, für eine gerechte Zukunft zu streiten.“ Entsprechend kam es bereits im 19. Jahrhundert zur Bildung proletarischer Organisationen, was – wie Franz Mehring 70 Jahre später in seiner Biographie über Karl Marx schrieb – die Wahrheit des Manifests bestätigte, wenn auch breite Schichten eine mit Kleinbürgern vergleichbare Verbesserung ihrer Lage erreicht hatten. (15) Als die Sowjetunion sich unter schwierigen Bedingungen behauptete, „stellte sich für den Kapitalismus die

Überlebensfrage, auf die er mit unterschiedlichen Methoden reagierte – von der Abwiegung von Revolutionen (z.B. der deutschen Novemberrevolution) über politische Zugeständnisse an den gemäßigten Flügel der Arbeiterbewegung bis hin zu Etablierung faschistischer Regimes.“ Es gelang der bürgerlichen Gesellschaft, „die von Marx und Engels als nächste Aufgabe der Kommunisten bezeichnete ‚Bildung des Proletariats zur Klasse‘ weitgehend rückgängig zu machen.“ Seit 1945 hat sich der Lebensstandard infolge zivilisatorischer „Leistungen der Klassengesellschaft“ so erhöht, dass die Arbeitenden mehr zu verlieren haben als nur ihre Ketten. W. Ruge fragt deshalb: Wie konnte es zu solchem Paradigmenwechsel kommen? Bei der Rückständigkeit des Zarenreichs hatte die Revolution in Russland den „Höhegrad der Entwicklung der Produktion nicht erreicht, der – nach Engels – voraussetzen war. „Hatten Marx und Engels 1948 erklärt, ‚der erste Schritt der Arbeiterrevolution ... ist die Er kämpfung der Demokratie‘, so konnte von einer wirklichen Mitbestimmung der Produzenten unter Stalin keine Rede sein, erst recht nicht von der ‚freien Entfaltung eines jeden‘, die nach dem ‚Kommunistischen Manifest‘, die Bedingung für die Entfaltung aller“ sein sollte. Es herrschte nicht das Proletariat, nicht einmal die Partei, sondern die dem Diktator dienende Nomenklatura und deren Spitze, die Geheimpolizei.“ (18) Nach bekannt Werden der Verbrechen des Stalinismus „zerfielen die Reste der revolutionären Weltbewegung.“ Als „Großtat“ des Manifests bleibt, „das Wesen des Klassenkampfes ergründet zu haben.“ So wie das „humanistische Anliegen.“ (20)

Ulrich Peters Beitrag heißt: *Kommunistisches Manifest: Was bleibt heute?*

U. Peter zitiert den Wittenberger Pfarrer Friedrich Schorlemmer, der das Manifest „bestürzend aktuell“ nennt. In der wirtschaftlichen Globalisierung degeneriert ein Land zum „Standort“, Menschen werden als ‚freizusetzende Kräfte‘ verdinglicht“. Die Utopie von Gerechtigkeit dürfe „nicht aufgegeben werden“. Eine neue fundamentale Gesellschaftskritik solle kommunistische Ideen aufnehmen, „allerdings geläutert durch die Erfahrungen unseres Jahrhunderts. Nie wieder dürften dabei Freiheit und Gleichheit gegeneinander ausgespielt werden, an die Seite des ‚Gleichheitsmanifestes‘ müsse ein ‚Freiheitsmanifest‘ gestellt werden.“ (21) U. Peter meint: „Die Analysen der objektiven Grundstrukturen des Kapitalismus und seiner Entwicklungsdynamik waren wesentlich genauer als ihre politischen Schlussfolgerungen“. Was 1948 revolutionär klang „kann heute als eine knappe Beschreibung des Kapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts gelesen werden.“ Dagegen die Verelendungstheorie „ist gerade durch die Klassenkämpfe widerlegt worden“.

Dass Krise im Kapitalismus das „proletarische Bewusstsein“ quasi gesetzmäßig fördert, hat sich als „nicht realistisch“ erwiesen. Allerdings – nach Peter von Oertzen – wirken „auf der Basis einer objektiven Klassenlage“ „ökonomisch-soziale Interessen, kulturelle Traditionen, die Erfahrung politisch-sozialer Kämpfe und bewusste organisatorische und politische Anstrengungen“ zusammen als „Resultat eines historischen Lernprozesses“ (23)

In CuS 3/98 werden *Lebensbilder religiöser Sozialisten* vor Augen gestellt. Ulrich Peter erinnert an Harald Poelchau (1903–1972), Pfarrer – Sozialist – Humanist.

Harald Poelchau wuchs in Brauchitschdorf (heute Ortsteil Chróstnik von Lüben) auf. In dem kleinen schlesischen Ort war sein Vater evangelischer Pfarrer. Nach dem Abitur studierte er ab 1922 evangelische Theologie in Bethel, Tübingen und Marburg. In Tübingen war er Sekretär des Königener Bundes. Als Werkstudent bei Bosch in Stuttgart erhielt er Einblick in die industrielle Arbeitswelt. Nach dem ersten theologischen Examen 1927 in Breslau studierte er Wohlfahrtspflege und staatliche Fürsorgepolitik an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin. 1928 heiratete er die Bibliothekarin Dorothee Ziegele. Poelchau war als Geschäftsführer der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe in Berlin und Assistent von Paul Tillich in Frankfurt/Main tätig. 1931 absolvierte er in Berlin sein zweites Staatsexamen und promovierte bei Tillich in Frankfurt/Main. Die Diss. erschien 1932 als Buch „Das Menschenbild des Fürsorgerechts: Eine ethisch-soziologische Untersuchung“. Er gehörte auch zu den Autoren der „Neuen Blätter für den Sozialismus“. Harald Poelchau bewarb sich Ende 1932 um eine Stelle als Gefängnisseelsorger und trat am 1. April 1933 seine Stelle als erster vom NS-Regime eingesetzter Geistlicher in einer Strafanstalt an, eine Möglichkeit noch frei arbeiten zu können. Als Justizbeamter arbeitete er am Berliner Gefängnis Tegel sowie an verschiedenen anderen Gefängnissen wie Plötzensee und Moabit. 1934 schloss er sich der Bekennenden Kirche an. 1938 wurde sein Sohn Harald geboren. Im Zweiten Weltkrieg wurden viele Oppositionelle zum Tode verurteilt. Bis 1945 sollte Poelchau etwa eintausend Menschen zur Hinrichtung begleiten. Er schmuggelte heimlich Briefe und Nachrichten aus bzw. ins Gefängnis. Bei der De-

portation von Juden seit Oktober 1941 aus Deutschland vermittelte das Ehepaar Unterkünfte in seinem großen Bekanntenkreis. Ruth Andreas-Friedrich, Mitgründerin der Widerstandsgruppe „Onkel Emil“, und der Gefängnispfarrer arbeiteten zusammen. Seit 1941 gehört er zum Kreis um Helmuth James Graf von Moltke und nahm an den Tagungen der Widerstandsgruppe Kreisauer Kreis teil. Nach dem Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 betreute der Gefängnisseelsorger viele der am Attentat Beteiligten. Die umfangreiche oppositionelle Arbeit von Harald Poelchau blieb bis Kriegsende unentdeckt. Als die Strafanstalt Tegel aufgelöst wurde, erlebte er den Zusammenbruch des NS-Staats in Süddeutschland. Gemeinsam mit Eugen Gerstenmaier baute er 1945 in Stuttgart das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen auf und wurde dessen Generalsekretär. Ab 1946 wieder in Berlin, engagierte sich Poelchau in der Sowjetischen Besatzungszone im Gefängniswesen der Zentralen Justizverwaltung. Als Poelchau seine Vorstellungen nicht durchsetzen konnte, ging er in den Westen. Von 1949 bis 1951 war er erneut Gefängnispfarrer in Berlin-Tegel. 1951 ernannte ihn Otto Dibelius zum ersten Sozial- und Industriepfarrer der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg. Dieser Aufgabe widmete sich Harald Poelchau bis zu seinem Tod im Jahr 1972.

Auf der Tagung des BRSD gemeinsam mit der Kommende (Sozialinstitut des Erzbistums Paderborn), Dortmund, am 1./2. Mai 1998 zum Thema „Kirche und Arbeiterbewegung – ein (un)gebrochenes Verhältnis? hielt Klaus Kreppel ein Referat „Brauchen wir wieder Sozialistinnen und Sozialisten?“ Er sagte: Persönlichkeiten brauchen wir „als Anknüpfungspunkte für persönliche Identitätssuche“ und „nach-

wachsende“ Sozialist(inn)en brauchen sie, um Legitimität nachzuweisen. (21) Deshalb stellte er das Beispiel *Walter Dirks* vor.

Walter Dirks wurde am 8. Januar 1901 in Hörde geboren. Die Mutter, die sein Verständnis für die Arbeiterbewegung weckte, arbeitete als Fürsorgerin. Nach dem Abitur studierte er an den Universitäten Paderborn und Münster Theologie und trat dem Quickborn bei. Neben anderen veranlassten Dirks insbesondere die Schriften Wilhelm Hohoffs zum Studium des jungen Karl Marx. Dirks war der Sekretär Romano Guardinis. 1924 wurde er Redaktionsmitglied der Rhein-Mainischen Volkszeitung. Von 1928 bis 1931 betreute er die Zeitschrift des Friedensbundes Deutscher Katholiken. Er setzte sich im Gotteslästerungsprozess gegen den Maler George Grosz in der Weimarer Republik als Gutachter der Verteidigung für die Freiheit der Kunst ein. Seit 1934 war Dirks Musikkritiker der vom Regime geduldeten Frankfurter Zeitung, ab 1938 deren stellvertretender Feuilletonchef. Obwohl er in dieser Zeit keine politischen Kommentare abgab, erhielt er 1943 Schreibverbot und arbeitete für den Verlag Herder. Am 28. August 1941 heiratete er Marianne OSTERtag (1913–1993). Er kritisierte die Wiederaufrüstung Deutschlands und war Pazifist. Gemeinsam mit Eugen Kogon und Clemens Münster gab er ab 1946 die Frankfurter Hefte heraus, die den Aufbau einer Demokratie auf der Grundlage eines christlichen Sozialismus anstrebten. Seit 1949 war er innenpolitischer Kommentator beim Südwestfunk, gleichzeitig arbeitete er 1953 bis 1956 am Frankfurter Institut für Sozialforschung und gab dort zusammen mit Theodor W. Adorno die Frankfurter Beiträge zur Soziologie heraus. 1956 bis 1967 leitete er das Kulturressort des West-

deutschen Rundfunks in Köln. Walter Dirks starb am 30. Mai 1991 in Wittnau.

Das Beispiel *Wilhelm Hohoff*. Über ihn hat Klaus Kreppel seine Dissertation geschrieben, als Buch „Entscheidung für den Sozialismus. Die politische Biographie Pastor Wilhelm Hohoffs 1848–1923“. Schriftenreihe des Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung 114, Bonn-Bad Godesberg 1974. Wilhelm Hohoff wurde 1848 in Medebach geboren. Von 1866 an studierte er Theologie und Philosophie in Münster, Bonn und Marburg, Paderborn und wurde 1871 zum Priester geweiht. Er war zwischen 1871 und 1885 Kaplan auf Schloss Hüffe (Kreis Lübbecke), danach Vikar in der kleinen Diasporagemeinde Petershagen bei Minden, ehe er wegen dauernder Krankheit 1905 die aktive Seelsorge aufgeben musste. „Hohoff glaubte, nachdem er bereits im Jahr 1873 den ersten Band des Marx’schen „Kapital“ gelesen hatte, dass hier eine alte ökonomische Wahrheit wiederentdeckt worden sei, die bereits Aristoteles und Thomas von Aquin formuliert hatten; sie besagt, dass allein die menschliche Arbeit Faktor („causa efficiens“) und Maßstab („communis mensura“) ökonomischer Werte sei. Hieraus leitete Hohoff den Bewertungsmaßstab für den Austausch unterschiedlicher Güter ab und fand ihn im thomistischen Äquivalenzprinzip, das sich an der Ausgeglichenheit von Leistung und Gegenleistung orientiert. Das, was Thomas von Aquin noch als ethische Norm für den Wert eines Produktes deklamiert hatte, erklärten bürgerliche Ökonomen wie Adam Smith und David Ricardo zum ‚Produktionsfaktor‘, und dies wiederum dürfte Karl Marx inspiriert haben, die Arbeitskraft als Quelle von mehr Wert zu charakterisieren, als sie in ihrem verdinglichten Charakter in Lohn zurück-

erhält. ... Und Hohoff interpretierte diesen von Marx aufgezeigten ‚Mehrwert‘ mit seinem bescheidenen scholastischen Begriffsinstrumentarium als Differenz zwischen hohem ‚Gebrauchswert‘ der Arbeit an sich und niedrigem Tauschwert der konkreten Lohnarbeit unter den gegebenen kapitalistischen Produktionsbedingungen.“ (25) „Daraus folgerte Hohoff, dass der Streit („Klassenkampf“) um die gerechte Verteilung des gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtums zugunsten des Wertfaktors Arbeit sittlich gerechtfertigt sei. Hohoff lieferte sich mit August Bebel 1874 eine öffentliche Kontroverse, die unter dem Titel „Christentum und Sozialismus“ veröffentlicht wurde. Mit seinem bekannten Satz: „*Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser*“ erteilte Bebel den Hoffnungen Hohoffs auf ein Zusammengehen zunächst eine klare Absage. Hohoff hingegen versuchte, durch sein gesamtes wissenschaftliches Werk Bebel vom Gegenteil zu überzeugen, nämlich, „*dass nicht Christentum und Sozialismus, sondern Kapitalismus und Christentum sich einander gegenüberstehen wie Wasser und Feuer*“. Wilhelm Hohoff war der erste und einzige katholische Theologe, der Teile der Marx’schen Thesen öffentlich verteidigte und für eine Verständigung zwischen Christentum und Sozialismus eintrat. Aufgrund dessen wurde Hohoff in der öffentlichen Auseinandersetzung als der „Rote Pastor“ bekannt. Als Anfang der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts bekannt wurde, dass sich viele Katholiken unter Berufung auf Hohoffs Schriften der SPD und den Freien Gewerkschaften anschlossen, sollte Hohoff nach Aufforderung des Paderborner Generalvikars öffentlich dagegen Stellung nehmen. Dieser Aufforderung kam er nicht nach, sondern gab fol-

gende Stellungnahme ab: „Ich erkläre hiermit, dass ich Sozialist und Demokrat bin. Ich gehöre der sozialdemokratischen Partei aber nicht an. Insbesondere will ich nichts wissen von Unglauben und Atheismus. Ich bin gläubiger katholischer Priester.“ Nach Hohoff habe ein Katholik das Recht, Sozialdemokrat zu sein. Nur wenn eine Glaubensgefährdung bestünde, sei es „zweifelloos moralisch unzulässig, sich solchen Kreisen anzuschließen“. Hierauf wurde Hohoff am 8. August 1922 im Kirchlichen Amtsblatt gerügt, wogegen er protestierte. Die Auseinandersetzung Hohoffs mit dem Generalvikar stellt Klaus Kreppel detailliert dar. Wikipedia schreibt über die Wirkung, die bis zu Klaus Kreppel reicht: („Auch die Gruppe der „Katholischen Sozialisten“ um das „Rote Blatt“, das von Heinrich Mertens und Ernst Michel herausgegeben wurde, berief sich auf Hohoff.) Die Generation der „Achtundsechziger“ um die Zeitschrift Kritischer Katholizismus, vor allem ihr Redakteur Klaus Kreppel, setzte sich mit Wilhelm Hohoffs Sozialismus-Rezeption auseinander.“

Andere Artikel in diesem Heft waren: Darius Dunker: Weg ohne Ziel? Deutschland nach der Wahl (Die Wahlbeteiligung betrug 82,2%. SPD 40,9% (+4,5 %) 298 (+46) Mandate, zum ersten Mal seit 1972 stärkste Bundestagsfraktion; CDU/ CSU, 35,1% (–6,3 %) Mandate 245 (–49) Erstmals seit 1949 unter der 40%-Grenze; Bündnis 90/Die Grünen 6,7% (–0,6 %), Mandate 47 (–2); FDP 6,2% (–0,7 %) Mandate 43 (–4) Das bis dahin zweitschlechteste Ergebnis auf Bundesebene überhaupt; PDS 5,1% (+0,7 %) Mandate 36 (+6) erstmals Fraktionsstatus, Sonstige 6,0% (+2,4 %), u. a. Republikaner 1,8%, DVU 1,2%, insgesamt

669 Mandate, darunter 13 Überhangmandate (alle für die SPD).)

Siegfried Böhringer: Als Hunderttausend aufstanden für eine andere Politik (Großdemonstration in Berlin 20. Juni 1998 (Basisgruppen, Kircheninitiativen, Träger(innen) der Erfurter Erklärung), Siegfried Böhringer: Das Europäische Kairos-Dokument, Heinz Halm: Islam und Islamismus – Eine notwendige Begriffsklärung, Jürgen

Schübelin: Pinochet vergessen? Chile, 25 Jahre nach dem Militärputsch, Jürgen Schübelin: Gero Cemballa über die Colonia Dignidad, Dörte Münch: Auf dem Weg zu einer neuen Sensibilität. Dorothee Sölles „Mystik und Widerstand“, Erhard Griese: Sorgt euch nicht zu sehr um das Reich Gottes!

Fortsetzung folgt

Hans Ehrenberg. Ein Pfarrerschicksal in Bochum 1925–1938*

Von Günter Brakelmann

1925 übernahm ein zweiundvierzig-jähriger Mann eine Pfarrstelle im sog. VI. Bezirk der Bochumer Altstadtgemeinde. Zu beiden Seiten der Eisenbahnlinie auf der Höhe des alten Bochumer Hauptbahnhofes lag dieser Pfarrbezirk. Er war überwiegend von Arbeiterfamilien bewohnt. Reichsbahn, Post und Bochumer Verein waren die Hauptarbeitgeber. Viele kleine Gewerbetreibende, kleine städtische Angestellte



Hans Ehrenberg

und Werksangestellte kamen hinzu. Der Anteil von Akademikern war sehr gering. Also: Proletarier und kleine Leute bestimmten die Struktur des Wohnbezirks. Das Pfarrhaus stand an der

Neustraße inmitten dieses städtischen Wohn- und Arbeitsviertels. Ein kleines Gemeindehaus lag in der Dibergerstraße. Größere Veranstaltungen fanden im Evangelischen Vereinshaus statt, das vom Evangelischen Arbeiterverein im Stadtzentrum hinter dem Rathaus erbaut worden war und für Jahrzehnte ein Mittelpunkt für kirchliche und andere Veranstaltungen in Bochum gewesen ist. Die alte Pauluskirche und die neuere Christuskirche waren für den Bezirk am Rande der Innenstadt die Predigtkirchen. Im Gemeindehaus an der Dibergerstraße errichtete der neue Pfarrer bald eine kleine Kapelle für eigenes gottesdienstliches Leben im Bezirk.

Der aus Heidelberg nach Bochum gekommene Mann hatte gerade zuvor nach einem verkürzten Theologiestudium sein II. Examen vor der Kirchenbehörde in Münster (Konsistorium) abgelegt. Zeitgleich mit ihm war der nach Offizierslaufbahn und landwirtschaftlicher Ausbildung zur Theologie gekommene Martin Niemöller in den Westfälischen Kirchendienst eingetreten. Niemöller wurde Geschäftsführer der Inne-

ren Mission in Westfalen, Hans Ehrenberg ging bewusst als Gemeindepfarrer in ein Arbeiterviertel des Ruhrgebiets.

Obleich 1883 in Hamburg-Altona geboren und nach dem Abitur in Kassel wohnend, kannte Ehrenberg das Ruhrgebiet von vielen Reisen her und vor allem durch einen längeren Aufenthalt als Student in den Hörder Hüttenwerken. Dort hielt er sich 1905 auf, um Material für eine nationalökonomische Promotion zu sammeln. Sie wurde 1906 als Buch mit dem Titel „Die Eisenhüttentechnik und der deutsche Hüttenarbeiter“ gedruckt. Es ist die erste soziologische Studie über die technischen und sozialen Bedingungen der Arbeit von Hüttenarbeitern. Von früh an hatte der Sohn aus einer alten jüdischen Bildungsbürgerfamilie – schon der Großvater war ein promovierter Pädagoge – eine Nähe zur arbeitenden Bevölkerung und ihren Problemen. Eine solide Kenntnis der sozialistischen Literatur war selbstverständlich. Vor allem ist er von Karl Marx stark beeinflusst worden.

Nach dem ersten Studium, dem eine 1 1/2-jährige Militärzeit folgte, absolvierte Ehrenberg ein zweites Studium. Seine Leidenschaft galt der Philosophie. Er wurde ein exzellenter Kenner der deutschen Aufklärung und des deutschen Idealismus (Kant, Hegel, Fichte u.a.). Mit einer Promotion schloss er auch dieses Studium in Heidelberg ab. Wer damals Philosophie studierte, musste sich natürlich auch mit Theologie beschäftigen. Auch galt es, das persönliche Verhältnis zur Religion zu klären.

Von Haus aus war Ehrenberg zwar Jude, hatte aber als einer der deutschen Kultur und dem deutschen Geistesleben

voll assimilierter Jude kein Verhältnis zur Religion seiner Vorväter. 1909 konvertierte er zur evangelischen Kirche. Er wurde also „Judenchrist“, wie man das damals nannte. Sein mit ihm eng befreundeter Vetter Franz Rosenzweig ging diesen Weg nicht mit, sondern vertiefte sich in die jüdische Tradition und wurde später neben Martin Buber der bekannteste jüdische Religionsphilosoph in Deutschland.

Ehrenberg wurde 1910 Privatdozent für Philosophie in Heidelberg. Das Verhältnis von Philosophie und Theologie wurde immer mehr sein Thema. In Büchern, Broschüren und Vorlesungen hat er seinen Prozess der Ablösung von der Philosophie zur Theologie hin niedergelegt. Das Erlebnis des 1. Weltkrieges hat ihn dann endgültig dazu gebracht, den alten deutschen Idealismus als überwundene und für die moderne Zeit unfruchtbare Philosophie zu erkennen. Am Ende des Krieges ist für Ehrenberg wie für viele andere wache Geister eine Welt, die Welt des 19. Jahrhunderts endgültig zusammengebrochen.

Den Krieg selbst hat er von Anfang bis Ende mitgemacht. Zunächst als Leutnant an der Front, später als Ausbilder für Artillerie in Jüterbog. Als Soldat betätigte er sich auch als politischer Publizist. Wie ein Deutschland nach dem Kriege aussehen könne und müsse, war die Frage. Und es bewegte ihn die Frage nach der gleichberechtigten Integration der deutschen Arbeiterschaft in ein neues Deutschland. Noch vor der Novemberrevolution wurde Ehrenberg Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. In den Revolutionsmonaten war er Mitglied eines Soldatenrates. Nach seiner Rückkehr nach Heidelberg 1919 – inzwi-

schen zum Professor für Philosophie ernannt – saß er für 1 1/2 Jahre für die SPD im Stadtrat von Heidelberg. Seine Leidenschaft galt der politischen Erwachsenenbildung im Sinne eines humanistischen Sozialismus. Er beteiligte sich mit Wort und Schrift an den theoretischen Diskussionen der Nachkriegszeit. Aber es drängte ihn zugleich auch zur Praxis. Arbeiter und Religion, Arbeiterschaft und Kirche wieder in den Dialog und in nähere Beziehung zu bringen, war das Ziel seiner praktischen Tätigkeit. Er wurde religiöser Sozialist und gab für einige Jahre das „Christliche Volksblatt“, ein religiös-sozialistisches Blatt aus Baden heraus. Christentum und Sozialismus, Kirche und Proletariat, Kirche und Arbeitswelt – diese Probleme bewegten ihn für Jahre in Theorie und Praxis.

Es konnte nicht ausbleiben, dass er sich seiner bürgerlichen Herkunft und seinem bürgerlichen Leben in Heidelberg immer mehr entfremdete. Die Universitätskollegen konnten nicht verstehen, wie ein doppelt promovierter Professor und bekannter Autor sich mit „Genosse“ anreden ließ. Ehrenberg drängte es aus der reformunwilligen Atmosphäre der Universität weg. Hier entschied sich seiner Einsicht nach nicht mehr die Fragen der Zeit. Ihn drängte es in ein praktisches Amt der Kirche. Ehrenberg hatte schon einige theologische Schriften – u. a. ein Laien-ABC für Arbeiter – herausgebracht, als er nach Absprache mit dem westfälischen Generalsuperintendenten Wilhelm Zoellner formal ein theologisches Studium hinter sich brachte. In die Heidelberger Zeit fällt noch die Herausgabe eines Sammelbandes über russische Religionsphiloso-

phen. Ehrenberg hat von 1917 an die Entwicklung in der Sowjetunion und das Schicksal der Religion in ihr kontinuierlich verfolgt. Diese Arbeit brachte ihn schon früh in die ökumenische Bewegung.

Dieser Mann mit dieser Vergangenheit kam nun nach Bochum. Wissenschaftlich ausgewiesen und politisch engagiert, ein Bildungsbürger und doch nach unten hin orientiert. Dieser Mann wird ein Gemeindepfarrer, ohne Arroganz und Allüren. Er arbeitet sich in seine beruflichen Felder ein: Predigt, Unterricht, Seelsorge, praktische Diakonie. Sein Predigt- und Vortragsstil hatten die Einfachheit des Könners. Er baute im Laufe der Jahre eine Jugend-, Frauen- und Männerarbeit auf, die sich in zweierlei Hinsicht auszeichneten: strenge theologisch-kirchliche Arbeit und Arbeit über aktuelle Fragen aus Politik, Wirtschaft und Kultur. Als Theologe war Ehrenberg an der Bibel und an den lutherischen Bekenntnisschriften orientiert. Dieses Fundament machte ihn fähig und frei, sich in offener Weise den existentiellen und sozialen Problemen seiner Zeitgenossen zu stellen. Seine Modernität hat er nicht mit dem Ausverkauf kirchlich gebundener Lehre und eigener Kirchlichkeit bezahlt.

Die Methode, mit allen über alles zu diskutieren, war ihm der Dialog. In dieser Form geistiger Kommunikation war er ein Meister. Mehrere Gesprächskreise bildeten sich um ihn in Bochum: im Pfarrer-Lehrer-Gesprächskreis ging es um die Begründung und Praxis eines Religionsunterrichts unter den Bedingungen einer säkularen Industriegesellschaft, im apologetischen Gesprächskreis um die Auseinandersetzung mit

Atheismus, Freidenkertum, moderner Literatur, Philosophie und Psychologie. Kurzum: es ging um kirchliches Reden mit Niveau, das in dem Andersdenken den Partner sieht und nicht nur das Missionsobjekt.

In der Bochumer Kant-Gesellschaft und in so genannten freien Vorträgen hat Ehrenberg eine interessierte Öffentlichkeit über die Situation der zeitgenössischen Philosophie informiert. Ebenso referierte er über zeitgenössische Literatur und Kunst (z.B. über Döblin und Barlach). Und noch 1932 hielt er eine große Goethe-Vorlesung, die dann auch als Buch erschien.

Es hat in der Bochumer Pfarrergeschichte niemanden gegeben, der das geistige Leben in Bochum in diesen Jahren so mitgestaltet hat wie Ehrenberg. Seine immense Bildung konnte er voll in den Dienst des städtischen Kulturlebens stellen.

Aus seinen Tagesbegegnungen mit Menschen und Problemen der Arbeitswelt heraus und nach eingehenden Diskussionen, schrieb er entsprechende Aufsätze und Broschüren. „Kirche und Sozialdemokratie“ ist das erste Bochumer literarische Produkt. Er selbst war zwar als Gemeindepfarrer aus der SPD ausgetreten, war aber an diesem Problem mehr als nur interessiert. „Heil und Unheil im öffentlichen Leben“ sind Vorträge, die er in Gemeinden des Ruhrgebiets gehalten hat. Sie befassen sich mit Zeitanalysen und fragen nach dem besonderen Öffentlichkeitsauftrag von Kirche und Christen in krisengeschüttelter Zeit. Seine Abhandlung „Der Mann ohne Arbeit“ ist eine Skizze der menschlichen, psychologischen und sozialen Folgen von Arbeitslosigkeit.

Ehrenberg war eben Gemeindepfarrer in einer Industriestadt. Er stilisiert nicht den Stil frommer Weitabgewandtheit, sondern lässt sich intellektuell und politisch auf die Alltagsprobleme seiner Gemeindeglieder ein. Er leiht ihnen seine Feder. Er praktiziert Solidarität mit denen, die unter die Räder kapitalistischer Wirtschaftspraxis geraten sind.

Natürlich kommt er nicht daran vorbei, auch die Frage nach einem Gesellschaftssystem zu stellen, das die Probleme besser löst als das gegebene, das von Millionen von Menschen nur noch erlitten wurde. Seine Antwort legt er noch 1932 kurz vor der Machtübergabe an die Nationalsozialisten vor. In seinem Buch „Deutschland im Schmelzofen“, das er dem „Volk Gottes an der Ruhr“ widmet, versucht er, die Haltung der Kirche zwischen den großen zeitgenössischen Alternativen des Bolschewismus und Faschismus zu bestimmen. Ehrenberg hat sich nicht nur Zeit seines Lebens mit Marxismus und Bolschewismus befasst, sondern sehr früh auch schon mit der aufkommenden völkisch-nationalen Bewegung, die dann parteimäßig vorrangig von der NSDAP repräsentiert wurde. Dieses Buch ist in seinen Analysen der beiden großen Alternativideologien faszinierend, wenn auch für uns heute in manchen Partien schwer verständlich. Kurz gesagt: er versucht, das jeweils berechnete Anliegen beider Positionen in einen dritten Weg einzubringen. Er will dadurch helfen, den Weg Deutschlands in eine braune oder rote Diktatur zu verhindern.

Den Nationalsozialismus kannte Hans Ehrenberg nicht nur aus dessen Schrifttum, sondern auch aus der Praxis. 1927 hatte Ehrenberg zwei Vorträge in der

Nachbarstadt Hattingen über „Kirche und Antisemitismus“ gehalten. Natürlich zeigte er die Unsinnigkeit eines christlichen, politischen und rassischen Antisemitismus auf. Hattinger Nationalsozialisten eröffneten eine Kampagne gegen Ehrenberg und verlangten von der Kirchenleitung seine Reglementierung. In einem Beschwerdebrief an Zöllner hieß es:

„Wir können nicht glauben, daß eine die Oberaufsicht leitende Behörde unserer Kirche es billigt, daß ein rassenbewußter Jude als evangelischer Geistlicher vom rassischen Standpunkte aus die deutschen evangelischen Christen über den politischen Antisemitismus belehren soll.“

Der Judenchrist Ehrenberg, Demokrat und Gegner des Antisemitismus, wird schon lange vor 1933 Zielscheibe vieler persönlicher Angriffe von Seiten der Völkischen und der Nationalsozialisten in Bochum und Umgebung. Auch seine Zusammenarbeit mit Franz Rosenzweig und anderen Juden war nicht unbekannt geblieben. Innerkirchlich waren es seit 1932 die Deutschen Christen, die gegen ihn polemisierten. Der Führer der Deutschen Christen, Pfarrer Hossenfelder, forderte in einer Rede in Bochum die Entlassung von judenchristlichen Pfarrern.

Ehrenberg wusste also, was auf ihn mit der Machtübergabe Hindenburgs an Hitler zukommen würde. Er war von seiner Biographie her zur Verfolgung prädestiniert; Jude von seiner Herkunft her, Christ aus Überzeugung, Sozialdemokrat und religiöser Sozialist, Gegner des Antisemitismus und Autor gegen Faschismus.

Und in der Tat sind die Jahre nach 1933 für diesen Mann und seine Familie durch eine Reihe von Schikanen, Verdächtigungen und Belästigungen geprägt. Der Bochumer SA-Führer Schlessmann zusammen mit dem Studienrat Petry verdächtigt ihn, Mitglied des Bundes der Sowjetfreunde gewesen zu sein. Ehrenberg soll zum Marxisten und Kommunisten stilisiert werden.

Mit Unterstützung der Kirchenbehörde gelingt es einige Male, unsinnige Unterstellungen der Nazis gegen Ehrenberg zurückzuweisen. Es dürfte überhaupt erstaunlich sein, wie lange sich Ehrenberg als Gemeindepfarrer in Bochum halten konnte. Dafür gibt es mehrere Gründe. Einmal war er als nobler Mann und souveräner Kopf auch bei Gegnern anerkannt, zum andern war er in Deutschland und in der Ökumene kein unbekannter Mann der Kirche und des deutschen Geisteslebens. Entscheidend aber dürfte gewesen sein, dass dieser VI. kleine Bezirk, die Altstadtgemeinde und die Synode – sofern sie zur Bekennenden Kirche gehört haben – ihn brüderlich gestützt und geschützt haben, soweit sie es konnten. Vor allem die Mehrheit seiner Amtsbrüder in der Altstadt haben ein großes Maß an Solidarität gezeigt. Insonderheit stand zu ihm ein Mann, der in vielem einen anderen Weg gegangen war: Lic. Albert Schmidt. Dieser kam aus einer Hagener Metzgerei, war leidenschaftlicher Soldat und Offizier im Weltkrieg, ging als Gemeindepfarrer in die praktische Parteipolitik auf der konservativ-nationalen Seite, war dann später für den Christlich-sozialen Volksdienst von 1930 bis 1933 Reichstagsabgeordneter. Politisch dachte er stark national, aber ebenso sozial. Er

war nicht frei von politischem Antisemitismus – wie ein großer Teil der evangelischen Pfarrer –, aber Ehrenberg in Amtsbruderschaft rückhaltlos verbunden. Auch Pastor Klose – zunächst ein Sympathisant der Nazis, dann in größter Distanz – gehörte zu den echten Brüdern. Gemeinde und Bochumer Pfarrbruderschaft wurden noch mehr als schon früher die geistliche und konkrete Heimat des von der braunen Umwelt Gehassten. Ehrenberg und Schmidt haben für Bochum schon im Sommer 1933 die theologischen und auch organisatorischen Grundlagen für den Aufbau einer an Schrift und Bekenntnis gebundenen Kirche gegen die Irrlehren der Deutschen Christen und gegen die staatliche Kirchenpolitik gelegt. Zusammen mit dem befreundeten Pfarrer Ludwig Steil aus Herne – gestorben am 17. Januar 1945 im Konzentrationslager Dachau – hat Ehrenberg 1933 ein erstes Bekenntnis formuliert. Vorher hatte er 72 Leitsätze zur judenchristlichen Frage abgefasst und als Manuskript herausgegeben. Man kann sagen, dass die Synode Bochum eine der frühesten Wiegen der sich dann im Herbst 1933 bildenden Bekennenden Kirche gewesen ist. Der theologisch entscheidende Kopf dieser frühen Bekennenden Kirche im Ruhrgebiet war Hans Ehrenberg. Als judenchristlicher Pfarrer drängte er von Anfang an auf ein Wort der Kirche zur Judenfrage. Dies allerdings war vergeblich.

In den nächsten Jahren hat Ehrenberg versucht, Einfluss auf Theologie und Kirchenpolitik der Bekennenden Kirche zu nehmen. Es existieren von ihm Rundbriefe an seine Amtsbrüder, Entwürfe zu aktuellen Fragen aus Theologie und Po-

litik, Memoranden an Kirchenleitungen und einzelne Kirchenführer, eine umfangreiche Briefkorrespondenz und vieles mehr. Sie alle zeigen einen Mann, der zu denken und zu kämpfen weiß. Er ist Mitgestalter der Bekennenden Kirche, aber auch ihr Kritiker. Vieles ist ihm zu wenig eindeutig gesagt, zu vieles noch dem Zeitgeist angepasst. Innerhalb der Bekennenden Kirche unterstützt er die radikalere Linie, die sich theologisch und kirchlich nichts abmarkten lassen will.

Bei allen überörtlichen Engagements liegt das Zentrum seines Lebens eindeutig in seiner Bochumer Gemeinde. Es dürfte nur wenige Gemeinden geben, die so nah und dramatisch die Phasen des Kirchenkampfes miterlebt und durchlitten haben wie die Bochumer Altstadtgemeinde. Es gehörte für die einfachen Gemeindeglieder schon Mut dazu, sich zum „Juden Ehrenberg“ zu halten. Wöchentlich findet eine Bekenntnisstunde statt. Ehrenberg schreibt: sie ist „die Wiege der neuen Gemeinde. Ihr schließt sich in voller Würde die altgepflegte Gemeindebibelstunde an ... Die Bekenntnisstunde baut die kämpfende, die Bibelstunde die betende Gemeinde ...“

Von dieser Bochumer Gemeinde umgeben und von vielen Freunden, Schwestern und Brüdern von außerhalb gestützt, hat Ehrenberg viele Angriffe gegen ihn bis 1937 abwehren können. Dann allerdings erfolgte der Generalangriff auf ihn durch die NSDAP selbst.

Fortsetzung folgt

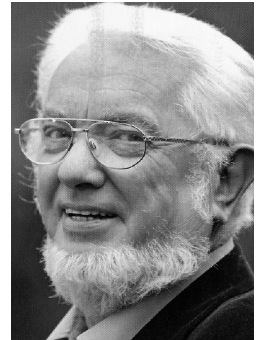
**Vgl CuS 1/2009 zu dieser Kirchentags-Veranstaltung: Am Samstag, 8. Juni 1991, 15 h, fand im Bergbau-Museum*

Bochum eine Veranstaltung des BRSD statt. Angekündigt auf Handzetteln in Großdruck war das Referat unseres Freundes Prof. Dr. Günter Brakelmann (Bochum) zum Thema: Hans Ehrenberg – Pfarrer, Jude und Religiöser Sozialist. Zum 60. Todestag Hans Ehrenbergs am 21.03.2018 machen wir es wieder bekannt.

Günter Brakelmann, geb. 1931 in Bochum, studierte Ev. Theologie, Sozialwissenschaften und neuzeitliche Geschichte. Nach der Promotion 1959 war er Berufs- und Studentenpfarrer in Siegen, 1962–1968 Sozialpfarrer und Dozent an der Ev. Sozialakademie in Friedewald, 1968–1970 Assistent am Institut für Christliche Gesellschaftswissenschaften in Münster, 1970–1972 Leiter der Ev. Akademie in Berlin, 1972–1996 Professor für Christliche Sozialethik an der Ruhr-Universität Bochum und kooptiertes Mitglied der

Historischen Fakultät für Zeitgeschichte. Mitglied der Sozialkammer und der Politischen Kammer der EKD, Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD in Bochum.

Mitglied der Grundwertekommission der SPD. Seit der Emeritierung Schwerpunkte: Geschichte des neuzeitlichen Protestantismus, des Antisemitismus und des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Günter Brakelmann ist seit 1958 mit der Lehrerin Ingrid Brust verheiratet. Aus der Ehe gingen drei Töchter hervor.



Günter Brakelmann

Hannah Arendt – Politisch Denken und „vita activa“

„Ich will verstehen“

Von Elmar Klink

Hannah Arendt (1906-1975) zu verstehen, bedeutet, sich mit den zentralen neuralgischen Themen des „Zeitalters der Extreme“, in dem sie lebte, zu beschäftigen und auseinanderzusetzen, den politischen Umwälzungen, dem Holocaust und den extremen Ideologien wie Antisemitismus, Totalitarismus und Imperialismus. Margarethe von Trotta (*1942) teilbiografischer Film von 2012 zeigt lediglich ei-

nen kleinen späten Ausschnitt (1960 bis 1964) aus dem schaffensreichen Leben der in Hannover-Linden geborenen, gelernten jüdischen Philosophin, politischen Denkerin und stilistisch brillanten Schriftstellerin. Einige wesentliche Leistungen kennzeichnen ihr Leben und Wirken: die Untersuchung totalitärer Systeme (Ursprünge und Elemente totaler Herrschaft; 1955), mit der sie eine eigene Totalitarismus-Theorie begründete; ihre Forschungen zum Antisemitismus und ihr Engagement für Frieden

und Gerechtigkeit in einem binationalen, föderativen Palästina. Als weiteres der akribische journalistische Report über den Eichmann-Prozess in Jerusalem 1961/62. Und schließlich ist es die Entwicklung einer Theorie des Politischen und die Frage nach dem politischen Handeln überhaupt, die, wie es Oskar Negt sagt, im Zentrum von Arendts Philosophie stehen.

In ihrem zweiten Hauptwerk *Vita activa oder Vom tätigen Leben* (1958) widmete sie sich den menschlichen Akten des Arbeitens, Herstellens und Handelns. Orientierung an Hannah Arendts unabhängigem politischem Denken war immer und ist es seit der Epochenwende 1989/90 noch mehr, eine kritische Option gegen den neoliberalen Ausgang in ein kapitalistisches „Ende der Geschichte“. Anders als ihr philosophischer Lehrer Heidegger, der seine Philosophie vom Tod her entwickelte, setzte Arendt in ihrem philosophischen Denken bei der Geburt und dem Ins-Leben-Treten ein. Sie stand als weltliche Jüdin einem exklusiven, nationalen Zionismus als ideologischem Programm zur Rechtfertigung eines alleinigen israelischen Staates stets sehr skeptisch bis ablehnend gegenüber. Sie lag im Widerstreit sowohl mit konservativ-nationalen als auch rechten jüdischen Kreisen, aus denen immer wieder heftige Angriffe gegen sie erfolgten, so dass sie sich zweitweise dem öffentlichen Rampenlicht entziehen musste..

Am Prozess gegen den NS-Schergen Adolf Eichmann nahm sie im Auftrag des linksliberalen Intellektuellen-Magazins *„The New Yorker“* als Beobachterin und Berichterstatteerin teil. Aus der fortlaufenden Serie der einzelnen Berichts-

folgen wurde ihr umstrittener Eichmann-Essay und schließlich das Buch *„Eichmann in Jerusalem“*, das großes Aufsehen erregte und sofort die Gemüter polarisierte und Diskussionen befeuerte. Vor allem, aber nicht nur, in jüdischen Kreisen. Man legte ihr sogar nahe, ihre Lehrtätigkeit an der New School niederzulegen. Es kostete sie auch persönliche Freundschaften wie zu dem deutsch-jüdischen Emigranten und philosophischen Ethiker Hans Jonas, ebenfalls wie sie selbst Heidegger-Schüler. Kurt Blumenfeld war ein langjähriger Freund schon in Deutschland und dann in Jerusalem. Als überzeugter Zionist, hatte er, wie sie einmal vermerkte, sie erst auf die jüdische Frage und ihre komplexen Aspekte gebracht. Er wandte sich enttäuscht von ihr ab und bezichtigte sie des Verrats an der jüdischen Sache. Arendt hatte es auch gewagt, die Judenräte zur Zeit des Dritten Reichs wegen ihrer passiven, ja sogar mitwirkenden Haltung (Erstellen von Transportlisten) angesichts der Vorbereitung des Holocaust scharf zu kritisieren. An der New Yorker New School of Social Research, an der in Kriegszeiten auch bereits die Dialektik der Aufklärung (Horkheimer/ Adorno) des nahezu komplett ausgewanderten Frankfurter Instituts für Sozialforschung formuliert wurde, diskutierte man in Zirkeln und in ihren stets überlaufenen Vorlesungen ihre damals sehr provokante Hauptthese: Eichmann sei im Grunde ein fast bemitleidenswerter Hanswurst und verkörpere keinesfalls die in ihn projizierte „Nazi-Bestie“, sondern sei lediglich ein Nachweis für die alltägliche „Banalität des Bösen“ eines

im Grunde langweiligen und schrecklich dummen Bürokraten.

Sie konnte sich während der Prozessbeobachtung über diesen in ihren Augen penibel korrekten Nazi-Hanswurst entrüftet amüsieren. Der ihr, in einem Glaskasten wie unter Quarantäne zur Schau gestellt und darin noch von zwei Polizisten bewacht, nur lächerlich vorkam. Nicht, dass sie gegen eine jüdische Anklage und Verurteilung Eichmanns zum Tode gewesen wäre. Aber die näheren Umstände des gesamten Vorgangs und Verfahrens kamen ihr reichlich dubios, kurios und zweifelhaft vor. Der israelische Geheimdienst Mossad hatte sich Eichmanns in seinem argentinischen Unterschlupf in einem Vorort von Buenos Aires durch widerrechtliche Entführung bemächtigt und ihn nach Israel verschleppt. Schon dies widersprach dem internationalen Recht. Wenn, dann hätte es einer deutschen Gerichtsbarkeit zuerst angestanden, Eichmann anzuklagen, aber die Adenauer-BRD lehnte ein Auslieferungs-Gesuch ab und ließ die Israelis quasi gewähren. Man wollte offenbar auch den ganzen Aufwand und öffentlichen Rummel um einen solchen Prozess nicht mehr. Obwohl entscheidende Hinweise zu Eichmanns Auffindung und Festnahme durch Simon Wiesenthal aus Frankfurt kamen, aus der Kanzlei des dortigen Staatsanwalts und unerbittlichen Nazi-Anklägers in den Auschwitz-Prozessen, Fritz Bauer, selbst Jude und NS-Verfolgter. Er traute der deutschen Polizei und Justiz, in denen noch immer Nazi-Kreise aktiv am Werk waren, nicht und gab stattdessen die entscheidenden Informationen direkt an die Israelis weiter.

Gewiss war Eichmann der Hauptzuständige im Reichssicherheitshauptamt für die formale Koordination der „Endlösung“, d. h. im Wesentlichen die Transporte aus allen Teilen des Reichs und den besetzten Gebieten in die Vernichtungslager im Osten, also direktes Überwachungs- und Vollzugsorgan. Aber mit der tatsächlichen Vernichtung hatte er nichts zu tun. Er hatte und betrieb sich im Prozess wiederholt auf eine lediglich ausschnittsweise Zuständigkeit und Amtspflicht, diesen Part möglichst zuverlässig und reibungslos zu garantieren. Und er hatte, wie er stets beteuerte, „nur“ seine Pflicht als Beamter zu erfüllen. Die Systemfrage, in welchen Diensten er dies tat, bestand für ihn, den NS-Überzeugten, nicht. Das Ganze in den Blick zu nehmen und seine Rolle dabei vor seinem Gewissen zu verantworten und reflektieren, lehnte er stets ab. Er hatte offenbar keines, oder es war von der fanatischen Hingabe an seine Pflichterfüllung völlig überlagert und verdrängt. „Das Böse“, sagt Arendt, „ist immer nur extrem, aber niemals radikal.“ Eichmann handelte strikt linear gemäß Befehl, alles andere wäre wie er sich ausdrückte, „Lumperei“ (sic!). Es wurde seine stereotype Schutzbehauptung. Das war natürlich eine wohl überlegte Ablenkungsstrategie, um sich lediglich als unbedeutenden, mittleren Befehlsempfänger hinzustellen, wie viele andere z. B. in der Wehrmacht oder administrativen Bürokratie und Verwaltung auch, verantwortlich aber seien andere über ihm gewesen. Rein formell betrachtet trifft dies zu. Aus einer zuvor in Argentinien auf Band gesprochenen Äußerung Eichmanns bei einer internen Zusammenkunft mit Journalisten zur

Aufbereitung seiner Memoiren, geht jedoch hervor, dass er es im Grunde nur bedauerte, dass in Wirklichkeit nicht 10 Millionen Juden beseitigt werden konnten, um mit Stolz sagen zu können, seine Aufgabe ganz erfüllt zu haben. Er war also nicht nur eine lächerliche Ausgeburt des banalen Bösen, sondern gleichwohl ideologischer Überzeugungstäter ersten Ranges. Das war auch ein Punkt, den man von vielen Seiten Arendts vermeintlicher „Verharmlosung“ Eichmanns zu Recht kritisch vor- und entgegenhielt.

Zur Erinnerung: Im Januar 1942 trafen sich zur berüchtigten Wannseekonferenz in einer Villa am Großen Wannsee bei Berlin fünfzehn hochrangige Angehörige der NS-Staatsbürokratie sowie von Dienststellen der SS und NSDAP. Darunter war auch der Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Dr. Roland Freisler, der spätere gnadenlose Volksgerichtshof-Ankläger. Die Federführung oblag dem Chef der Sicherheitspolizei (Sipo) und des Sicherheitsdienstes (SD), SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich. Er gab in seinem Eingangsreferat einen Überblick über die bis 1941 ergriffenen antijüdischen Maßnahmen, nannte die Zahlen der noch in den Achsenstaaten sowie dem besetzten, neutralen und feindlichen Europa lebenden Juden und skizzierte einen Plan für ihre „Evakuierung“ in den Osten (zur „Endlösung“ durch Vernichtung). Heydrich schlug vor, Europa systematisch von West nach Ost zu durchkämmen. Gegenstand des dann folgenden Austauschs war es, untereinander zu klären, wie die zuvor bereits andernorts beschlossene so genannte Endlösung gemäß dem Durchführungsbefehl

Reichsmarschall Görings an Heydrich effektiv koordiniert und organisiert umzusetzen wäre.

Das streng vertrauliche „Wannsee-Protokoll“ enthält einen „Plan für einen Genozid, der in nüchterner bürokratischer Sprache formuliert“ und in erlesenem äußerem Ambiente in seiner euphemistischen Begrifflichkeit von „ernsthaften, intelligenten Männern diskutiert“ wurde (Angaben und Zitat nach Roseman, s. Literatur). SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann war der Einladende zu diesem makabren Treffen und engster Vertrauter und Mitarbeiter an Heydrichs Seite sowie der Ergebnis-Protokollant. Er hatte danach für die reibungslose Ausführung und Umsetzung der Vereinbarungen zu sorgen und über das Prozedere zu wachen. Das Protokoll und die Teilnehmerliste blieben durch einen Zufall in einer einzigen aufgefundenen Original-Ausfertigung erhalten. Die Veranstaltung dauerte, von Heydrich im militärischen Stil gestrafft durchgezogen, nur etwas um 80 Minuten. Es wurden bei einem improvisierten Buffet Schnittchen, Kaffee und Alkoholisches von Bier bis Weinbrand gereicht. Heydrich war direkt aus Prag extra selbst mit seinem Kleinflugzeug eingeflogen ...

In der Manhattaner Westside-Wohnung von Hannah Arendt und ihrem Mann Heinrich Blücher traf sich regelmäßig ein Kreis (der „Tribe“ genannt) diskutierender deutscher Emigrierter und amerikanischer kritischer Intellektueller, zu denen auch Arendts Freundin, die Schriftstellerin Mary McCarthy gehörte. Auch Arendts deutsche Sekretärin, Mitarbeiterin und „Mädchen für alles“, Lotte Köhler († 2010) war zu-

meist mit anwesend. Des Weiteren besagter Hans Jonas (Buch: Das Prinzip Verantwortung). In ihren Vorlesungen an der New School bezog sie zu jener Zeit Stellung zum Fall Eichmann wie zu ihrer politischen Theorie. Arendt musste als Jüdin mit H. Blücher zusammen emigrieren und gelangte zunächst nach Frankreich, wo sie nach Zwischenstation in Paris im gefürchteten Internierungslager im südfranzösischen Gurs landeten. Diesem konnten beide noch durch Flucht und dann mit Visa über Portugal in die USA knapp entkommen. Die Erfahrung des Totalitarismus ist bei Arendt nicht nur eine gedachte und theoretisch analysierte, sondern auch persönlich erlebte.

Während ihrer Marburger Studentinzeit verliebte Hannah Arendt sich (ab 1924) in ihren verehrten Professor, den deutschen Philosophen Martin Heidegger (1889-1976) und er sich in seine außergewöhnlich begabte junge Schülerin. Eine nicht nur altersmäßig merkwürdige, ungleiche Liaison, die auch literarisch beschrieben wurde (Catherine Clément: Martin und Hannah. Roman; Savyon Liebrecht: Die Banalität der Liebe. Theaterstück), einige Jahre dauerte und vor Heideggers Frau und Familie streng geheim gehalten wurde. Die amourösen Zusammentreffen liefen so ab, dass Heidegger seine Geliebte per Botschaften „kommen ließ“ und sie seinem Rufen folgte. Daran mag so manches an mädchenhafter Schwärmerei für den gestandenen Mann und hoch gebildeten Intellektuellen mitgeschwungen haben, der das philosophische Denken seiner Zeit grundlegend aufmischte und umstieß und damit vor allem seine jungen Student(inn)en faszinierte. So war

es wohl auch folgerichtig, dass sich die aussichtslose Beziehung vor allem von Arendts Seite aus veränderte und abkühlte. Sie wechselte den Ort des Studi-



ums nach Freiburg (zu Husserl) und dann Heidelberg, wo sie bei Karl Jaspers weiter studierte und 1928 mit einer Arbeit über den Liebesbegriff bei Augustinus auch promovierte. Mit Jaspers und seiner Frau blieb sie ein Leben lang eng verbunden, wovon auch ein sehr reger Briefwechsel und geistiger Austausch sowie Besuche bei Jaspers in Basel zeugen. Heidegger sah Arendt zuletzt 1933, dann erst 1949/50 wieder anlässlich ihrer ersten Reise nach Westdeutschland und bei weiteren Besuchen. Man hielt einen 50-jährigen Briefwechsel miteinander aufrecht, der auch in Auszügen dokumentiert im Verlag Klostermann vorliegt, wobei ein Großteil der Briefe Arendts an Heidegger fehlt, die er offenbar aus Furcht vor Entdeckung „entsorgt“ hat

Obleich sich ein so versierter Denker wie Heidegger wie bekannt ideologisch zunächst dem Nationalsozialismus verschrieb, später sich davon zurückzog, aber nie eindeutig distanzierte, kam es deshalb nicht zum vollständigen Bruch der beiden miteinander. Des großen Heideggers Verstrickung zeigt eigent-

lich nur, dass Nähe und Mittun mit dem brauen Regime nicht nur etwas mit Verstand und Denken zu tun hatte, sondern auch mit emotionaler Einstellung und Beteiligung aus innerer Überzeugung und Bindung. Der stock-national-konservative Heidegger begab sich nach dem Krieg in eine Art völlige innere Emigration, zog sich, während er noch mit seiner Familie ein Haus in Freiburg hatte und bis 1951 mit Lehrverbot belegt, häufig auf seine einsame Schwarzwaldhütte oberhalb von Todtnauberg (Totenauberg, wie Elfriede Jelinek in ihrem Stück 1991 den Namen verfremdete) zurück. In aller einfachste, fast archaische Lebensverhältnisse (Wasser aus dem Brunnen außerhalb, kein elektrisches Licht, zwei bescheidene enge Kammern und eine Kochnische). Dort in lichter Höhe über tausend Meter entstand in jenen Anfangsjahren auch sein philosophisches Hauptwerk ‚Sein und Zeit‘ (1927). In dem spartanischen Refugium besuchte auch Rudolf Augstein vom SPIEGEL zu Fuß mit Akten tasche den Philosophen und führte mit ihm jene berühmte Unterhaltung, in welcher Heidegger das einzige Mal zu seinem Verhältnis zum Nationalsozialismus öffentlich Stellung bezog. Das Interview offenbart, worauf Victor Farías in seinem Buch ‚Heidegger et le nazisme‘ (dt. 1989) hinweist, noch immer eine tief zur NS-Ideologie kompatible Sicht- und Verstehensweise des „Deutschen“, der Geschichte und der deutschen Rolle in Europa. Heideggers mehrfache Korrektur des Ur-Textes durch Bearbeitung seiner Antworten, der in den Archiven des SPIEGEL unter Verschluss gehalten wird, und die Verfügung, ihn erst nach seinem Tod zu

veröffentlichen, schmälern zwar den Wert des Inhalts, der aber noch immer genug Brisanz enthält (SPIEGEL-Gespräch vom 23.9.1966; nachzulesen in: Heidegger, GA, Bd. 16, S. 652–683 und auch in: Heidegger Lesebuch, hrsg. von G. Figal, Frankfurt 2007, S. 345–370).

Arendt war, außer dass sie wie in der Emigration in Paris und New York immer wieder für jüdische Hilfs- und Kulturorganisationen tätig war, nie praktisch politisch aktiv, weder in einer Partei noch Bewegung, Obwohl sie als radikale Liberale mit der freiheitlichen Linken durchaus sympathisierte, zog sie ihre Unabhängigkeit vor. Sie war Dozentin, Publizistin und wirkte später vor allem durch die akademische Lehre, Vorträge und ihre Schriften und journalistischen Artikel. Ihre veröffentlichten Korrespondenzen mit Philosophen (Heidegger, Jaspers, Benjamin, Anders) und zahlreichen Personen des öffentlichen, auch jüdischen Lebens (Mary McCarthy, Kurt Blumenfeld, Gershom Scholem), sind umfangreich. Sie war in erster Ehe mit dem Kulturkritiker Günther Anders (‚Die Antiquiertheit des Menschen‘; ‚Wir Eichmann-Söhne‘; ‚Über Heidegger‘), ebenfalls Heidegger-Schüler, verheiratet. Ihr zweiter Mann, Heinrich Blücher (1899-1970), kam aus dem Kreis der Opposition gegen die stalinistische Thälmann-Führung innerhalb der KPD zur Zeit der Weimarer Republik. Sie las Marx‘ und Trotzki's Werke, was ihr bei ihrer großen Totalitarismus-Studie sehr half. Sie reflektierte und schrieb auch über radikale politische Phänomene, so in ihren Büchern ‚Über die Revolution‘ zur französischen und amerikanischen Revolution und ‚Macht und Gewalt‘. Beeindruckend ist

auch ihr Frauen-Buch über die deutsch-jüdische Dichterin der Romantik Rahel Varnhagen. Walter Benjamin, mit dem sie in naher Verbindung stand, wurde zeitweise von ihr materiell unterstützt. In ihren zahlreichen Essays, Porträts und publizistischen Texten für verschiedene Zeitschriften erweist sie sich als scharfe Beobachterin und kritische Kommentatorin des politischen Zeitgeschehens. Im eigentlichen philosophischen Sinn ging es ihr um Erkennen und Urteilen, Handeln und Wollen. Hinsichtlich des Politischen (siehe ihre Studie ‚Was ist Politik?‘) unterschied sie zwischen privater und öffentlich verantwortlicher Existenz. Gegenüber Günter Gaus sagte sie in dessen Fernsehserie mit Interviews berühmter Persönlichkeiten, sie wolle verstehen. Wenn sie mit diesem Anliegen bei einer selbst oder ihr gestellten Frage zu einem klaren Ergebnis käme, würde ihr dies reichen und sie befriedigen. Ihr Metier sei, so stellte sie zugleich dar, nicht die Philosophie, sie sei keine Philosophin, sondern beschäftige sich mit politischer Theorie.

Margarethe von Trottas Arendt-Film erntete von vielen Seiten Lob und Anerkennung, kann jedoch nur stellenweise überzeugen und scheitert mit seiner verengenden Binnensicht auf den jüdischen Kontext als Ganzes an der Dimension von Arendts Werk. Es ist von Trotta nicht wirklich gelungen, einen Bezugspunkt zu finden, von dem aus sie das Werk Arendts hätte überzeugender aufrollen können. Dieser Schwierigkeit war sich die Regisseurin auch bewusst. In ihrem Tagebuch zum H. A.-Projekt vermerkt von Trotta im April 2010 anlässlich der Lektüre von Arendts

Denktagebuch zu ihrem Drehbuch zusammen mit Pam Katz, „wie wenig wir letztlich über ihr unentwegtes ‚Denken und Urteilen‘ in unserem Skript haben unterbringen können“ (s. M. Wiebel, Literatur). So hinterlässt der bildlich und farblich ansprechend fotografierte Film nur mehr den Abdruck eines inhaltlichen Fragments. Das Ergebnis ist zudem weit von einer Biografie entfernt, da von Trotta im Fokus vor allem ein einziges Buch von Arendt und die Geschehnisse darum herum verfilmt hat. Man wird als Interessierte deshalb um das Lesen einer guten Werkbiografie Arendts nicht herum kommen, etwa die sehr einfühlsame von Kurt Sontheimer oder nehme sich am besten gleich das umfangreiche (über 800 S.!) biografische Standardwerk der Arendt-Schülerin und Psychoanalytikerin Elisabeth Young-Bruehl (Hannah Arendt: Leben, Werk und Zeit) vor.

Bremen. 2.9.2017

Literatur/Quellen:

Hannah Arendt: Vor Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher. Beiträge für die deutsch-jüdische Emigrantenzeitung „Aufbau“ 1941–1945. 2004

Dies.: Ich will verstehen. Selbstauskünfte zu Leben und Werk. München 2005 (NA)

Hannah Arendt / Martin Heidegger: Briefe 1925 bis 1975 und andere Zeugnisse; hrsg. von Ursula Ludz. Frankfurt 2013 (4. unveränd. Aufl.)

Lutz Hachmeister: Heideggers Testament. Der Philosoph, der SPIEGEL und die SS. Berlin 2014

Peter Kemper (Hg.): Die Zukunft des Politischen. Ausblicke auf Hannah Arendt. Frankfurt/M. 1993

Lotte Köhler (Hg.): Hannah Arendt / Heinrich Blücher. Briefe 1936–1968. München 2001

Alexandra Popp: Hannah Arendt – Eine Denkbiographie. Stuttgart 2016

Mark Roseman: Die Wannsee-Konferenz. Wie die NS-Bürokratie den Holocaust organisierte. Berlin 2002

Kurt Sontheimer: Hannah Arendt. Das Leben einer großen Denkerin. München 2006

Martin Wiebel (Hg.): Hannah Arendt. Ihr Denken veränderte die Welt. Das Buch zum Film von Margarethe von Trotta. München 2013

Theologie der Befreiung bei uns in Deutschland?*

Von Christian Herwartz

Während meines Studiums Anfang der 70er Jahre stand für mich die südamerikanische Theologie der Befreiung im Mittelpunkt. Nach der Theorie ging ich in die „Lehre“ nach Frankreich zu Mitbrüdern, die sich in der Fabrik mit ihren Kollegen engagierten. Darüber bemerkte ich ihre religiösen Wurzeln in der Theologie der Christlichen Arbeiterjugend. Die CAJ begann in Belgien, angestoßen von einer Gruppe mit dem späteren Kardinal Joseph Cardijn. Ihr Grundsatz: „Jede junge Arbeiterin, jeder junge Arbeiter ist mehr wert als alles Gold der Welt, weil sie oder er Tochter oder Sohn Gottes ist.“ Nach dem ersten Weltkrieg wurde die CAJ in der katholischen Kirche zur Schule im Umgang mit der industriellen Revolution. Die CAJler nahmen hinhörend mit ihrem Leben die Auseinandersetzung auch mit den Erkenntnissen von Karl Marx auf. Der Dreischritt „Sehen – Urteilen – Handeln“ half ihnen, ihr Engagement zu reflektieren: Wahrnehmen

der Wirklichkeit vor Ort – Aneignen biblischer Impulse, kirchlicher Dokumente (Sozialenzykliken) und anderer Hilfsmittel, um die Situation besser zu begreifen – Entdecken des gemeinsamen zu befolgenden Handlungsimpulses.

Die Arbeiterpriester setzten das Ringen um kollektive Antworten nach dem zweiten Weltkrieg fort. Einige hatten mit ihren Landsleuten als Fremdarbeiter ohne Schutz vor Bomben in deutschen (Rüstungs-)Betrieben gearbeitet. Verriet jemand ihre kirchliche Identität, dann kamen sie ins KZ. Mit diesen Erfahrungen und im Blick auf die Menschwerdung Jesu kehrten einige danach wieder in eine Fabrikarbeit zurück: „Jesus war Gott gleich, hielt aber nicht daran fest, wie Gott zu sein, sondern er entäußerte sich und wurde wie ein Sklave und den Menschen gleich“ (Phil 2). Wichtig war ihnen, vom betreuenden „Für“ zum solidarisch-betroffenen „Mit“ zu finden. Die Reaktion der gesellschaftlich bestimmenden Klasse blieb nicht aus, und unter ihrem Druck verbot der Papst (R.G.: Pius XII) 1953 das Engagement der Ar-

beiterpriester. Erst das Zweite Vatikanische Konzil beendete diesen Skandal. Viele Priester ergriffen nach 1960 die Erneuerungschance: Ein Mensch werden, des Leben in Solidarität mit ihren Kolleginnen und Kollegen.

Seit 1970 folgten ihnen einige in der CAJ geschulte Priester in West-Deutschland. Andere kamen hinzu und trafen sich halbjährlich zum Erfahrungsaustausch. Der Kreis weitete sich. Evangelische, katholische Frauen und Männer kamen hinzu – auch aus der Schweiz und aus Österreich, die nach einer akademischen Ausbildung eine abhängige Arbeit aufnahmen. In ihren Regionen begannen zusätzliche Austauschrunden auch für jene, die nicht zu den zentralen Treffen kamen. Verschiedene spirituelle Wege – wie die der Kleinen Schwestern und Brüder – bereicherten den Austausch.

Ebenso arbeiteten nach dem Krieg evangelische Theologen, unterstützt von den Überlegungen Dietrich Bonhoeffers, in der DDR im Braunkohletagbau oder in der Produktion. (J. Brückmann, W. Jacob Hg., Arbeiterpfarrer in der DDR, Berlin 2004). Nach der Wende fanden beide Gruppen zueinander, neue Menschen kamen hinzu. Sie stellten sich den aktuellen Herausforderungen. Die Kollektive der Arbeiterpriester (*prêtres-ouvriers PO*) in den romanischen Ländern öffneten viele gesellschaftliche, auch spirituelle Türen und verschwinden nun altersbedingt aus dem aktiven Arbeitsleben.

Menschen in Südamerika und auch in anderen Kontinenten setzten den solidarischen Weg fort. Sie deuteten – besonders in den ländlichen Gegenden und armen Stadtteilen – ihr Leben mit der

befreienden Kraft des Evangeliums unter Mithilfe der Theologie der Befreiung. Nach meiner Zeit in Frankreich begriff ich: Diese Praxis ist hier in der reichen, auf materielles Helfen fixierten Kirche kaum denkbar und wohl in unserem aus-differenzierten Sozialstaat auch nicht anschlussfähig. Da überfiel mich eine große Traurigkeit. Mit diesem Dämpfer arbeitete ich in Berlin weiter als Dreher und Lagerarbeiter in einem Großbetrieb, engagierte mich mit den Kolleginnen in der Gewerkschaft und wohnte in einem ärmeren Stadtteil von Berlin mit vielen bedrängten Menschen aus aller Welt zusammen.

Am Ende seiner Ausbildung klopfte in unserer dicht belegten Wohnung 1996 Ludger, ein junger Mitbruder, an. Zehn Tage rang er in unserer Mitte mit der religiösen Frage: Soll ich nach meinem Studium in einem Hospiz für Aids-Kranke mitarbeiten? Andere folgten mit ihren Fragen. Die Straße außerhalb der Wohnung wurde zum Meditationsort. Die Erzählung, wie Mose aus dem brennenden aber nicht verbrennenden Dornbusch (Ex 3) angesprochen wurde, gab ihnen Sprache ihre Erfahrungen in der Stadt verständlich zu machen und darin ihren Lebensauftrag – ähnlich wie Mose – zu entdecken. Er führte sein Volk im Auftrag Gottes aus der Sklaverei. Die Übenden heute finden mitten in der Stadt und den Mitübenden ihre Lebensausrichtung. Da geht der Befreiungsimpuls weiter.

In den letzten 20 Jahren suchten Menschen in unterschiedlichen Ländern auf der Straße aufmerksam nach ihrem zentralen Lebensimpuls. Einige TeilnehmerInnen übernahmen mit Unterstützung des Jesuswortes – „Umsonst habt ihr

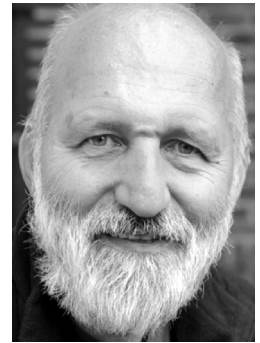
empfangen, umsonst sollt ihr geben“ (Mt. 10,7-15) – jeweils zu zweit das Begleiten der Übenden. Sie selbst wussten, wie wichtig das Zuhören der Begleitenden am Abend und das auf der Straße für sie war.

Michael Johannes Schindler erstellte mit den Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre die pastoral-theologische Studie: „Gott auf der Straße“ (Münster 2016). Sie schließt mit 12 gesellschaftlichen Optionen, in denen sich die Praxis der Exerzitien auf der Straße widerspiegeln: Angstfreie Entgrenzung, Wertschätzung des Einfachen und Konkreten, Mut zu experimentellen Schritten, Mystik mit offenen Augen, Begegnungskompetenz, gebrochene Gottesrede, ... Auch in dem kleineren Buch der Begleiter mit vielen Berichten – „Im Alltag der Straße Gottes Spuren suchen“ (Neukirchen 2016) – spricht Josef Freise diese Dimension an (S. 142ff). Hören wir da, genährt von unserer religiösen Herzesssucht, einen Impuls für uns mitten in Europa?

Ich suche einen interreligiösen Weg, im Blick auf alle Menschen, denen wir außerhalb des Gewohnten auf den Straßen begegnen. Das ist mein Traum, mit dem ich auf Menschen aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten, Ländern, Religionen und anderen Bezugsfeldern zugehe und zu den Übungen auf der Straße einlade, also das Leben außerhalb der von uns kontrollierten Bereiche zu entdecken. Mit dieser Perspektive beginnt auch der zentrale Text der Exerzitien Ex 3: „Eines Tages trieb Mose das Vieh über die Steppe – dort wo er sich auskannte – hinaus.“

**Vgl auch Gerd Büntzly: Exerzitien auf der Straße. Christian Herwartz zum siebzigsten Geburtstag, CuS 4/13*

Christian Herwartz, geb. 1943, lebt seit 1978 in Berlin-Kreuzberg in einer kleinen Gemeinschaft von Jesuiten, die längst zu einer internationalen Wohngemeinschaft geworden ist. Er hat als Arbeiterpriester viele Jahre in



Christian Herwartz

Fabriken gearbeitet und engagiert sich heute u. a. für Flüchtlinge, in der Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs bei Kindern und Jugendlichen und im interreligiösen Dialog. Seit Jahren leitet er Exerzitien auf der Straße. Er ist Autor und Mitherausgeber mehrerer Bücher. 2013 erhielt er den Ökumenepreis des Ökumenischen Rats Berlin-Brandenburg.

REZENSIONEN

Das Schicksal der jüdischen Kaufmannsfamilie Rautenberg

Von Volker Beckmann

Klaus Maiwald: Nur Sohn Erwin überlebte die Shoah. Das Schicksal der jüdischen Kaufmannsfamilie Rautenberg in Bückeburg.

Herausgeber: Erwin Rautenberg Foundation Santa Monica USA. Bückeburg 2016.

Ob der lokalhistorische Ansatz der plausibelste ist, um die europaweiten Aggressionen des NS-Systems zu erklären, mag bezweifelt werden. Aus didaktischer Perspektive jedoch bietet dieser Ansatz gemäß dem Motto „Grab, wo Du stehst“ für Schüler und Lehrer architektonische, kulturelle, publizistische und archivalische quellen-gesättigte Spuren, die sich auf methodisch unterschiedliche Weise im Rahmen der deutsch-jüdischen Erinnerungskultur neu entdecken und interpretieren lassen.

Synagogen, jüdische Schulen, Friedhöfe, die Wohn- und Geschäftshäuser der vom NS-Regime vertriebenen oder ermordeten Juden standen im Mittelpunkt des flächendeckend dokumentarischen und historischen Interesses in den letzten Jahrzehnten. Neben der straf- und zivilrechtlichen Aufarbeitung des monströsen NS-Gewalt- und Unrechtsstaates wurde aus einer de-

mokratischen bildungshistorischen Perspektive Jahrzehnte später der Dialog mit den Überlebenden, ihren Ehepartnern, Nachkommen und Verwandten von der Lokalpolitik und engagierten Bürgern gesucht und diese im Rahmen von Gedenkveranstaltungen eingeladen. Es werden Reden gehalten, Gedenktafeln enthüllt, Stolpersteine aufgesucht, Konzerte veranstaltet oder Ausstellungen eröffnet mit dem wichtigsten politischen Ziel, die verschiedenen Generationen der allgemeinen Bevölkerung über die Gefahren, die von antisemitischen, rechtsradikalen und fremdenfeindlichen politischen Gruppierungen ausgehen, aufzuklären und die Jugend zur lokalhistorischen Mitarbeit und Reflexion zu motivieren.

Genau für diese Ziele hat sich der Realschullehrer Klaus Maiwald in Bückeburg, Stadthagen und Obernkirchen in den letzten Jahrzehnten eingesetzt und dafür gebührt ihm alle Anerkennung. Er leitete von 1996–2012 die Geschichtswerkstatt Herderschule Bückeburg und betreute seine Schüler im Rahmen von Projekten wie Geschichtswettbewerben, Dokumentationen, Vorträgen, Ausstellungen, Zeitzeugengesprächen, Gedenkfeiern.

Das Buch beabsichtigt, eine Familiengeschichte nachzuer-

zählen und zu dokumentieren, dass der Holocaust „vor der eigenen Haustür“ durchgeführt wurde. Das Buch widmete der Autor seiner Frau, die ihn auf seiner Reise nach Riga und in die Gedenkstätte Buchenwald begleitete.

Der unmittelbare Anlass zur Verfassung des Buches war eine erste persönliche Begegnung des Autors mit Erwin Rautenberg (1920–2011), einziger Überlebender seiner Familie aus Bückeburg, 1997 anlässlich der Einweihung einer Gedenktafel an der ehemaligen Synagoge, die seit 1954 von den Jehovas Zeugen für ihre Zwecke genutzt wird. Erwin Rautenbergs Familie wohnte nach Zwangsverkauf ihres Geschäftes vom 1.11.–14.11.1938 in einer Wohnung der Synagoge und erlebte den Überfall der SA- und SS-Leute und die Brandstiftung „hautnah und sicherlich voller Ängste“ (132). Vater Leo (1881–1940) wurde in der Pogromnacht verhaftet, ins KZ Buchenwald verschleppt und starb 1940 an den Haftfolgen. Seine Stiefmutter Selma (geb. 1885), seine Geschwister Ruth (geb. 1923) und Manfred (geb. 1925) wurden 1941 ins Ghetto Riga verschleppt und ermordet. Erwin Rautenberg, der in der Synagoge konfirmiert worden war (Bar Mizwa) und Gottesdienste besucht hatte, sah es als Angehöriger der Kohanim als seine Pflicht an, gegen den Text der Gedenktafel Protest bei

der Stadt einzulegen, weil auf die Verfolgung und Ermordung von 71 Mitgliedern der ehemaligen jüdischen Gemeinde Bückeburg mit keinem Worte eingegangen wird. „Der Text der Gedenktafel ist eine verkappte und scheußliche Beleidigung der Ermordeten.“ (243)

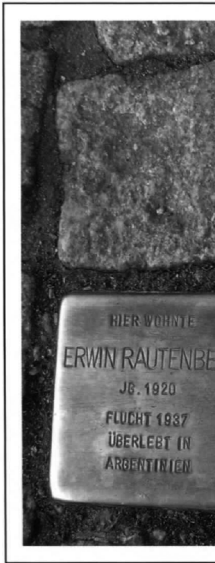
Erwin Rautenberg konnte 1937 nach Argentinien auswandern und ging 1946 in die USA. Er wurde Angestellter, später Präsident einer Speditionsfirma, die jahrzehntelang mit dem CIA zusammenarbeitete. Als der Geheimdienst 1981 seinen Vertrag kündigte, klagte Erwin Rautenberg mit Hilfe von Anwälten wegen Vertragsbruchs und erhielt 1994 \$ 5,8 Mill. überwiesen. Er gründete eine Stiftung auf seinen Namen, die Bildungsinstitutionen sowie pädagogische Erinnerungsarbeit zur deutsch-jüdischen Geschichte fördert.

Die Erwin Rautenberg Foundation finanzierte in Deutschland seit Mai 2009 z.B. Aktivitäten der Geschichtswerkstatt der Herderschule Bückeburg (Geschichtswettbewerbe, Ausstellungen, Dokumentationen, Vorträge, Lesungen, Zeitzeugengespräche, Sponsorenläufe, Projekt Stolpersteine), die Renovierung der ehemaligen Synagoge Stadthagen und deren Umbau in einen Lern- und Erinnerungsort durch den Förderverein Ehemalige Synagoge Stadthagen sowie die Herausgabe des zu besprechenden Buches.



Nur Sohn

Das Schicksal



Das Buch ist in 28 Kapitel gegliedert, mit zahlreichen historischen Fotos, faksimilierten Dokumenten, Zeitungsartikeln, -inseraten und einem ausführlichen Anhang (Danksagungen, Zeittafel, Abkürzungen, Quellen-, Literatur-, Abbildungsnachweise sowie Angaben zum Autor) ausgestattet.

Der Schwerpunkt der erzählten Spurensuche liegt auf der Familiengeschichte der Rautenbergs in Bückeburg und Obernkirchen. Auf der Täterseite werden die unterschiedlichen Verhaltensweisen zweier Bürgermeister dargestellt, die gehässige Propaganda des Chefredakteurs einer NS-Zeitung, die Übernahme und Auflösung des Schaumburg-Lippischen Landtags und Übernahme des Bürgermeisteramtes durch einen NS-Kandidaten, das Verhalten des Landrates, des Reichskommissars, des Landespräsidenten, des Reichsstatthalters für Lippe und Schaumburg-Lippe, des Adjutanten des Propagandaministers etc. bis zur bedingungslosen Kapitulation

des NS-Gewalt- und Unrechtsstaates, Verhaftung, Internierung und schließlich die Einstufung des NS-Personals im Entnazifizierungsverfahren. Die lang andauernden Restitutions- und Entschädigungs-Verfahren werden ebenfalls dargestellt.

Fast beiläufig wird der mutige Pfarrer Wilhelm Mensching aus Bückeburg-Petzen erwähnt, der 1943/44 eine junge Jüdin aus Berlin im Pfarrhaus versteckte und für diese Tat posthum 2001 von der Gedenkstätte Yad Vashem geehrt wurde. (vgl. CuS 1/2016)

Die Stärken des Buches liegen zweifellos in der engen, zukunftsweisenden Zusammenarbeit des Autors mit Erwin Rautenberg, seiner Gattin, Irene Sinclair, der Erwin Rautenberg Foundation (Santa Monica, Kalifornien) mit ihrem Präsidenten Thomas B. Corby, sowie in der langjährigen pädagogischen Umsetzung der lokalen und regionalen Erinnerungsarbeit mit zahlreichen Schülern und Bürgern begründet.

Am Schmelztiegel

Von Christian Hartung

Kaj Munk, Er sitzt am Schmelztiegel. Drama, Übersetzt und herausgegeben von Paul Gerhard Schoenborn, Nordpark Verlag Wuppertal 2017, ISBN 978-3-943940-32-9, Broschur, 10,50

Der Archäologe Professor Mensch, ein überzeugter Nationalsozialist, findet auf antiken Tonscherben ein authentisches Porträt Jesu. Während sein Kollege Dorn wissenschaftlich bewiesen zu haben glaubt, dass Jesus ein „Arier“ war, zeigen die Tonscherben eindeutig keinen solchen. Das ist die

Grundidee des 1938 geschriebenen Theaterstücks „Er sitzt am Schmelztiegel“, verfasst vom dänischen Pfarrer Kaj Munk, der zugleich damals der meistgespielte Bühnenautor Dänemarks war. Munk galt als die Stimme des dänischen Widerstands gegen die deutsche Besatzung seit 1940 und wurde am 4. Januar 1944 von einem SS-Sonderkommando ermordet.

Sein Stück verfasste er innerhalb weniger Tage im Januar 1938 während eines Aufenthalts in Berlin. Zehn Monate vor dem Novemberpogrom waren die Rechtlosigkeit und das Leid der Juden unübersehbar – für den, der sehen wollte. Kaj Munk begriff offenbar intuitiv, dass der „wissenschaftliche Antisemitismus“ der ideologische Kern des Nationalsozialismus war, und griff genau dort an. 1933 hatte auch er noch aus einer Deutschland-Reise begeistert nach Hause geschrieben. Jetzt lässt er in seinem Stück den lutherischen Bischof Beugel auftreten, der Professor Dorn ins Gesicht sagt, Jesus sei ein Jude gewesen, und fordert: „Geben Sie (...) Lebensrecht für dieses Volk in unserem Volk. Denn die Menschenrechte anderen Menschen wegnehmen heißt, sich selbst zum Verbrecher zu machen.“

Professor Mensch würde sich am liebsten aus diesem Streit heraushalten. Da gibt sich seine Assistentin Schmidt als die untergetauchte jüdische Sängerin

Sara Levi zu erkennen. Sie zwingt ihn, wahrzunehmen, was es bedeutet, wenn Menschen ihre Menschen- und Bürgerrechte genommen werden. Als Mensch von Hitler für seine Forschung ausgezeichnet werden soll, will er dem „Führer“ zunächst das Jesus-Bildnis als Beweis des Triumphs deutscher Wissenschaft überreichen. Zuvor fragt er Hitler jedoch, wie er reagieren würde, wenn ihm eines Tages die Wahrheit in den Weg träte. Hitler erwidert: „Für mich ist das Vaterland die Wahrheit. Wenn auf meinem Weg zu dieser Wahrheit sich irgendeine andere Wahrheit hindernd entgegenstellen will, so schlage ich sie nieder.“ Mensch nimmt Hitler diese Arbeit ab und zerschmettert das Jesus-Bildnis. Dann kündigt er an, seine Assistentin, die Jüdin Sara Levi, zur Frau nehmen zu wollen.

Das Theaterstück ist aus einem Guss und von Schoenborn flüssig und einfühlsam übertragen. Dem Stück sind zwei Aufsätze Schoenborns beigegeben, die den historischen Kontext informativ nachzeichnen. Munk beschreibt in den Personen von Schmidt/Levi und ihrem verfolgten Bruder deutlich die Recht- und Heimatlosigkeit der deutschen Juden. Schoenborn stellt die begründete Vermutung auf, dass Munk sich für seinen Bischof Beugel an Otto Dibelius als historischem Vorbild orientiert haben könnte, weist jedoch darauf hin, dass Beugel an entscheidender





Stelle über Dibelius hinausgeht: „Dibelius ging es um Gewissensfreiheit und Verkündigungsfreiheit der Kirche, Bischof Beugel um die elementaren Menschenrechte für alle Bürger im Dritten Reich, auch für die jüdischen Deutschen.“ Munk habe aus heutiger Sicht einen schärferen Blick als Dibelius dafür gehabt, worum es eigentlich ging.

Die Bekennende Kirche hat die nationalsozialistische Judenverfolgung nie thematisiert, geschweige denn verurteilt – höchstens am Rand, wenn es um getaufte Juden ging. Und auch nach dem Krieg wird das Thema zunächst weitgehend verschwiegen – und es kann 1946 in einer der wenigen Erklärungen auch schon mal ganz selbstverständlich von „unseren nichtarischen Brüdern und Schwestern“ die Rede sein.

Einen deutlich anderen Geist atmet die von Schoenborn in einem der Aufsätze zitierte Protesterklärung der dänischen Bischöfe vom 29. September 1943, die am 3. Oktober des gleichen Jahres nach dem Beginn der Judenverfolgung auch in Dänemark von allen 1200 Kanzeln des Landes als Hirtenbrief verlesen wurde: Die Verfolgung der Juden stehe „in krassem Gegensatz zu den Werten der Humanität und der Nächstenliebe“, welche sich aus dem Evangelium herleiteten. „Es gilt kein Ansehen der Person vor Christus.“ Die Bischöfe berufen sich auf die dänische Verfassung:

„Diese (Religions-) Freiheit garantiert, dass Rasse und Religion als solche niemals der Grund sein dürfen für die Beraubung der Bürgerrechte, der Freiheit oder des Eigentums.“

Schoenborn verweist auf die im besetzten Europa einmalige Tatsache, dass fast alle der etwa 8000 dänischen Juden von der dänischen Zivilbevölkerung nach Schweden geschafft werden konnten. Als eine wesentliche Ursache dafür sieht er Munks Theaterstück, das bis zur deutschen Besetzung mehr als 160.000 Menschen sahen. Er zitiert Arnim Juhre: „Hier liegt der einmalige Fall vor, dass ein Schauspiel mitgeholfen hat, Hunderte von Menschenleben zu retten.“ Ganz auf der Linie des Hirtenworts der Bischöfe sagt Kaj Munk in einer (trotz Verbots gehaltenen) Predigt im Kopenhagener Dom am 5. Dezember 1943, wenn Landsleute nur wegen ihrer Abstammung verfolgt würden, „dann ist es christliche Pflicht der Kirche zu rufen: ‚Das ist gegen das Grundgesetz im Reiche Christi, die Barmherzigkeit‘ (...) Geschieht das noch einmal, dann wollen wir mit Gottes Hilfe versuchen, das Volk zum Aufruhr zu bringen.“

Es waren klare Worte wie diese, die Kaj Munk kurz darauf das Leben kosteten. Munk ist eine komplexe Figur, die sich einer raschen Etikettierung entzieht. In der Orientierung an Jesus fand er die Richtschnur für seine oft ex-

trem zugespitzten Äußerungen. Vielleicht passt dieses Etikett: Prophet Christi. Einer, der im Namen seines Christus sagt, was er erkannt hat. Eine unbequeme Zeitansage, die bereit ist zum Martyrium (= Zeugnis) bis zur letzten Konsequenz. Wenn derzeit gefordert werden kann, das Dritte Reich einer Neubewertung zu unterziehen und einen Begriff wie „völkisch“ zu rehabilitieren, dann gibt Munks prophetisches Stück darauf auch nach fast 80 Jahren die adäquate Antwort.

In Paul Gerhard Schoenborn,

der Munks Stücke übersetzt hat und unermüdlich in seinen Aufsätzen auf diesen in Deutschland immer noch fast Unbekannten hinweist, hat der dänische Dichterpfarrer einen sanft-beharrlichen Anwalt. Schoenborns Übersetzung von Munks „Schmelztiegel“ ist von den Essener Schauspielern Isabel Sandig und Ralf Gottesleben seit 1996 in bearbeiteter Form über 130 Mal aufgeführt worden. Aufführungen können nach wie vor gebucht werden: : <http://www.sago-kultour.de/repertoire>.

Christlich-theologischer Pazifismus

Von Elmar Klink

Marco Hofheinz/Frederike van Oorschot (Hg.): *Christlich-theologischer Pazifismus im 20. Jahrhundert. Studien zur Friedensethik*, Bd. 56. Aschendorf-Verlag, Münster 2016. Geb., 295 S. ISBN: 978-3-402-11699-9.

Selten bisher, außer in Lexika, findet man bedeutende Gestalten christlicher Friedensbewegung so kompakt vereint dargestellt wie in diesem gebundenen Sammelband. Ein solches theologisch-friedensethisch angelegtes Buch hat bisher gefehlt. Die Liste der Pazifist(inn)en (manche wie Barth und Bonhoeffer sind es nicht unbedingt grundsätzlich gewesen!) ist gewiss unvollständig und hätte durchaus noch der personalen Ergänzungen bedürfen können,

die kaum mindere Bedeutung aufweisen dürften als die hier behandelten. Aber das ist natürlich auch immer eine Anfrage an Auswahlkriterien und Autoren sowie möglichen zu begrenzenden Umfang. Wer die Schwierigkeiten, gute Referent(inn)en zu bekommen, die wollen und zeitlich können, kennt, weiß den vorliegenden Ertrag zu schätzen. Der Band, eine Verlagskooperation von Nomos und Aschendorff, mit dokumentierten Beiträgen einer gleichnamigen Ringvorlesung von April bis Juli 2015 an der Leibniz Universität Hannover, Institut für Theologie und Religionswissenschaft, unter der Ägide von Prof. Dr. Marco Hofheinz, erscheint wohl auch deshalb „erst“ ein gutes Jahr danach. Gut Ding will Weile haben.

Behandelt werden (mit den Namen der jeweiligen Referen-

Studien zur Friede
Studies on Peace E

Marco Hofheinz

Christlich
im 20. Jal



Nom



ten in Klammern) folgende Personen: Lev Tolstoj (Chr. Münch); Leonhard Ragaz (Chr. Münch); Eberhard Arnold (M. Hofheinz); Friedrich Siegmund-Schultze (T. Nauwerth); Karl Barth (W. Liene-mann); Otto A. Piper (M. Hofheinz/F. van Oorschot); Dorothy Day (A. Sirch); Dietrich Bonhoeffer (J. v. Lüpke); Helmut Gollwitzer (A. Pangritz); John Howard Yoder (F. Enns); Martin Luther King (M. Haspel); Dorothee Sölle (R. Wind). Man sieht, das dokumentierte keineswegs zufällige Spektrum ist durchaus international ausgerichtet und geht theologisch auseinander, von evangelisch-lutherisch bis wiedertäuferisch-mennonitisch (Arnold, Yoder), von protestantisch bis katholisch und ostkirchlich „orthodox“ (Day, Tolstoj), damit gleichzeitig die Heterogenität des Themas aufzeigend. Vor etlichen Jahren (1987) gab es ein ähnlich angelegtes Publikationsprojekt, Hans Jürgen Schultz „Liebhaber des Friedens“, das sich aber in der Mehrheit der Porträtbeiträge nicht auf das christliche Spektrum begrenzte. Bücher wie der von Sebastian Kalicha 2014 im Verlag Graswurzelrevolution herausgegebene Sammelband über „Christlichen Anarchismus“ (vgl. die Besprechung durch E. Klink in: Christ(in) und Sozialist(in), Heft 1/2016, S. 75-79) muss man daher im Kontrast als wichtige Ergänzung zu dem vorliegenden neuen Band ansehen ...

Der Mitherausgeber Prof. Dr. Hofheinz betont in seiner Einleitung, an die wir uns der gebotenen Kürze einer Besprechung wegen im Wesentlichen führend halten wollen, den Charakter des Buches als „Auswahl“ und eklektisches Desiderat. Nicht unbedeutende Namen wie etwa Martin Niemöller oder Albert Schweitzer fehlen, man könnte die Reihe fortsetzen. Er verweist selbst auf Lücken, etwa auf die nicht näher behandelten päpstlichen Friedensimpulse (Benedikt XV., Pius XII., Johannes XXIII.; Johannes Paul II.). Dies muss dem Buch allerdings bei allem Zuspruch in der Tat als Manko in der Konzeption angelastet werden: die katholische Seite nicht stärker und mit repräsentativen Beispielen jenseits päpstlichen Wirkens miteinbezogen zu haben. Dies hätte z. B. geschehen können durch ein Porträt der über Jahrzehnte vor und bis zum II. Weltkrieg vielleicht bedeutendsten Gestalt der katholischen Friedensbewegung, Pater Franziskus Maria Stratmann OP (1883-1971). Über Stratmann liegt von den Autoren Alke Timmermann/ Dieter Steubl eine biografische Werkskizze vor („Franziskus Maria Stratmann. Die Biografie eines unermüdlichen Friedenskämpfers“. München 2009). Oder zu verweisen wäre auf den Band Nr. 2/1995 der Schriftenreihe „Probleme des Friedens“ mit Schwerpunkt auf „75 Jahre katholische Friedensbewegung in

Deutschland“. Im Jahr 2003 fand am Institut für Katholische Theologie der Universität Vechta ein gut besuchtes eintägiges Symposium über den streitbaren Dominikanerpater Stratmann statt, das Prof. Dr. Egon Spiegel (Autor von „Gewaltverzicht. Grundlagen einer biblischen Friedens-theologie“. Kassel 1987; „Politik ohne Gewalt. Prinzipien, Praxis und Perspektiven der Gewalt-freiheit“. Berlin 2008) und dama-lige Mitarbeiter wie Thomas Nau-erth ausgerichtet hatten. Bei dem Symposium mit anwesend war auch der bereits betagte Pa-ter und Friedenstheologe Paulus Engelhardt OP (1921–2014). Egon Spiegel wäre als kompetenter Re-ferent über beide bestimmt zur Verfügung gestanden.

Eine andere zu erinnernde Pa-ria-Gestalt innerhalb des christli-chen Pazifismus nach 1945 wäre hier noch zu nennen, nämlich Prof. Dr. Nikolaus Koch (1912–1991), Philosoph, Archivar, Bil-dungs- und Medienkonzeptiona-list im Hochschullehrbetrieb in Dortmund. Den wenigsten mit der Materie Beschäftigten über-haupt bekannt. Ursprünglich streng katholisch konservativ, nach dem Zweiten Weltkrieg führend in der Jungen Union an-getreten und schon im Gespräch für das CDU-Kultusamt in Würt-temberg, wandelte er sich unter radikal verarbeitetem Kriegsein-fluss („man konnte früh so gut wie alles wissen“), eigener schwerer Kriegsverletzung vor

Moskau und der Erfahrung frü-her Adenauerscher Remilitarisie-rungs-Bestrebungen zu einem Gegner und scharfen Kritiker der militärischen und atomaren Be-waffnung. Ausgehend von sei-nem Buch „Die moderne Revolu-tion. Gedanken der gewaltfreien Selbsthilfe des deutschen Volkes“ (Tübingen 1951), einem frühen pazifistischen Nachkriegsresu-mee stattgefundener verbands-pazifistischer Konsultationen, Einflüssen von Gandhis antikolo-nialem gewaltlosem Freiheits-kampf, Impulsen katholischer Sozialethik (Theodor Steinbü-chel) und Marxscher Lehre, legte er in den 1950er Jahren die Grundlagen für ein Konzept (KDV-Schulungskurse zu Kriegs-gienst-Friedensdienst; Freiwilli-gen-Ausbildung). Es mündete wesentlich erweitert zu Beginn der 1980er Jahre auf dem Höhe-punkt von Kaltem Krieg und Blockkonfrontation in die Bil-dung der Bürgerinitiative für ein blockfreies Deutschland im blockfreien Europa. Anstelle des minimalen Krefelder Unter-schriftenappells sollte in der Aus-einandersetzung um die NATO-Nachrüstung und Atomraketen-stationierung dem „allgemeinen Kriegs- und Katastrophen-zwang“ ein praktisches politi-sches Aktionsprogramm einer gemeinsamen westdeutschen Ba-sisbewegung unter maßgeblicher Beteiligung kirchlicher Initiativen entgegengesetzt werden. Der Es-sener evangelische Pfarrer Ar-





nold Haumann, Berliner Altbischof Kurt Scharf, der Frankfurter Zoodirektor Grzimek, die Kölner katholische Journalistin Vilma Sturm und der damalige rheinische Superintendent Peter Beier gehörten zu prominenten Unterstützern. In den 1950er/1960er Jahren hatte sich Koch besonders detailliert und kritisch mit der (katholischen) kirchlichen Lehre vom Krieg auseinandergesetzt, vor allem dokumentiert durch seine Kleinschriften „Über die christliche Art Krieg zu führen“ (1954), „Pervertierte Theologie. Gegen Gundlachs Irrlehre vom Krieg“ (1959) und „Kopernikanische Wende der politischen Theologie. Was ein christliches Konzil heute zur Kriegsfrage und zur Obrigkeitsfrage sagen müsste“ (1964) (z. T. gekürzt enthalten in seiner sog. demokratischen Programmschrift „Kirche und Revolution“. Bezugsanfrage über: pad-Verlag@gmx.net oder beim Verfasser: Elmar.Klink@gmx. de).

Es wäre verfehlt, von Frieden nur als von christlicher „Irenik“, also Friedenslehre, Friedenstheorie und Friedenskonzeption auszugehen. Das Buch ist einer ideentheoretischen wie handlungspraktischen Tendenz verpflichtet mit Schwerpunkt auf Ersterem. Denn gegen den Wahlspruch „Si vis pacem para bellum“ kann es nur das vom Herausgeber selbst ans Ende seiner Einleitung gestellte Motto „Si vis pacem para pacem“ geben: Wer den Frieden

will, bereite den Frieden vor. Gerade in der Evangelischen Kirche war es gemäß der Losung „Frieden schaffen ohne Waffen“ der Auftakt auf dem Hamburger Kirchentag 1981 zu einer großen Demonstration, der bekannte Köpfe wie Sölle, Gollwitzer und Jungk vorangingen. Dies legte den Grundstock für die Massenmobilisierung im selben Jahr am 10. Oktober gegen Krieg und für Frieden im Bonner Hofgarten, erneut im Jahr danach und 1983-85 die zahlreichen gewaltfreien Aktionen an den Stationierungsorten der US-Raketen und Menschenketten in Deutschlands Süden und Südwesten. In diesen Kontext von „Bewegung und Aktion“, „Tun und Handeln“ gehört auch der in den Band aufgenommene Beitrag über die Mitgründerin der amerikanischen Catholic Worker-Bewegung Dorothy Day (1897–1980). Heute sind es in Deutschland zwei Gemeinschaften in Hamburg und Dortmund (Armenküche), die sich auf die CW berufen. Die Catholic Workers stehen in gewisser Hinsicht in einer Reihe mit den ab 1920 unter Führung des Theologen Eberhard Arnold (1883-1935) (siehe Beitrag S. 69-94) in der hessischen Rhön bei Fulda initiierten Bruderhöfe. Bis das religiös-gewaltfreie Gemeinschaftsexperiment 1935 von den Nazis jäh gestoppt wurde und die Bruderhöfler(innen) außer Landes auf eine lange Odyssee bis in Übersee vertrieben wurden. Auf

einem davon, dem befreundeten Habertshof der Neuwerk-Bewegung, wuchs der spätere Theologe und Fernsehprediger Jörg Zink auf. Heute gibt es außer in den USA, England und Australien auch wieder zwei Bruderhof-Gemeinschaften in Deutschland, die sich inzwischen etwas verändert Bruderhof- oder Church Communities nennen und mit ihrem Plough Publishing House eine rege Publikations- und geistliche Missionsarbeit betreiben. Eine davon ist seit 1992 wieder an ursprünglichem Standort in Sanerz bei Schlüchtern angesiedelt, wo sogar das frühere Gemeinschafts-Stammhaus wieder zurückerworben und in jesuanischem Bergpredigt-Geist neu belebt werden konnte.

Eine wenn auch nicht einheitliche, organisierte christliche Bewegung für den Frieden – und hier ist die Rede von der deutschen – hat es neben Teilen der Bekennenden Kirche (Barth, Niemöller, Bonhoeffer) mit dem ökumenischen Internationalen Versöhnungsbund, Dt. Zweig (Siegmund-Schultze), der kleinen, aber sehr aktiven Quäker-Organisation (W. Mensching) und nach 1945 auch der katholischen Pax Christi-Bewegung, Dt. Sektion gegeben. Christlich-theologische Repräsentant(inn)en des Pazifismus bewegten sich und wirkten immer auch z. T. an maßgeblicher Stelle in Organisationen der politischen Friedensbewegung wie einige der Vorträ-

ge belegen. Friedensethische Grundpositionen und theologische Lehrmaßstäbe wurden in der Evangelischen Kirche durch die wesentlichen Beiträge von Wolfgang Huber (Grundwerk zur „Friedensethik“), Wolfgang Lienemann (u. a. Mitformulierung des EAK-Leitbilds vom „gerechten Frieden“) und Hans-Richard Reuter (FEST Heidelberg) entwickelt. Im Grunde hätten die beiden großen christlichen Kirchen, evangelische wie katholische, gemäß der Bergpredigt Jesu und des Gebots ‚Du sollst nicht töten‘ nach zwei Weltkriegen und dem Holocaust ihr Glaubensschisma überwindend als Ganzes christliche Friedenskirche werden und sein müssen. Es gab gerade in radikalen Bekennende Kirche-Kreisen Pfarrer-Stimmen an der Basis, die dies entschieden einforderten. Aber sie sind aus bekannten Gründen getrennt gebliebene Amts- und Volkskirchen geworden, über den Staat steuerlich finanziert und diesem verpflichtet (Militärseelsorge). Man lieferte die eigene Gemeindejugend wieder dem Zugriff des allgemeinen Wehrzwangs aus, bzw. ließ es unwiderrprochen geschehen, „betreute“ und beriet etwas überspitzt gesagt die Schäfchen, wenn sie dann aus Gewissensnot verweigerten. In den Großkirchen wurde, freilich von Minderheiten zeitweise höchst polarisiert und kontrovers kritisiert, die Adenauersehe Remilitarisierung quasi



us Got
en – für
Friede

Eine D
des R
angelis
in Deu

E

mitvollzogen. Die 1950er Jahre standen innerkirchlich im Zeichen einer teils heftigen Debatte über die Atombewaffnung, dokumentiert u. a. mit der Gollwitzer-Schrift „Die Christen und die Atomwaffen“.

Aus Platzgründen sei hier wenigstens ausdrücklich auf den Beitrag des Bonner Theologie-Professors und Gollwitzer-Schülers Andreas Pangritz zitiert und verwiesen, der aus eigener und Gollwitzer-Sicht die jüngste bereits fast wieder zehn Jahre alte Friedensdenkschrift der EKD „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ (2007) unter die Lupe nimmt und sie einer kritischen Prüfung unterzieht. Er kommt dabei zum nüchternen Ergebnis: „In der Evangelischen Kirche steht es schlimmer: So heißt es heute, zwar gebe es keine ‚gerechten Kriege‘ mehr, wohl aber gebe es ‚notwendige Kriege‘; und der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan sei solch eine Notwendigkeit gewesen. Das ist eine Argumentation, die noch über den Missbrauch der Lehre vom ‚gerechten Krieg‘ hinausgeht, indem sie diese offenbar angesichts höherer Notwendigkeiten insgesamt für untauglich hält. Man muss sich das klar machen: Demnach ist die Kirche heute der Auffassung, Christen könnten sich durchaus auch an ungerechten Kriegen, d. h. also an völkerrechts-widrigen, an verbrecherischen Kriegen beteiligen, solange

sie aus diesem oder jenem Grund für notwendig erachtet werden. Gollwitzer hat eine solche verheerende Argumentation schon 1961 scharf kritisiert: wer die ‚Unterscheidung zwischen gerechten und ungerechten Kriegen‘ für ‚überholt‘ halte, muss daraus auch die pazifistische Konsequenz ziehen. Alles andere laufe auf ‚vollendeten Zynismus‘ hinaus (...).“ (S. 227).

Die Friedensaktiven in den Kirchen hatten es (und haben es nachhallend noch immer) neben der Existenz einer „Lehre vom gerechten Krieg“ gerade im Zeitalter der Atombombe lange mit einer pragmatischen, aber lähmenden Komplementärformel des ‚Frieden schaffen mit und ohne Waffen‘ zu tun. Die Zeiten, da Geistliche unhinterfragt und bereitwillig Waffen segneten und ihren Gebrauch befürworteten, sind so lange noch gar nicht her. Im Sinne dieser Komplementarität gab es nach dem Zweiten Weltkrieg in den westdeutschen Kirchen bald eine gesetzlich abgesicherte Beratung und Betreuung für Wehr-, sprich Kriegsdienst-Verweigerer und Ersatz-/Zivildienstleistenden-Seelsorge, an der Siegmund-Schultze als Sprecher eines Ausschusses von Friedensorganisationen aktiv betreibenden und Nikolaus Koch als entschiedener Kritiker des Staat-Ausschuss-Kompromisses Anteil hatten (siehe Zentralstelle für Recht und Schutz der KDV, Hg.: Die Freiheit, Nein zu sagen.

Bremen 1982). Genauso gab es ab 1955 eine Seelsorge für die Soldaten (und heute auch Soldatinnen) im Militär (Militärseelsorgevertrag), heute etwas abmildernd als „Seelsorge in der Bundeswehr“ bezeichnet. Es hätte einer Ringvorlesung des Kontexts 20. Jahrhundert wegen gut angestanden, auch zu diesem Themenkomplex einen geeigneten Referenten hinzuziehen etwa des Versöhnungsbundes oder der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden/EAK (Bonn). Dies sei ausdrücklich gesagt, auch wenn in den einzelnen Beiträgen immer wieder Berührungen einzelner dargestellter Personen mit den hier angesprochenen Themen vorkommen.

Zu beklagen freilich ist der stattliche Preis von 49 Euro für ein gewiss vornehm gebundenes und ausgestattetes Buch. Die Hälfte als nur kartonierter Ausgabe hätte ihm sicher eine wünschenswerte, deutlich breitere Leser(innen)schaft beschert. So ist vermutlich die Auflage sehr begrenzt und durch Kauf von Instituten und Bibliotheken, auf die vermutlich vor allem abgezielt wurde, bald vergriffen, was schade wäre. So wäre vielleicht darüber nachzudenken, ob dann nicht noch eine (ggfs. ergänzte) 2. Taschenbuchauflage in einem populären kirchlichen Verlag erfolgen sollte? Es wäre für die Sache des Friedens nur angemessen und wünschenswert.

Bremen, 15.12.2016

Glaubens-Orte – Umkämpft. Geliebt. Im Wandel. Jahrbuch Mission 2017

Von Jürgen Schübelin

*Bettina von Clausewitz (Red.),
Glaubens-Orte – Umkämpft.
Geliebt. Im Wandel. Jahrbuch
Mission 2017, Missionshilfe
Verlag. Hamburg 2017, 296
Seiten, 9,80 Euro*

Dem Evangelischen Missionswerk in Hamburg (EMW) gelang es mit seiner Jahrbuchreihe „Mission“ in der Vergangenheit immer wieder, überraschende, auf Weltregionen und Themen ausgerichtete Akzente im Span-

nungsfeld zwischen Ökumene und Entwicklungszusammenarbeit zu setzen.

Für das Jubiläumsjahr der Reformation, 2017, entschloss sich das Herausgeber- und Redaktionsteam zu einer variantenreichen Annäherung aus ganz unterschiedlichen, teilweise äußerst ungewöhnlichen Perspektiven an „Glaubensorte“ in zwölf Ländern und die mit ihnen verbundenen spirituellen und kulturellen Erwartungen, Hoffnungen und Konflikte.

Natürlich ist in diesem – von rund 30 Autorinnen und Auto-



MÜNTZER
HE GESAMTAUSGABE

BAND 1

n, Manuskripte und Notizen



ren gestalteten – Band ausführlich von Jerusalem und seinen, wie es Wolfgang Schmidt in seinem Beitrag formuliert, „gezielten religiösen Inszenierungen“ die Rede, aber auch davon, wie etwa der tansanische Theologe Fidon Mwombeki Wittenberg erlebt oder seine argentinische Kollegin Ruth Padilla die Gefängnisinsel Robben Island des ehemaligen südafrikanischen Apartheidregimes.

Am Beispiel der im Norden Nigerias von Boko Haram zerstörten Kirchen oder der ausgelöschten multiethnischen-multi-religiösen Kultur im irakischen Mossul wird die Erinnerung an verlorene Glaubensorte zum besonders schmerzhaften Beleg für das Totalversagen jeglicher Konfliktlösungsfähigkeiten und für den Sieg der Herrschaft der Barbarei, die auf das Ende der Menschenrechte folgt. Insofern haben viele der Verweise auf spirituelle Orte in diesem Buch deshalb immer wieder auch mit dem Ringen um Zivilisation,

dem Bemühen um Dialog – selbst unter widrigsten Rahmenbedingungen – mit versuchtem ökumenischen Neubeginn, Auflehnungen und Aufbrüchen zu tun. Der jüdische Rabbi Levi Weimann-Kelman nennt das in seinem Beitrag über Jerusalem und die von ihm beschriebenen Brüche in seiner Stadt: „Süchtig nach der Intensität des Lebens“.

Wie immer enthält dieses EMW-Jahrbuch einen umfangreichen – nach Kontinenten sortierten – Rezensionsteil mit Besprechungen von 31 Fachbüchern zu Entwicklungspolitik, Afrika, Asien, Lateinamerika, Europa, theologischen Themen, Kirche und Kultur oder auch Landeskundlichem sowie – äußerst hilfreich – das unter deutschsprachigen Publikationen kompletteste Anschriftenverzeichnis zu Organisationen und Institutionen aus Entwicklungszusammenarbeit, Mission und Ökumene.

Thomas Müntzer. Werke. Kritische Gesamtausgabe

Von Friedrich Winterhager

Thomas Müntzer: Schriften, Manuskripte und Notizen. Herausgegeben von Armin Kohnle und Eike Wolgast unter Mitarbeit von Vasily Arslanov, Alexander Bartmuß und Christiane Hau-stein, Leipzig (Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leip-

zig in Kommission bei der Evangelischen Verlagsanstalt Leipzig) 2017, geb. 546 S., 58 (= Thomas-Müntzer-Ausgabe. Kritische Gesamtausgabe [...], Bd. 1)

Das hier zu besprechende Buch (der Band 1) enthält alle schriftlichen Publikationen (mit Ausnahme der

Briefe) Müntzers und seine schriftlichen Äußerungen und Aufzeichnungen, gedruckte und ungedruckte. Seine Briefe finden sich schon in dem seit 2010 vorliegenden Band 2. Nun liegen alle drei Bände vor. (Der dritte Band aus dem Jahr 2004 enthält zeitgenössische Quellen zu Müntzer.) Sie sind in umgekehrter Reihenfolge erschienen.

Faksimiles oder Abbildungen enthält der Band nicht.

Jedes Quellenstück ist hier im Band 1 mit einer inhaltlichen Einleitung versehen. Schwierige frühneuhochdeutsche Worte und Wendungen werden in Anmerkungen übersetzt. Textvarianten stehen in einem eigenen Varianten-Apparat unter dem Kontext. – Verwendete Bibelstellen werden angegeben und in einem eigenen Register erfasst. Deutungen aus der Sekundärliteratur finden sich in den Anmerkungen.

Diese neue Gesamtausgabe ersetzt sozusagen die von Günther Franz unter Mitarbeit von Paul Kirn 1968 besorgte einbändige Ausgabe „Thomas Müntzer – Schriften und Briefe“ (MSB). Müntzers Schriftstücke wurden größtenteils Ende Mai 1525 in Mühlhausen, wahrscheinlich bei seiner Ehefrau Ottilie von Gersen, beschlagnahmt.

Gut die Hälfte des Bandes umfassen liturgische Schriften (Missale und Agende) für Gottesdienste, die Müntzer in Allstedt bzw. vorher in Frose (Anhalt)

eingeführt hat oder einführen wollte, und zwar in deutscher Sprache. Sie sind oftmals mit musikalischen Noten versehen. Er hatte in Allstedt zeitweise eine eigene, vom Rat der Stadt unterstützte Druckerei zur Verfügung. Er hielt sich noch recht nah an das katholische Vorbild, und er wusste, dass man ihm das vorhielt (S. 199). Bei Übertragungen liturgischer Stücke, die aus dem Neuen Testament stammten, verwendete er auch schon die Übersetzung Martin Luthers. Er verwies darauf, dass es auch innerhalb der katholischen Kirche verschiedene Liturgien gab und erwähnte auch die orthodoxen und armenischen Riten (S. 195).

In einer dieser Schriften trat er dafür ein, dass die Einsetzungsworte des Abendmahls, die er „Termung“ nannte, vom amtierenden Priester vor der Gemeinde gesungen wurde (S. 192 f.). Bisher erfolgte das nur halblaut im Altarraum. In seiner liturgischen Agende (S. 156 f.), der Ordnung und Berechnung des Deutschen Amtes zu Allstedt, trat er übrigens im Großen und Ganzen für die hergebrachte Säuglingstaufe im üblichen Rahmen und nach dem hergebrachten Ablauf ein. In einer separaten Aufzeichnung über die Taufe (S. 460 f.) schlug er allerdings auch vor, die Kindertaufe in halbjährlichen Abständen gemeinsam abzuhalten.



Es gab in seiner liturgischen Ordnung eine allgemeine, vom Priester gesprochene Beichte zu Beginn des Hochamtes. – Liturgisches Handeln war bei ihm immer mit dem Glauben der gesamten anwesenden Gemeinde verbunden. Zumindest bis nach 1530 blieben dort seine liturgischen Ordnungen in Geltung.

Müntzers Schriften und Briefe befinden sich heute, sofern sie zum ehemaligen Dresdener Bestand gehörten (ca. 100 Stücke), in der Russischen Staatlichen Bibliothek in Moskau. Denn die damalige Sächsische Staatsregierung hatte sie 1952 dem sowjetischen Regierungschef Josef W. Stalin für seinen 70. Geburtstag zum persönlichen Geschenk gemacht.

Eine Abschrift seines so genannten Prager Sendbriefes, erstellt von seinem Famulus Ambrosius Emmen, befindet sich heute im Hessischen Staatsarchiv Marburg (S. 413). Aus einem der anderen Bände wissen wir, dass Emmen die Krise von 1525 überlebt hat und später in Magdeburg tätig war.

Nun sei etwas förderliche Kritik vorgebracht: Der selig gesprochene Abt Joachim von Fiore († 1202), auf den Müntzer Bezug nahm, wird zwar im Text auf S. 299 erwähnt, aber sein Name fehlt dann im Register. – Und der Titel der neuen Müntzer-Biographie von Siegfried Bräuer und Günter Vogler wird auf S. XIII nicht richtig wiedergegeben.

Er müsste korrekt heißen: „Neu Ordnung machen in der Welt“, dort steht aber unkorrekt: „Gut Ordnung in der Welt machen“.

In der Einleitung zu der Schrift mit dem Arbeitstitel „Protestation oder Entbietung (1524)“ heißt es in einem Müntzer damals vorgelegten Fragenkatalog unter Nr. 5: „... doceamur“. Einen syntaktischen Sinn ergibt aber nur die aktive Form „doceamus“ (S. 267), weil ein Akkusativobjekt vorausgeht. Man hätte es zumindest erläutern sollen, wenn es wirklich im Original so dort steht. Gemeint ist: „Quomodo fidem utiliter et salubriter doceamus“ – Wie wir den Glauben nützlich und heilsam lehren mögen.

Sicherlich ist diese vorliegende Edition, die in deutscher, lateinischer und teilweise tschechischer Sprache gehalten ist, nun recht gut gelungen. Es ist auch verdienstvoll, dass die Fritz-Thyssen-Stiftung das Editionsprojekt gefördert hat (S. VIII). Alle drei Bände wurden auch im Rahmen des Akademien-Programms der Bundesrepublik Deutschland und zudem vom Freistaat Sachsen gefördert. – Den Band 3 habe ich bereits rezensiert in der Zeitschrift *Ossietzky*, 7. Jhg. 2004, Heft 13, S. 492 f. („Thomas Müntzers Werke“).

Angemerkt sei: Auch in Leipzig (Universitätsbibliothek) und in der Sächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Dresden finden sich noch Müntzer-Auto-



graphen oder frühe Abschriften. In Dresden liegt ein Stück, das früh vom Mühlhäuser Bestand separiert worden ist (Sammelband mit Marginalien zu Cyprian und Tertullian), vgl. S. 492 f.

Es fällt in diesem Buch auf, dass der deutsche Bauernkrieg in Müntzers Schriften kaum vor-

kommt und dass er (Müntzer) auch nicht den Wiedertäufern zuzuordnen ist. Wohl aber ist vom vermeintlichen Widerstandsrecht der Gläubigen, wie er es auffasst, hier in seinen Schriften schon noch die Rede.

Hildesheim, 05.01.18

Surinam. Land des Weltgebetstags 2018

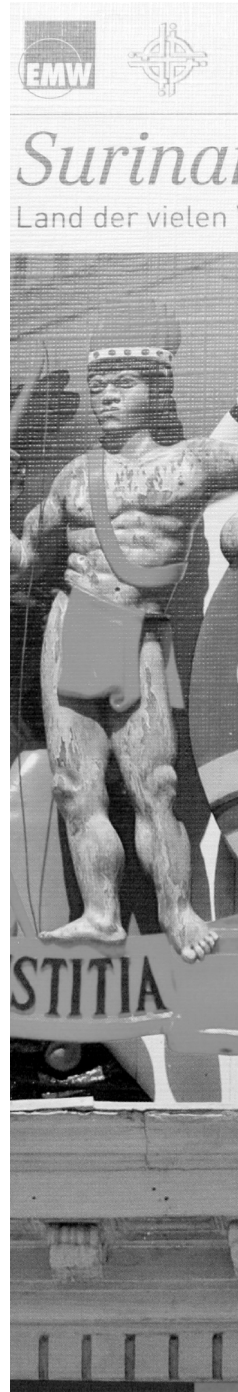
Von Jürgen Schübelin

Freddy Dutz, Martin Keiper (Red.), Surinam – Land der vielen Kulturen und Völker, Evangelisches Missionswerk in Deutschland (EMW), Hamburg 2017, 184 Seiten

Surinam – fast halb so groß wie Deutschland, aber gerade mal 550.000 Einwohner: Besonders viele Chancen hätte das Land an der Nordostküste Südamerikas bei einer Straßenumfrage nicht, wenigstens einigermaßen geografisch korrekt zugeordnet zu werden. Aktuelle deutschsprachige Literatur über den Vielvölkerstaat, der erst Ende 1975 den Status als niederländische Kolonie überwinden konnte und Unabhängigkeit erreichte, gibt es praktisch keine. Surinam ist wie ein weißer Fleck auf der Landkarte auch für die meisten, die sich ansonsten intensiver mit Lateinamerika beschäftigen. Aus Anlass des Weltgebetstags 2018, bei dem diesmal das von den beiden

Guyanas – britisch und französisch – eingerahmte Land und seine Menschen im Mittelpunkt stehen, schließt das Hamburger Evangelische Missionswerk (EMW) die Lücke mit einem lesenswerten Sammelband, in dem 16 Autorinnen und Autoren facettenreiche Einblicke in die Geschichte und Gegenwart, Kirchenlandschaft, Natur und Literatur Surinams eröffnen, dessen Reichtum an Ressourcen immer zugleich auch Last und Fluch war.

Eindringlich erinnern mehrere Beiträge an die besonders brutale niederländische Variante einer auf Sklavenarbeit beruhenden Kolonialökonomie mit über 60.000 – zwischen 1667 und 1863 aus Westafrika verschleppten – Menschen, die auf den Zuckerrohr-, Baumwoll-, Kakao- und Tabakplantagen Surinams geschunden wurden und ihren Besitzern – aber auch den Kapitalgebern in den Niederlanden, darunter dem Magistrat der Stadt Amsterdam – zu märchenhaftem Reichtum verhalfen. Das





Thema Sklaverei und die skandalöse Rolle der christlichen Kirchen bei der theologischen Rechtfertigung und Relativierung dieses Unrechts bilden die literarischen Leitmotive der in diesem Sammelband rezensierten Romane der wichtigsten surinamischen Schriftstellerin, Cynthia McLeod.

Bis 1863 dauerte es, bis die Niederlande als letzte der großen Kolonialmächte die Sklaverei abschafften. Erst 150 Jahre später, am 1. Juli 2013, rang sich die Regierung in Den Haag dazu durch, ihr „tiefes Bedauern und Reue“ über die Verschleppung und Versklavung afrikanischer Menschen in die westindischen Kolonien auszusprechen – wohlweislich ohne formales Schuldgeständnis und ohne, den Nachfahren der Opfer irgendeine Chance auf eine juristische Aufarbeitung der Verbrechen des Kolonialsystems zu lassen.

Wenig schmeichelhaft fällt der Blick der verschiedenen Autoren auf das politische System Surinams und die Verstrickungen der derzeitigen Regierung unter dem vormaligen Putschisten und – ohne Ergebnis – wegen Menschenrechtsverbrechen angeklagten Präsidenten Desi Bouterse in Drogengeschäfte und andere dubiose Machenschaften aus. Vor diesem Hintergrund bilden die verschiedenen Berichte über das gelassene, unkomplizierte Mit- und Nebeneinander der christlichen Kirchen, Mo-

scheen, Tempel und Synagogen und ihrer jeweiligen Gemeinden und Gemeinschaften sowie das gemeinsamen Engagement der Religionen für die Menschenrechte in Surinam, eine der guten Nachrichten dieser Monographie.

Zu den eindrucksvollsten Kapiteln des Sammelbandes gehört die Annäherung an die ungewöhnliche Geschichte der Herrnhuter Brüdergemeine in Surinam, die dort seit 1735 vor allem als Kirche der Plantagen-sklaven, ihren Nachfahren und der – ihren Peinigern in die Sümpfe und Wälder entflohenen – Sklaven, der „Maroons“ – eine Ausnahmernote spielte. Die Brüdergemeine brachte – obwohl sie selbst nie Teil der kolonialen Ausbeutungsmaschinerie gewesen war – 2013 die Kraft auf, um Vergebung dafür zu bitten, „durch unsere Missionsarbeit nicht dazu beigetragen zu haben, das menschenverachtende System der Sklaverei zu ändern oder aufzuheben.“ Und weiter: „Beschämt stehen wir (...) vor unserer Geschichte und bitten die Nachfahren der zu Sklaven gemachten Brüder und Schwestern um Vergebung und einen Neuanfang.“

Klare Worte. Aber vermutlich ist es genau diese Entschlossenheit, sich der Vergangenheit zu stellen, die aus den Herrnhutern die bis heute zahlenmäßig größte protestantische Kirche Surinams machte.

BUNDESNACHRICHTEN

Im Vorstand des Bundes hat sich in letzter Zeit viel ereignet, woran wir auch unsere Mitglieder gerne teilhaben lassen wollen.

Personalien

Die Schar des Vorstandes ist klein, aber trotzdem müssen die vielen Aufgaben bewältigt werden. Wir haben die Zuständigkeiten wie folgt geregelt:

Der Sprecher ist in unserer Satzung nicht vorgesehen, die Personalie wird daher auch zurzeit nicht mehr besetzt. Der Bundessekretär Florian Ihlenfeldt ist mit seiner Frau Anneke die zentrale Ansprechperson des Bundes. Auch die Adresse des Bundes wird nach Uelzen umziehen.

Die Betreuung der neuen Medien (Website und Facebook) hat Thomas Kegel übernommen. Die Website wird nach und nach den heutigen Erfordernissen angepasst. Thomas übernimmt darüber hinaus noch die Organisation der Region Nord mit einigen Regionalveranstaltungen.

Jürgen Gorenflo ist bis auf Weiteres der Bundeskassenführer des Vereins.

Unsere Öffentlichkeitsarbeit hat Andreas Herr übernommen. Er kümmert sich um die Kirchen- und Katholikentage sowie andere öffentliche Auftritte des Bundes. Darüber hinaus gründete er BRSD Region Süd, bisher mit den Bundesländern Bayern,

Baden-Württemberg und Thüringen. In Zukunft wird sich die Region Süd auch noch etwas ausweiten.

Katholikentag – Wir sind dabei!

Vom 9. Bis 13. Mai 2018 findet in Münster der Katholikentag statt. Der Bund wird das erste Mal mit einem eigenen Stand auf der Kirchenmeile am Schlossplatz vertreten sein. Wir würden uns freuen, wenn Ihr als Mitglieder dort vorbeikommt und auch andere über unseren Stand informiert.

Jahrestagung des Bundes

Der Termin für die Jahrestagung ist vom 19.–21. Oktober 2018 vorgesehen. Unter dem Thema „Frieden. Streit. Macht. Antikapitalistische Perspektiven“ treffen wir uns in Frankfurt oder Kassel. Wir sind im Moment dabei, Referenten und Räume zu finden, die mit uns das Thema erarbeiten.

Region SÜD

Das Regionaltreffen in Nürnberg fand am 10.02. statt. In den Räumen der Studierendengemeinde in Nürnberg referierte der Arbeiterpriester Franz Sieder aus Amstetten in Niederösterreich über „Papst Franziskus und seine soziale Botschaft.“ Die Treffen in Nürnberg sind zweimal im Jahr vorgesehen und die-





nen vor allem des gegenseitigen Kennenlernens und der Stärkung der Zusammengehörigkeit im Bund. Das nächste Treffen ist für den 17. November 2018 vorgesehen, zu dem uns Arbeiterpastoral Manfred Böhm ein Thema referieren wird.

Eine weitere Veranstaltung, an dem der BRSD maßgeblich beteiligt ist, findet am 5. Und 6. Mai in München statt: Kreis der Religionen auf dem „Corso Leopold“ einem Straßen-fest auf der Leopoldstraße. Auch hier wür-

den wir uns über Besucher, aber auch Mitwirkende freuen.

Region Nord

Im Frühsommer wird ein Seminar zum Thema „200 Jahre Karl Marx“ und im Herbst ein Seminar mit dem Thema „Gemeinwohl-Ökonomie“ angeboten. Beide werden als Wochenendseminare in Hannover stattfinden. Termine findet ihr bald auf unserer Website brsd.de und kommen natürlich noch mit besonderer Einladung.



BILDER- UND FOTONACHWEIS

Donat Verlag	3
Wikipedia	6, 38, 48, 57, 58, 60, 62
Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.	8
Peter Bargfrede	8
Burghard Flieger	9
Christian Empl	9
Elmar Klink	22
Lebenslaute	24
Winfried Eisenberg	28
Andreas Nachama	29
Berthold Keunecke	29–31
Günter Brakelmann	44
Christian Herwartz	53
Erwin Rautenberg Foundation	55–58
Aschendorf Verlag	59
BRSD	1, 61, 72
Ökumenisches Archiv, EKD	63
EKD	64
Missionshilfe Verlag	65
Ev. Verlagsanstalt Leipzig	66
Fokke Bohlsen	67, 68
Ev. Missionswerk Hamburg	69
Weltgebetstagskomitee	70

AUTORENNACHWEIS

Dr. Volker Beckmann
Schobecke 13
32052 Herford

**Prof. Dr.
Günter Brakelmann**
Gropiusweg 35
44801 Bochum

Dr. Winfried Eisenberg
Wellbrocker Weg 61
32051 Herford

Dr. Burghard Flieger
Erwinstr. 29
79112 Freiburg

Christian Hartung
Nanny-Lambrecht-Str. 5
55481 Kirchberg

Christian Herwartz, SJ
Naunynstr. 60
10997 Berlin

Berthold Keunecke
Eimterstr. 117
32049 Herford

Elmar Klink
Thielenstr. 13/15
28215 Bremen

**Professor Dr.
Andreas Nachama**
Stiftung Topographie
des Terrors
Niederkirchnerstraße 8
10963 Berlin

Jürgen Schübelin
Hansegracht 11
47051 Duisburg

Dr. Friedrich Winterhager
Sedanstr.12
31134 Hildesheim

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für LeserInnenbriefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD, Diskette oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine (!) Internetbilder, da sie nicht den Anforderungen des Offsetdruckes entsprechen. Im Notfall als scanfähiges Foto per Post.
Adresse: cus@brsd.de oder reinhardgaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

Helmut Gollwitzer: Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist, oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, Ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, dass gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille. (Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1/1980)

Abonnements:

Per Post:

BRSD, Jürgen Gorenflo,
Hollunderweg 8 b, 22850 Norderstedt

Per Telefon:

0 40/8 22 64 58

Per E-Mail:

jgorenflo@web.de

Bezugspreis (inkl. Versand):

Inland € 20,- pro Jahr · Ausland € 30,- pro Jahr
Föderabonnement € 25,- oder mehr. Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.

KD-Bank · IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10
BIC GENODED1DKD

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam